

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonien- oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Stück) 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Bubde-Spiegel.

Wie man einen Spion fängt.

Durch Zufall wurde dem Vertrauensmann des Eisenbahner-Verbandes bekannt, daß der in der Eisenbahn-Werkstatt Brunwald beschäftigte Schlosser Adolf Spieler sich der Polizeibehörde angeboten habe, für ein Monatsgehalt von 300 M. der Behörde alles auf den Hamburger Eisenbahner-Verband bezügliche zu verraten. Da Spieler sich als Mitglied des Eisenbahner-Verbandes stets unliebsam hervorzudrängen versuchte, so war von vornherein Mißtrauen gegen ihn vorhanden. Es fand sich dann auch leicht eine Gelegenheit, unter fingierter Adresse Anknüpfung mit Spieler zu erhalten. Auf die Anforderung, einen Ort für ein Zusammentreffen anzugeben, bestimmte Sp. in einem Briefe „Brandenburger Thor, Standbild Kaiser Friedrichs III.“, als Zeit Sonnabend, 9. April, abends 8 1/2 Uhr. Als Erkennungszeichen sollte eine in der Hand getragene Papierrolle dienen. Zur angenommenen Zeit fand sich ein vertrauter Genosse, der Sp. nicht kannte und von ihm nicht gekannt war, am verabredeten Orte ein. Im Hintergrunde warteten die Vertrauensleute der Eisenbahner, in der Voraussetzung, Spieler würde sich nicht bewegen lassen, an die verabredete Stelle: „Schultheiß-Ausschank“, Unter den Linden, mitzugehen.

Der Vertrauensmann der Partei hatte sich kaum am Treffpunkt eingefunden, als auch Sp. auf ihn losstürzte und, seiner Sache anscheinend sicher, ohne weitere Umschweife begann, seine Absicht darzulegen, ohne daß unsere Genossen auch nur den Versuch zu machen brauchten, sich mit dem Nimbus der Polizeigesandtschaft zu umgeben. Spieler konnte nicht ahnen, daß auf sein Angebot an die Polizei sich jemand anders einfänden könnte, als eben ein Abgesandter der Polizei. Anfangs wollte er von dem Besuch eines Lokales nichts wissen und zog einen Spaziergang im Tiergarten zur Erläuterung des unsauberen Geschäftes vor. Kurz vor der Stelle aber, an welcher die Genossen, die ihn stellen wollten, seiner harrten, drehte er wieder um und nun gelang es dem vermeintlichen Kollegen Spielers, ihn mit Rücksicht auf das unfreundliche Wetter zum Besuch des verabredeten Lokales zu bewegen. Kurze Zeit später fanden ihn hier die Vertrauensleute der Eisenbahner in eifrigem Gespräch mit dem Vertrauensmann, der ihn in Empfang genommen hatte. Da Spieler sie nicht sofort bemerkte, so ließ man ihn noch eine Zeit gewähren, damit er Gelegenheit fand, seine Pläne vollständig entwirren zu können. In der kurzen Zeit hat er dann auch seine ganzen Geheimnisse zum besten gegeben. Er erzählte, daß er seit acht Jahren gegen ein Monatsgehalt von 25 Mark im Dienste der Polizei stünde, daß er dieser in Ziel und Posen bereits viele Mitteilungen aus der Arbeiterbewegung gemacht habe. Er wolle nunmehr aber nicht mehr durch einen „Zwischenmeister“ mit der Behörde arbeiten, sondern selbstständig werden. Die Abhängigkeit von einem andern untergeordneten und ihm gleichwertigen Polizei-Organ beärgerte ihn nicht. Was er wisse, könne er besser bezahlt erhalten, wenn er es direkt einliefe und nicht wie bisher durch eine dritte Person. Als Material wolle er alle Korrespondenzen, die zwischen dem Vorstand des Eisenbahnerverbandes und den Vertrauensleuten gewechselt würden, der Behörde einliefern. Jetzt erhalte er nur mündliche Mitteilung aus diesen Korrespondenzen. In acht Wochen, spätestens einem Vierteljahr aber wäre er Vertrauensmann der Ortsgruppe Charlottenburg, die er zu gründen im Begriff sei. Dann erhalte er auch die Korrespondenzen von dem Vorstande direkt, und er würde nicht nur die Liste der Mitglieder in Händen haben, für die er „Vertrauensmann“ werden wolle, sondern auch Angaben über Mitglieder in anderen Orten machen können. Im übrigen wäre auch das Material, das der Minister Bubde gegen den Eisenbahner-Verband im Abgeordnetenhaus verwandt habe, von ihm geliefert. Kurz, Spieler hat hier einem vermeintlichen Polizeibeamten gegenüber nicht nur mit dem bisherigen Verrat, den er an seinen Arbeitsgenossen verübt hatte, sich gerühmt, sondern einen vollständigen Plan entworfen, wie er diesen Verrat in größerem Maßstabe gegen höhere Bezahlung weiter ausführen wolle. Er hat dabei viel Zutreffendes berichtet. Besonders trifft zu, daß er schon seit längerer Zeit bemerkt ist, eine Ortsgruppe der Eisenbahner in Charlottenburg, wo er Kontor 111 bei Wartsch wohnte, zu errichten. Nur weil man ihm nicht traute, wurden diese Versuche bisher abgewiesen. Es ist also über die Absichten Spielers kein Zweifel.

Dieser war aber sofort behoben, als die ihn beobachtenden Vertrauensleute an den Tisch traten, an welchem er seine schändlichen Pläne entwarf. Er zeigte das Gebahren, das bisher jeder entlarvte Spion offenbart. Zitternd und bläß und seines Wortes mächtig sah er da. Das Verhalten eines Verbrechers, wenn er keinen Ausweg mehr findet. Als schließlich dann der Vertrauensmann, den er in seine Geheimnisse eingeweiht hatte, an die drei hinzugelassenen Genossen die Frage richtete: „Nun, Parteigenossen, habe ich meine Sache gut gemacht?“ hoch er plötzlich völlig zusammen und verließ, ohne ein Wort hervorbringen zu können, an allen Gliedern zitternd, das Lokal.

Von welcher Art dieser Mensch ist, geht aber daraus hervor, daß er sich nicht entblödete, Tags darauf an den Vertrauensmann der Eisenbahner folgendes zu schreiben:

Ich bemerke, daß die gemachten Angaben auf vollständiger Unwahrheit beruhen. Ich benachrichtige Sie rechtzeitig, um Sie vor eventuellen Nachteilen zu warnen. Ich ersuche Sie, in Ihrem eignen Interesse, die Angelegenheit nicht öffentlich zu behandeln, da ich über die zu meiner Kenntnis gelangte Organisation nicht gern sprechen möchte. Sollten Sie nach dem unwarren Material,

welches Ihnen durch den betruhten Herrn, den ich so verralbert, mitgeteilt wird, hervortreten, so zwingen Sie mich, ebenfalls alles der Öffentlichkeit zu übergeben. Von meiner Seite ist bis jetzt noch kein Material der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Folgen tragen sie selbst.

Das ist nach Lage der Sache, nach der ganzen Art, wie das Abfangen Spielers eingeleitet war, jedenfalls der Gipfel der Unberücksichtigung. Da dem Menschen von vornherein kein Vertrauen entgegengebracht worden ist, so hat er auch weder von den Korrespondenzen, noch von den Personenkenntnis, die Mitglieder des Eisenbahner-Verbandes sind. Diese Mitglieder können also völlig beruhigt sein. Wenn Spieler auch den guten Willen hat, er wird doch nichts verraten können, weil es hier nichts zu verraten giebt. Dem Minister Bubde und denen, die aus solchen Quellen Material gegen die Arbeiterorganisationen sich etwa bieten lassen, gratulieren wir zu diesen Errungenschaften.

Herr Bubde läßt in allen Betrieben seines gewaltigen Reiches gegenwärtig seine Reden unter dem Titel „Dienstliche Treue“ verbreiten. Das aber sind die notwendigen Folgen seines Systems, daß sich die „dienstliche Treue“ in solchen schändlichen Verräterdiensten besonders hervorzuheben drängt, wie bei diesem Spieler.

Wir möchten glauben, daß Herrn Bubde diese Art von „dienstlicher Treue“ selbst widerwärtig ist, daß er mit solchen Vorfällen nichts gemein haben will. Ist diese unsere Vermutung richtig, dann vermeide er aber auch alles, was verworfene Subjekte auf den Gedanken bringen muß, es sei ein besonderes wohlgefälliges Werk „dienstlicher Treue“, als freiwillige Bubde-Spiegel die Gefinnungen der Arbeitgenossen zu denunzieren. Die politischen Gefinnungen der Eisenbahner gehen den Ministern gar nichts an. Er hätte allen Anlaß, dies den Arbeitern zu erklären und zugleich darauf hinzuweisen, daß Denunzianten statt Beförderung Ausstoßung aus den staatlichen Betrieben zu erwarten haben würden.

Das französisch-englische Abkommen.

Paris, 10. April. (Fig. Ver.) Die „herzliche Entente“ zwischen Frankreich und England ist nun zur greifbaren Form eines vertragsmäßigen Abkommens geblieben. Die allseitige Schlichtung der Kolonialdifferenzen, die sich seit reichlich 20 Jahren zwischen den beiden Ländern angehäuft haben, ist schon an sich ein bedeutendes geschichtliches Ereignis. Die gründliche Ausmerzung jeglichen Streitstoffes schafft für die absehbare Zukunft zwischen den zwei größten maritimen und kolonialen Mächten ein freundschaftliches Verhältnis, das wohl dauerhafter ist als mancher in Paragraphen formulierte Allianzvertrag.

Was speziell Frankreich betrifft, so ist es kolonialpolitisch bereits gesättigt, genauer übersättigt. Von einigen wenigen fanatischen Kolonialisten abgesehen, denkt man allseitig nur daran, den gewonnenen enormen Kolonialbesitz zu festigen und auszunutzen. An der richtigen Ausnutzung desselben hapert es ja ganz besonders. Der einzige noch für notwendig gehaltene koloniale Vorstoß gilt dem „kanalen Mann“ von Marokko, dem Nachbarland Algeriens. Und in diesem wichtigsten Punkt hat nun England Frankreichs Wünsche vollaus stattgegeben, wie es in den andern Punkten die Festigung des französisch-englischen Kolonialbesitzes direkt und indirekt gefördert oder ermöglicht hat. Daher die innere Dauerhaftigkeit des neuen Verhältnisses, von der französischen Seite betrachtet.

Som englischen Standpunkte ist am wertvollsten Frankreichs Verzicht auf seine alten Ansprüche in Ägypten. Tatsächlich wird dadurch zwar nichts geändert. In Frankreich hat man schon seit langem mit der englischen Herrschaft in Ägypten als mit einer vollendeten Tatsache sich abzufinden gelernt. Zudem aber das Abkommen ausdrücklich den Verzicht Frankreichs konstatiert, durch die Forderung einer zeitlichen Beschränkung der englischen Occupation oder auf andere Weise die britische Aktion in Ägypten zu hemmen (§ 1 des Abkommens), wird die wichtigste Ursache des alten feindseligen Verhältnisses ausgemergelt. Und die materielle Folge davon ist der Verzicht Frankreichs auf seine Politik der Abstraktion, die von der britischen Verwaltung sehr unangenehm empfunden wurde.

Marokko und Ägypten — das sind die zwei wichtigsten Austauschwerte des Abkommens. Dem strengen Parallelismus der beiderseitigen Zugeständnisse in Nordafrika entspricht noch die gegenseitige Verhinderung des Freihandels in Marokko und Ägypten für die Dauer von 30 Jahren, sowie die gegenseitige Unterstützung bei der Durchführung des Abkommens.

Weniger gleichwertig sind die sonstigen Punkte der Abmachung. Wenn in Bezug auf Nordafrika beide Mächte — nach dem zutreffenden Ausdruck des Temps — von einander mehr empfangen als sie einander geben, so ist anderwärts das Abkommen für Frankreich in der Hauptsache viel günstiger als für England. Für den Verzicht auf die tatsächlich immer unhaltbarer werdende ausschließliche Benutzung der Westküste von Neufundland zu Fischereizwecken erhält Frankreich nicht nur die Rückgängigmachung einer neufundländischen vegetarischen Maßregel, des seit 1886 geltenden Verbotes des Verkaufes von Robberzeug an fremde Fischer, und die Anerkennung seines Rechtes auf den Hummerfang, sondern auch wichtigere Zugeständnisse in Westafrika: die Abtretung der Boos-Inseln, die den französischen Hafen von Konakry beherrschen, die naturgemäße Abrundung seiner Grenzen zwischen dem Nigerfluß und dem Tschadsee nach dem Süden hin, was ihm eine Straße in fruchtbareren Gebiet sichert, und eine Grenzberichtigung am Gambiafluß, die ihm den Zutritt zum schiffbaren Teile dieses Flusses gewährt.

In Bezug auf Siam wird das Abkommen von 1893 dahin geändert, daß die beiden Mächte einander freie Hand lassen im Osten bzw. im Westen vom Gebiete des Menam-Flusses. Endlich wird ein letzter Rest alten Mißtrauens beseitigt durch den Verzicht Englands auf seinen Protest gegen die französische Schutzpolitik auf Madagaskar.

Man sieht, die französische Öffentlichkeit hat allen Grund, dem Abkommen zuzujubeln. Nur die nationalistische Presse, die den Haß gegen England zu einem patriotischen Glaubensartikel erhoben hat, muß aus innerpolitischen Gründen schmolzen oder auch schimpfen was übriges keinerlei Bedeutung hat. Die verantwortlichen Organe verkennen auch nicht die weltpolitische Bedeutung des Abkommens, zumal gerade in der Zeit des ostasiatischen Krieges. Es ist klar, daß die intime Annäherung zwischen dem Verbündeten Rußlands und dem Verbündeten Japans nach menschlicher Berechnung jede Möglichkeit einer Ausdehnung jenes Krieges auf die zunächst interessierten Westmächte ausschließt. In diesem Zusammenhang ist noch zu betonen die ausdrückliche Anerkennung der Neutralität des Suez-Kanals durch England. Andererseits ist es unzweifelhaft, daß die russische Diplomatie der französisch-englischen Freundschaft von Anfang an wohlwollend gegenüber stand, wie auch, daß diese ihr besonders im Kriege mit Japan wertvoll sein muß. ... Das ist vom freihetlichen, antiagrarischen Standpunkte die Reifere des französisch-englischen Abkommens, so lange Frankreich mit dem Frankreich verbündet ist. Die franko-russische Alliance aber ist fest wie ein Fels. Denn das so günstige Abkommen mit England ist in Wahrheit Frankreichs erster positiver Gewinn, den es indirekt jener Allianz schuldet.

Was Deutschland betrifft, so sind die Erwägungen, die an dieser Stelle im Beginn des franko-englischen Einbernehmens ausgesprochen wurden, jetzt erst recht am Platze. Wenn England seinem alten Rivalen und dem Verbündeten seines wahren „Erbsundes“, Rußlands, so wertvolle Zugeständnisse gemacht hat, um seine Freundschaft zu erkaufen, so kann es sich durch nichts anderes leiten lassen, als durch den Wunsch, Deutschland in der Weltpolitik matt zu setzen. Die Schergendienste der deutschen Regierung für den Parisismus sind, von allem andern abgesehen, ein lächerlich unbeholfenes Gegengewicht gegen die neue Weltlage, wie sie zum Nachteil Deutschlands durch das französisch-englische Abkommen eingeleitet wird. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April.

Kanzler-Krise.

Fast ist der Reichstag sogleich in der ersten Sitzung nach den Ferien als beschlußfähig aufgelassen. Das März-Gesetz, das neue fünfzigpfennigstücke bringen soll, stand als erster Gegenstand auf der Tagesordnung. Die neuen fünfzigpfenniger, von denen Proben vorgelegt wurden, weitern an Geschmackslosigkeit mit den neuen Postmarken Vordrucklicher Herkunft; sie unterscheiden sich von den bisherigen dadurch, daß sie kleiner und dicker sind, einen wulstigen Rand haben und daß die Inschrift 1/2 Mark statt wie bisher 50 Pfennig lauten soll. Nach längerer Debatte mußte über den Antrag, daß die Vorlage zunächst einer Kommission überwiesen werde, abgestimmt werden. Konservativen und Sozialdemokraten stimmten in seltener Harmonie für die Kommissionsberatung, die ganze Mitte dagegen. Die Schriftführer vermochten minutenlang nicht festzustellen, wofür die Mehrheit vorhanden sei, eine Auszählung aber hätte die Beschlußunfähigkeit ergeben. Schließlich wurde das Haus vor dieser Lächerlichkeit bewahrt, indem sich das Präsidialbureau entschloß, die Mehrheit für die Kommissionsberatung festzustellen.

War der Reichstag nur sehr mittelmäßig besetzt, so waren die Zuschauertribünen überfüllt; man erwartete einen bedeutenderen Tag, da der Etat des Reichskanzlers vorlag. Der Tag brachte aber wenig Bedeutendes, und am wenigsten trug der Reichskanzler dazu bei, der Beratung seines Etats irgend welche Höhe zu verleihen. Vielmehr begann die Beratung in mehrfach gestreuten Plankengesichten, es gab keine das ganze Interesse fesselnde Schlacht. Dr. Spahn begann mit berechtigter Kritik gegen die Verhüllung unangenehmer Vorkommnisse durch die Amtswegweichterheit von Beamten, die nicht nur im bekannten Hilger-Prozesse, sondern selbst bei Untersuchungen in Wahlprüfungs-Angelegenheiten gegen Verhältnisse des Reichstages gelbt worden ist. Staatssekretär Rieberding erwiderte mit dem der Zentrumspartei gebührenden Entgegenkommen, ohne in der Sache gewisses zuzufügen.

Unser Parteigenosse Dr. David nahm die Frage der Schiffsabgaben wiederum auf, die fortwährend das größte Interesse erheischt. Im Gegensatz zu den Erklärungen, die der Reichskanzler Graf Bülow in der ersten Etatsberatung gegeben hat, arbeiten die preussischen Agrarier eifrig und unter dem Schutze des preussischen Ministeriums an der Einführung von Schiffsabgaben auf Rhein und Elbe. Zwar untersagt die Reichsverfassung solche Abgaben, aber die Agrarier versuchen sie durch gezwungene Auslegung der Verfassung dennoch durchzusetzen, um das ausländische Getreide, das auf den Strömen hereinkommt, und damit das von ihnen selbst produzierte Getreide den Konsumenten zu verteuern. Graf Posadowsky gab eine Antwort, die den Verdacht, daß thatsächlich derartige Abgaben durchgesetzt werden sollen, im höchsten Maße verstärkt.

Die Nationalliberalen sind unter allen Parteien die physiognomischesten und ihr Redner Dr. Sattler ist der schreckliche Musterredner der absoluten Langeweile. Das bewies er wieder, indem er in peinigender Flachheit an allerlei politischen Dingen herumragnete. Er streifte die auswärtige Politik; er wünschte, daß

der Herero-Aufstand zum Anlaß für vermehrte Kolonialaufwendungen werde; er verlange eine größere Flotte; er betone das Zusammenwirken aller bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie und Bedauernde, — nun kam die erwartete Jesuitenpause — daß die Regierung durch ihr Entgegenkommen an den Ultramontanismus die Einigkeit der bürgerlichen Parteien erschwere. Nun hatte der Reichskanzler die Gelegenheit erhalten, über allerlei Fragen sich auszusprechen. Ueber wenigstendes Geplauder kam er nicht hinaus, wobei er mehrfach auf Fragen einging, die er erwartet haben mag, die aber gar nicht gestellt waren. Gegen das neue französisch-englische Abkommen sei nichts einzuwenden; im ostasiatischen Kriege bewahre Deutschland legale Neutralität; Konzessionen an den Ultramontanismus auf Kosten des Staatswohls habe er nicht gemacht, er müsse aber mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und Rücksicht nehmen auf die stärkste Partei des Reichstages; in Südwestafrika werde hoffentlich der Krieg den Beginn einer neuen und besseren Ära bedeuten. Fast allethalben Allgemeinheiten ohne sachlichen Gehalt.

Die Fortsetzung der Debatte am Mittwoch dürfte erstere Worte in das belanglose Geplauder bringen. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag seine Beratungen wieder aufgenommen und bei schwach besetztem Hause die zweite Lesung des Etats fortgesetzt. Erledigt wurde das Kapitel „Universitäten“ sowie die auf die Universitäten bezüglichen Positionen im Extra-Ordinarium des Kultusetats. Von einer allgemeinen Universitätsdebatte größeren Stils nahm das Haus Abstand, es sei denn, daß man den im Bülow'schen Stil gehaltenen Beschimpfungen der russischen Studenten seitens des freikonserватiven Abgeordneten Kiewoldt — man will die „Schnorren“ durch höhere Kollegengelder abschrecken! — irgendwelche Bedeutung schenken wollte. Im übrigen kamen rein lokale Fragen zur Erörterung.

Am Mittwoch stehen das Kapitel „höhere Lehranstalten“ und „Kunst und Wissenschaft“ auf der Tagesordnung.

Die wasserwirtschaftlichen Vorlagen.

Dem Preussischen Abgeordnetenhaus sind heute die lange erwarteten sogenannten „wasserwirtschaftlichen Vorlagen“, deren wesentlichste Bestimmungen nebst einem kurzen Auszug aus der Begründung wie an anderer Stelle zum Abdruck bringen, zugegangen. Die betreffenden Gesetzesvorlagen zerfallen in fünf Teile; vier behandeln Vorstufungen, einer bezieht sich auf Schiffahrtsanlagen. Zur Verminderung von Hochwassergefahren und zur Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, Havel und Spree werden bis zu 60 820 000 M. verlangt, zur Befestigung von Hochwassergefahren in der Provinz Brandenburg und im Havelgebiet der Provinz Sachsen bis zu 2 890 000 M., zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder 60 000 000. Eine Ergänzung dieser Gesetze bildet der Gesetzentwurf betr. die Freihaltung des Ueberschwemmungsgebietes der Wasserläufe, der für den ganzen Umfang der Monarchie gelten soll. Der Gesetzentwurf betr. Herstellung und Ausbau von Wasserstraßen endlich fordert für Herstellung eines Schiffahrtskanals vom Rhein nach Hannover 197 150 000, für Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin (Wasserstraße Berlin—Hohenjaathen) 43 000 000, für Verbesserung der Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel sowie der Schiffahrtsstraße der Warthe von der Mündung der Reghe bis Posen 21 175 000, für die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Glager Reghe bis Breslau sowie zu Versuchsbauten für die Strecke von Breslau bis Fürstenberg a. D. 18 950 000 M., zusammen 280 275 000 M.

Die Ausführung der genannten Bauten wird davon abhängig gemacht, daß die beteiligten Provinzen oder andre öffentliche Verbände der Staatsregierung gegenüber bis zum 1. Juli 1906 in rechtsverbindlicher Form bestimmte Verpflichtungen übernehmen. Um die Agrarier der Vorlage geneigter zu machen, wird in der Begründung betont, daß darauf Rücksicht genommen werden soll, daß bei Inangriffnahme und Durchführung der Arbeiten der Landwirtschaft möglichst wenig Arbeitskräfte entzogen werden. Bezüglich der Schiffahrtsabgaben will die Regierung innerhalb der durch die Reichsverfassung gegebenen Grenzen Abgaben erheben, welche die Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie die Zinsen und Tilgungsbeträge des Anlagekapitals decken.

Die Kritik der Vorlagen mit der beigegebenen umfangreichen Begründung und den sechs Denkschriften muß natürlich bis nach deren Studium verschoben werden, so viel aber läßt sich schon heute feststellen, daß die Regierung sich mit äußerster Sorgfalt bemüht hat, den Interessenforderungen des ostelbischen Großgrundbesitzes dienstförmig die weitestgehenden Zugeständnisse zu machen. Nicht nur insofern, als das Mittellandkanal-Projekt trotz des bekannten Ausspruchs „Gebaut wird er doch!“ vorläufig völlig fallen gelassen worden ist — diese Konzession der Regierung an die Macht des Junkertums war vorauszu sehen — sondern auch was die Heranziehung der beteiligten Provinzen und Bezirke zu den Baukosten der Wasserstraßen und besonders was die Festsetzung der Schiffahrtsabgaben betrifft. Der Osten erscheint vor dem Westen in jeder Weise bevorzugt. Wie es in der Begründung deutlich genug heißt, hält es die Staatsregierung für ihre Aufgabe, „durch Festsetzung der Abgaben die inländische Erzeugung thunlichst zu fördern“, d. h. in gewöhnliches Deutsch übertragen: die Frachtarife auf den geplanten westlichen Kanälen so einzurichten, daß der landwirtschaftlichen Produktion aus dem Transport ausländischer Bodenprodukte auf den westlichen Wasserstraßen keine verstärkte Konkurrenz erwächst.

Zur Erreichung dieses Zweckes werden die Güter in verschiedene Klassen eingeteilt und für diese verschiedene Einheits-Preddätze eingeführt, und zwar sind diese Sätze für die östlichen Wasserstraßen weit niedriger als für die westlichen. Beim Dortmund—Ahein-Kanal sind z. B. bei den Verlehrsvermittlungen drei Güterklassen mit 2, 1,5 und 1 Pfennig Abgabe für 1 Tonnenkilometer wirklicher Ladung angenommen, beim Kanal Bevergern—Hannover ebenfalls drei Klassen mit 1, 0,75 und 0,5 Pfennig Abgabe. Dagegen sind für die Wasserstraße Berlin—Hohenjaathen, für die Wasserstraße Oder—Weichsel auf der Strecke von der Drogemündung bis Brahe- münde und für die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Glager Reghe bis Breslau die im Osten der Monarchie bestehenden vier Güterklassen beibehalten, und die Abgaben bei den beiden erstgenannten Wasserstraßen zu 0,6 bezw. 0,5, 0,4 und 0,3 Pfennig für 1 Tonnenkilometer wirklicher Ladung angelegt worden.

Trotz dieser und anderer Konzessionen an die ostelbischen Agrarier scheint indes die Regierung nicht die Annahme des Teils der Vorlagen, der die Verlängerung des Dortmund—Ems-Kanals betrifft, für gesichert zu halten; denn sie hat die Vorlage so eingerichtet, daß dieser Teil bequem abgetrennt und — abgelehnt resp. zurückgestellt werden kann, bis die Agrarier sich weitere Konzessionen gesichert haben. —

Vom Textilstreik. — Combes Rede.

Paris, 11. April. (Fig. Ver.) Die wichtigste Aenderung im Stand des Textilstreiks ist die für heute beschlossene Wiederaufnahme der Arbeit durch die Baumwollspinnere von Lille. Dieser Beschluß ist die Folge eines Ausgleichs, der versuchsweise für die

Dauer eines Monats gelten soll. Die Arbeiter willigten ein in eine Lohnerhöhung von 3 Proz., wogegen die Unternehmer sich verpflichteten, daß die Lohnhöhe mit der Einführung des Achtstundentages mindestens derjenigen des 10^{1/2}-Stundentages gleichzukommen hat. Die Liller Weber verharren noch wie vor im Streik, und sie werden von den in Arbeit tretenden Spinnern Unterstützung erhalten, wie bisher schon von den Webern von Armentières-Houplines.

In Roubaix dauert der Kampf ziemlich unverändert fort. Herr Rotté, der starke Mann der französischen Bourgeoisie, hat richtig jede kommunale Hilfsaktion zu Gunsten der Familien der Streikenden barsch verteidigt. Er verweist sie auf die — Armenunterstützung! — Ja, er hat sich selbst geweigert, das kommunale Volkshilfsgerät der Genossenschaft „La Paix“ zur Verfügung zu stellen. Nichtsdestoweniger sind Volkshilfsarbeiten bereits in Tätigkeit.

Der Nordpräfekt steht ostentativ zu Rotté. Auf ein Schreiben des Streikkomitees hat er eine feindselige Antwort gegeben durch Vermittlung des Arbeiterfeindes Rotté!

Die Ordnungstretterei der Regierung hat in Amiens, wo 5000 Arbeiter der Textil- und Bauindustrie im Streik stehen, einen besonders blutigen Verlauf genommen. Selbst der Verichterflatter des „Temps“ meldet Hufarenattaken mit entblühtem Säbel auf eine friedliche Menge, die vor dem bereits vollbesetzten Lokal der Arbeitsbörse sich angeammelt hat. Es gab zahlreiche Verwundete. Während der wilden Jagd auf die Arbeiter in den engen Gassen, wo die Menge nothgedrungen immer wieder aufgestaut wurde, hat u. a. ein Hauptmann einem als „unschuldig“ erkannten Aufsteiger eine Stopfwunde mit dem Säbel beigebracht. Vorher erlitt ein Arbeiter, Voisin, einen schweren Schädelbruch. Diese anfänglich für tödlich gehaltene Wunde war der Ausgangspunkt einer spontanen Straßenkumgebung, in deren Verlauf den Streikenden fremde Elemente Säufelner eingebrochen und Waren geplündert haben. Die Ausschreitungen dienten dann am folgenden Tage zum Vorwand der blutigen Hufarenattaken auf eine friedliche Menge. . . . Jetzt erst hat der Friedensrichter seine scheidgerichtliche Vermittlung angeboten. Die Textil- und Bauarbeiter akzeptierten sie sofort, ebenso die Weberfabrikanten, die vorher zum größten Teil jegliche für die Arbeitszeitverkürzung entschädigende Lohnerhöhung abgelehnt hatten.

Ueber die Ordnungstretterei in Roubaix schreibt als Augenzeuge Genosse Brade im „Socialiste“: „Man hat nichts Schlimmes gesehen selbst unter den auf das Niedrigste verfeinerten Ministerien, selbst unter Walde! Jedermann erinnert sich der schönen Umzüge der Bergarbeiter von Montceau während des letzten Streiks (unter Walde-Rousseau); sie wickelten sich ab ohne Hindernis. Zum erstenmal hat der Nordpräfekt letzten Freitag einen Beschluß gefaßt, der im ganzen Departement „Ansammlungen von mehr als zehn Personen“ verbietet. Das ist der kleine Belagerungszustand. Diejenigen Arbeiter, die unter dem Kaiserreich gelebt haben, erinnern sich nicht, damals einem ähnlichen Schanzplatz beigewohnt zu haben. . . . Mit Recht führt weiter Genosse Brade aus, daß das Kabinett Combes sich gar nicht zu scheuen brauche, die öffentliche Macht in den Dienst des Kapitals zu stellen. Die Ministeriellen würden ihm auf jeden Fall treu bleiben. Ihm müsse einzig daran liegen, die Reaktionen und das große Unternehmertum zu befriedigen. . . . In der That, keine einzige ministerielle Zeitung sagt ein Wort gegen die empörende Behandlung der Streikenden durch die Regierung. Die empörenden Thatsachen selbst werden nach Möglichkeit beschwiegen, oder in einem entlegenen Zeitungswinkel versteckt.

Dafür finden die ministeriellen Blätter Raum genug, um den vollen stenographischen Text der gestrigen Festsrede Combes' in Laon zu veröffentlichen und sie langatmig zu beloben. Bei seinem der Lobschreiber strauchelt die Feder an den blutigen Handlungen des Ministeriums, die das unmittelbare Vorbild zur demokratischen Rede des Ministerpräsidenten bilden. — Ein Punkt dieser sonst im üblichen Geleise sich bewegenden Rede ist besonders aktuell und zutreffend. Combes wendete sich siegreich gegen die reaktionäre Front, sein Ministerium wäre ein Werkzeug der „socialistischen Tyrannie“. Gewöhnlich zeigt sich eine derartige Tyrannie in vortierten Befehlen, in getroffenen Maßnahmen, in vollzogenen Handlungen. Wo sind nun diese Befehle, diese Maßnahmen, diese Handlungen? . . . Ja, wo sind sie? Darauf mag Combes' wiewevolger Lobschreiber, Groult-Richard, in der „Petite République“ antworten und der Vertreter der jauchenden Departementsföderation, Gontot, der auf dem Bankett in Laon den verantwortlichen Urheber der kapitalistischen Ordnungstretterei im Streikgebiet in einem byzantinisch-widerlichen Trinitätspruch beweihräucherte.

Deutsches Reich.

Zum Verkauf des „Fürst Bismarck“. Der Schnelldampfer „Fürst Bismarck“, der bisher der Hamburg-Amerikanischen Palettahet-Gesellschaft gehörte, liegt im Hafen von Libau und ist zweifellos bereits in den Besitz der russischen Marineverwaltung übergegangen; andre deutsche Schiffe sollen, wie verlautet, demnächst in russischen Besitz übergehen. Wir haben jüngst geäußert, ob die Neutralität, deren Innehaltung Graf Wallow am Dienstag wiederum im Reichstage betonte, bei solchen Verkäufen gewahrt ist, und wir haben die Ansicht ausgesprochen, daß bei strenger Auffassung des Völkerrechts der Verkauf nicht zulässig ist. Diese Ansicht wird weiter verstärkt, wenn man in Erwägung zieht, daß der „Fürst Bismarck“ keineswegs lediglich ein Schiff der Handelsmarine ist, sondern ein Hilfskreuzer der deutschen Kriegsmarine. Der „Fürst Bismarck“ ist das größte derjenigen Handelsschiffe, die mit erheblicher Armierung versehen die Bestimmung haben, im Kriegsfall Kreuzerdienst zu thun. Er ist für Maschinengeschäfte und Schnellladekanonen eingerichtet und daher ausdrücklich im offiziell unterstützten Almanach für die Kriegsmarine in der Kriegs-schiffliste eingetragen!

Unter diesen Umständen wird es zweifellos, daß durch den Verkauf des „Fürst Bismarck“ an Rußland die deutsche Neutralität nicht gewahrt worden ist. —

„Der Paladin“.

Unter diesem Titel bespricht die „Münchener Post“ den Fall des Grafen Waldersee, über den bisher die gesamte Presse sich ausschweigt.

Die „Münchener Post“ hatte zuerst und wiederholt vor mehr als Jahresfrist, also zu Lebzeiten des Generalissimus, die Affaire aufgedeckt.

Sie erinnert jetzt an folgende Zeugenaussage aus dem Tausch-Prozess:

Vorsitzender: Haben Sie den früheren Agenten Normann-Schumann gekannt?

Zeuge Brentano: O ja, sehr genau!

Vorsitzender: Sie waren früher Chefredakteur der „Saale-Zeitung“?

Zeuge: Bis zum April 1867.

Vorsitzender: Gehörte Normann-Schumann zu den Mitarbeitern Ihrer Zeitung?

Zeuge: Ja. . . Er kam eines Tages zu mir nach Halle sehr aufgeregt und sagte mir, er habe heute eine Unterredung mit einer sehr hochgestellten Persönlichkeit gehabt und er habe die Gewissheit, daß der Einzug des Grafen Caprivi bevorstände und Fürst Bismarck wieder Reichskanzler würde. . . . Nach einigen

Monaten erschien er wieder bei mir und sagte, das Projekt Bismarck-Reichskanzler habe man fallen lassen, und es sei jetzt feststehende Thatsache, daß Graf Waldersee Reichskanzler würde. Da schrieb er mir nun eine Reihe Artikel, die mich nach und nach sehr machten und die ich auch zum großen Teil nicht mehr brachte.

Vorsitzender: Der Inhalt dieser Artikel lief auf eine Clarifikation Waldersees hinaus, während Graf Caprivi abfällig beurteilt wurde?

Zeuge: Ja. Da hat er nun eine ganze Reihe Artikel geschrieben und viele dieser Artikel richteten sich schließlich auch gegen den Hof und teilweise gegen den Kaiser selbst — nicht gegen den Kaiser, aber es wurden Artikel geschrieben über die angebliche Krankheit des Kaisers, und es wurden schließlich darin Ausdrücke gebraucht, die mich berart finstig machten, daß ich daran dachte, den Mann mir auf alle Fälle vom Hals zu schaffen. Z. B. er hat mir Artikel geschrieben — ich bemerke, daß sie keine Aufnahme fanden —, da hieß es unter andrem: das Ehrenleiden des Kaisers sei so heftig, in der Nacht habe er die fürchterlichsten Schmerzen daher kämen seine sprunghaften Verfügungen und dergleichen. . . . Diese Artikel schickte ich ihm natürlich zurück und fragte ihn, ob er verrückt wäre, oder ich verrückt wäre, wenn er glaube, daß ich solche Artikel aufnehme. . . . Zu meinem großen Erstaunen bemerkte ich nun, daß diese Artikel, wenn ich sie abgelehnt hatte, kurze Zeit darauf in auswärtigen Blättern erschienen, in österreichischen Blättern, in französischen Blättern.

. . . er kam noch zwei, dreimal nach Halle und preschte mir verschiedene Schriftstücke ab, daß er mir das und das nicht gegeben oder das und das nicht gesagt hätte.

Vorsitzender: Was gab er für einen Grund für diese Schriftstücke an?

Zeuge: Die sollten an seine Hintermänner gehen.

Vorsitzender: Warum denn?

Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich mußte schriftlich geben, daß ich keinen Namen genannt hätte. (Nämlich dem Reichskanzler. D. Red.) . . . er (Normann-Schumann) sagte mir dreis, viermal: mein Koffer ist gepackt; in dem Augenblick, wo ich als Zeuge vernommen werden soll, bin ich über der Grenze; denn das, was ich weiß, will ich nicht als Zeuge verpuffen; das kann ich vielleicht später einmal besser gebrauchen.

Normann-Schumann hat Wort gehalten. Er ist über die Grenze gegangen und hat später seine Bismarck-Affäre „besser“ gebraucht, indem er in Prozessakten behauptete, Graf Waldersee sei der Urheber jener — wie der Zeuge Brentano sagte — „wahnwitzigen Umtriebe gegen Kaiser und Reich“.

Zutreffend schließt die „Münchener Post“ ihre Betrachtungen: Aus der Ära der Majestätsbeleidigungs-Prozesse wird die Beschichte uns einen Fall zu berichten haben, der auf die Ehre seines Urhebers selbst dunkelste Schatten wirft. Und der Fall dieses Einen ist von den Gerichten totgeschwiegen worden, totgeschwiegen von der gutgesinnten Presse, die sich tagtäglich über socialdemokratische Untergrabung der Autorität in Enttäuschungskämpfen windet, totgeschwiegen von der Armee, die sich in diesem Einen als ganzes getroffen fühlen mußte! Dieser Eine freilich trug keine rote Färbung im Herzen, sondern rote Streifen an den Hosen, und über seinem Grabe domnierten die Kanonen. —

„Erstklassige Menschen“.

Wir werden um Aufnahme der folgenden Zuschrift ersucht:

„Auf einer Orientreise begriffen, erhielt ich am 10. März in Alexandrien ein Zeitungsbillet, das in den Reichstagsverhandlungen auch einen mich persönlich aufs schwerste beleidigenden Zwischenruf zu meiner Kenntnis brachte, der eine sofortige Gemüthung meinerseits erfordert. Ich habe daraufhin umgehend an den Herrn Präsidenten des Reichstages, Herrn Grafen v. Ballestrem die Bitte gerichtet, mir „den Namen desjenigen Herrn Abgeordneten zu nennen, der meine Ehre aufs schwerste verletzt hat, um die Angelegenheit alsdann sofort in geeigneter Weise zum Austrag bringen zu können. Die Antwort des Herrn Präsidenten, welche besagt, daß die Geschäftsordnung des Reichstages ihm keine Handhabe gäbe, einen am 4. März während der Plenarsitzung gefallenen, von der amtlichen Stenographie nicht wiedergegebenen Zwischenruf der Ermittlung durch Vorlesung meiner Eingabe dem Reichstage entgegenzuführen, erhielt ich erst jetzt nach meiner beschleunigten Rückkehr in Dresden.“

Demgemäß habe ich selbstverständlich jetzt sofort die weiteren mir geeignet erscheinenden Schritte gethan.

Dresden, den 11. April 1904.

Dolf Graf v. Vaudiffin

(Freiherr v. Schlitz)

Die Zuschrift beweist, daß der Graf Vaudiffin noch durchaus in den Lebensanschauungen der „erstklassigen Menschen“ befangen ist. Auch aus diesem Grunde läßt sich nicht annehmen, daß der Graf die Rücksicht gehabt haben könne, aus Mitleidhaft in wahrheitswidriger Weise die Offiziere anzugreifen. Er wollte vielmehr durch Geißeln die Sitten bessern!

Jener Zwischenruf fiel aus der Mitte „erstklassiger Menschen“. Unter anständigen Menschen dürfte es selbstverständlich sein, sich unter solchen Umständen zu nennen! —

Das Leo-Hospiz. Die „Germania“ sieht „keine Veranlassung“, auf unsere gestrigen Mitteilungen über die Beziehungen des Bischofs Kopp zum Berliner Leo-Hospiz einzugehen. Sie giebt lediglich zu, daß sie die erste Versammlung der Interessenten des Leo-Hospizes totgeschwiegen habe, wie sie es „nicht für opportun hielt, einen Bericht zu bringen“.

Ferner muß sie eine Erklärung des Dr. Hille aufnehmen, in der dieser feststellt, daß — entgegen den Behauptungen der „Germania“ — das Leo-Hospiz in voller Uebereinstimmung mit allen maßgebenden Personen der alleinseligmachenden Kirche gegründet wurde.

Wie denkt nun die „Germania“ über die finanzielle Gastpflicht des Fürstbischöfs Kopp? Warum ist sie bei diesem Skandal in der schwarzen Garnison so auffällig schweigsam, sie, die doch wohl ein Duzend Artikel über die angebliche Korruption in der Charlottenburger Socialdemokratie gebracht hat, obwohl dieser Korruption nur in ihrer verleumderischen Einbildung Bestand und auch nicht durch die beschäidenste Thatsache belegt werden konnte? —

Ein weiterer Centrumsunfall. Wie bereits mehrfach in dieser Session des Reichstages das Centrum bei Militärforderungen seine anfängliche in der Kommission geliebte Opposition im Plenum wieder aufgab, so jetzt wiederum bezüglich des Etats für die Expedition nach Ostasien. Die Budgetkommission hatte unter Verantwortung des Centrums unter 32 geforderten Oberleutenantsstellen 13 nur noch bis Ende September d. J. bewilligt. Jetzt wird ein Antrag eingebracht, der die Beibehaltung der Oberleutenantsstellen fordert und damit die fortwährende Existenz des Expeditionscorps in Ostasien begünstigt. Unterzeichnet ist der Antrag von Abgeordneten des Centrums in rührender Harmonie mit bewilligungsfrohen Nationalliberalen. —

Die Sünden der Frauen sollen heimgejagt werden an den Männern! Die „tt.-Korrespondenz“ meldet:

Wegen Beleidigung des Kaisers verurteilte die Strafkammer zu Leipzig die Frau eines dortigen Postbeamten zu vier Monaten Gefängnis. Dem Vernehmen nach soll dem Gatten der letzteren bedeutet worden sein, um seine Pensionierung einzulommen!

Seit wann werden in Reichsbetrieben die Beamten für Verschuldungen ihrer Frauen zur Rechenschaft gezogen?

Diese Praxis wird jedenfalls nur auf Unterbeamte angewendet werden; denn wir erinnern, daß sehr hochgestellte Herren keinerlei Nachteil erlitten haben, obwohl ihre Spröhlinge in sehr böse Konflikte geraten sind. Und für die Kinder ist der Vater doch moralisch bis zu einem gewissen Grade verantwortlich! —

Drei Jahre und 14 Tage Gefängnis erhielt der Musiker Gustav Lehmann vom 23. Infanterie-Regiment in Tarnowitz wegen Gehorsamsverweigerung, thätlicher Widersehung und Selbstverletzung als Gefangener publiziert. Der Soldat war von einem Oberleutnant aufgefordert worden, nicht mehr in ein Lazarett zu gehen, da er angetrunken war. D. ging doch hinein und warf sich auf die Erde, als ein wachhabender Unteroffizier ihn hinausdrängen wollte. Nach seiner Verhaftung entließ er dem Transporteur, der vergeblich auf ihn schiess. Er suchte über die Mauer in seine Kaserne zu klettern und rief: „Ihr dummen Kerls, ich hätte nicht geglaubt, daß Ihr schiefen werdet.“ Dafür drei Jahre und 14 Tage Gefängnis. Die Verurteilung des D. wurde verworfen, da seine Trunkenheit nicht als sinnlose angenommen wurde. Er wird seine drei Jahre im Gefängnis schmachten.

Wegen Verleumdung und Verhöhnung der Polizei war der Vorgesetzte eines Solobereichs angeklagt, weil er für jeden Abend in der Woche Turnstunden der Weutheuer Polizei angemeldet hatte, obwohl solche nur zweimal in der Woche stattfinden und überwacht wurden. Das Gericht sprach den Lebelstäter jedoch frei.

Vom preussischen Fiskus. Vor kurzem beschäftigte sich der Reichsausschuß in Oppeln mit einer verwaltungsrechtlichen Streitigkeit, die in Obereschien größeres Aufsehen erregt und demnächst auch im preussischen Landtage zur Sprache gebracht werden soll. In der fiskalischen Friedrichshütte bei Tarnowitz wurden vor zwei Jahren fünf Kistlöfen aufgestellt, die auf Grund eines vom Fiskus für 400 000 M. erworbenen englischen Patents konstruiert waren. Nach dem neuen Verfahren wird die Kistlöfen nicht mehr mit der Hand, sondern durch einen Mechanismus gesteuert, der den Betrieb rationeller gestaltet, insbesondere aber auch Arbeitskräfte erspart. Die neuen Kistlöfen wurden in Betrieb gesetzt, ohne daß der Fiskus es für nötig hielt, die gesetzlich erforderliche gewerbe-polizeiliche Genehmigung einzuholen. Bald zeigte sich jedoch, daß die neuen Löfen für die umliegenden Ortschaften geradezu schreckliche Wirkungen hatten. Die nieder-schlagenden schwefeligen Säuren hinderten erheblich das Wachstum auf Feldern und Wiesen, die erzielten spärlichen Bodenerträge aber waren für Mensch und Vieh ungenießbar oder doch nur mit Schaden an der Gesundheit zu genießen. Auch auf das Wachstum des Viehes übten die giftigen Dämpfe großen Nachteil, in manchen Fällen ging das Vieh direkt zu Grunde. Die ver-gifteten Abwässer vernichteten dazu den Fischbestand in der Stale. Bald aber zeigten sich auch bei Menschen erhebliche Störungen der Gesundheit und nun fanden sich schließlich Leute, die den Mut hatten, gegen den Betrieb der neuen Kistlöfen bei der Behörde Einspruch zu erheben.

Die Arbeiter und Beamten der Hütte, die naturgemäß am schwersten unter der Vergiftung der Luft zu leiden hatten, konnten natürlich einen Einspruch nicht riskieren. Erst nachdem diese unerhörte fiskalische Willkür zwei Jahre ge-dauert hatte, wurde ein Termin zur Prüfung der Einsprüche an-gesetzt. Nicht weniger wie fünf Gemeinden, die Donnerstags die Verwaltung und über 200 Privatinteressenten hatten Einspruch gegen den Betrieb erhoben. Im Termine bestritt der Fiskus die Schädlichkeit der giftigen Gase für den menschlichen Körper, behauptete im übrigen jedoch, daß Schadenersatz-Ansprüche in entgegenkommender Weise erfüllt werden seien. Dagegen wurde u. a. vom Gemeindevertreter von Wlaskowa nachgewiesen, daß die letztere Behauptung durchaus unrichtig sei! Viele vom Kreisratagator beanspruchte Sätze seien ganz bedeutend, z. B. von 188 M. auf 42 M. herabgesetzt worden. Die schwer geschädigten Arbeiter und Angestellten der Hütte klagten nicht aus Furcht vor Entlassung. Die Einsprüche wurden an den Reichsausschuß weitergegeben und dieser vernahm mehrere Sachverständige, die in ihren Gut-achten die Klagen und Beschwerden der Interessenten größtenteils für berechtigt erklärten. Daraufhin hat dann der Reichsausschuß in Oppeln vor kurzem den vom königlichen Hüttenamt jetzt (nach zwei Jahren!) gestellten Antrag auf Konzessionierung der Anlage abge-lehnt und die Kosten des gesamten Verfahrens dem Hüttenwerke auferlegt.

Neuerdings wird die Sache im Handelsministerium bearbeitet, von wo aus auch schon ein Geheimrat nach Friedrichshütte geschickt ward, um die Sache näher zu untersuchen. Bemerkenswert ist aller-dings sowohl die Leichtfertigkeit, mit der man Hunderttausende aus Staatsmitteln zur „Prüfung“ eines neuen Patents opfert, wie die Verstocktheit, mit der den wirtschaftlichen Interessen, ja Gesundheit und Leben der Steuerzahler hier seitens des Fiskus begegnet wurde. —

Hausland.

Erpreßter Patriotismus.

Aus Rußland erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Allenfalls, besonders in Südrussland wird gefürchtet die Nachricht verbreitet und die in den ungebildeten Volksteilen hervor-gerufene Ansicht genährt, daß die Juden heimlich Verbündete der Japaner seien, ja man pflegt die Juden schlechthin als Japaner zu beschimpfen. Die Verängstigten schleppen alle ihre Habe heran und opfern sie für den Krieg, ohne darum doch die ausgewählten Wogen des Hasses beruhigen zu können. Die Behörden haben das er-presserische Treiben in ein System gebracht und zur Wüste aus-gebildet.

Vielfach wird den Juden eine bestimmte große Summe Geldes für den Krieg abgefordert mit der Androhung der Ausweisung, sofern die Zahlungen nicht binnen einer bestimmten kurzen Frist erfolgen würden.

Zum Ueberflus wird sicherem Vernehmen nach zur Zeit von den Ministern ein von Plehwe befürworteter Plan beraten, nach dem alle unabhängige Zeitungen Odesas, die nicht antisemitisch sind und in denen auch etwas anderes als die bloßen Vermittelungen der Regierungspolitik und die russischen Siegesnachrichten gebracht wird, suspendiert werden sollen, so daß außer der von uns bereits gekennzeichneten Enamja des berühmten Kruschewan nur noch eine „patriotisch“ und antisemitisch redigierte Zeitung gebildet werden würde. Alle andern Zeitungen werden schlechthin als Juden-zeitungen verschrien.

Die Korruption der inneren russischen Verhältnisse wird be-leuchtet durch die Thatsache, daß, wie sich vor kurzem herausgestellt hat, das Vermögen des russischen roten Kreuzes um mehrere Millionen bestohlen worden ist, was dem Adel Anlaß zur Grün-dung einer selbständigen Krankenpflege-Organisation für den Krieg gegeben hat.

Auch folgender Vorgang verdient Erwähnung, der ein Schlag-licht auf die Disciplin, die moralische Qualifikation der russischen Behörde wirft.

Auf einem der Truppentransporte drangen Soldaten unerlaubter-weise auf einer Station an das Bahnhofsgebäude, um sich Nahrungs-mittel zu kaufen. Als der diensttübende Gendarmere-Offizier einen der Soldaten hinauswies, wurde ihm der Gehorsam verweigert.

Als der Offizier nunmehr dem Soldaten einen Schlag ins Ge-sicht versetzte, rief dieser noch fünf oder sechs andre Kameraden zu Hilfe, und sie verprügelten gemeinschaftlich den Offizier, bis er dem Tode nahe liegen blieb.

Fünf Soldaten sind wegen dieses Vorfalls bereits hingerichtet worden.

Daß im Finanzministerium zur Zeit eine neue Kommission zur Beratung der Mittel zur Kriegsführung tagt, ist anderweit schon be-richtet. —

Frankreich.

Die außerparlamentarische Marinekommission trat am Montag-nachmittag unter Vorsitz des Marineministers Pelletan zusammen. Derselbe führte in einer Rede aus, daß die Regierung ihre ganze Unterstützung dazu bieten werde, um über die Punkte betreffend die nationale Verteidigung Licht zu verbreiten. Die Kommission werde ihr Werk vollenden, ohne Rücksicht auf eine Person zu nehmen

und werde nur das öffentliche Wohl und die Stärke Frankreichs im Auge behalten. Nach der Debatte wurden die Berichterstatter ernannt und beauftragt, die Berichte über die Lage der Flotte, der Truppen, über den Bau der Schiffe und über die Verteidigung der Kolonien abzuschaffen. Sodann vertagte sich die Kommission bis zum 25. Mai. —

Luis Michel. Es ist ein seltsames Geschehnis, daß in der vorigen Woche der Tod Luis Michels gemeldet wurde, so daß ein Zweifel an der Meldung ausgeschlossen schien. Jetzt stellt sich heraus, daß die Greislin zwar schwach war und als im Sterben liegend angesehen wurde, daß sie aber in Wahrheit lebt und auf dem Wege der Genesung ist. —

Spanien.

Ein Attentat auf den Ministerpräsidenten.

Madrid, 12. April. Nach einem Telegramm aus Barcelona wurde heute gegen den Ministerpräsidenten Maura, als er das Generalratsgebäude verließ, ein Anschlag verübt. Maura wurde von einem Dolchschliche verwundet. Einzelheiten fehlen. —

Madrid, 12. April. Nach weiteren Meldungen aus Barcelona hat sich der heutige Vorfall wie folgt abgespielt: Ein junger, gut-gekleideter Mann stürzte sich mit geballter Faust auf den Wagen des Ministerpräsidenten Maura und suchte diesen zu treffen. Er wurde sofort verhaftet. —

Strafentwurfte. Bei einer am Montag in Madrid ab-gehaltenen religiösen Prozession veranstalteten eine große Anzahl von Antiklerikalen Gegen-standgebungen unter Hochrufen auf das Heer. Als einige Schüsse fielen, bemächtigte sich der Menge eine Panik. Die Veranstalter der Kundgebungen warfen mit Steinen nach dem Hause des Bürgermeisters. Die Polizei gab darauf Feuer und verwundete mehrere Personen. Es wurden mehrere Ver-haftungen vorgenommen. —

England.

Die Beschlüsse der sozialistischen Kongresse.

London, 8. April. Die Sozialdemokratische Föderation hielt in den ersten drei Tagen des laufenden Monats ihren 24. Jahres-kongress in Burnley ab. Es waren 60 Delegierte anwesend, die 62 Zweigvereine vertraten. Die Beratungen waren zum großen Teile inneren Organisationsfragen gewidmet. Von den angenommenen Resolutionen sind folgende bemerkenswert.

Sozialistische Einigkeit: Die Föderation soll alles aufbieten, die sozialistischen Elemente Englands zu einer Partei zu vereinigen.

Municipalsocialismus: Die Sozialdemokratie soll alle Unternehmungen unterstützen, die die Socialisierung an Stelle des Privatunternehmens setzt. Die Gemeinden können vorläufig ihre Aufgabe am besten erfüllen, wenn sie ihren Arbeitern die bestmöglichen Bedingungen gewähren und sich nur solcher Produktionszweige und Dienste bemächtigen, die zu Preisen geliefert werden könnten, welche die Produktionskosten und Abschreibungen decken und noch einen Profit zur Ausdehnung der Unternehmungen abwerfen; jedoch müssen die Gemeinden es soweit als möglich vermeiden, die Profite zur Herabsetzung der Lokalsteuern zu verwenden.

Politik: In Erwägung, daß das Herumpfehlen um die sozialistischen Einrichtungen keinen Nutzen den Arbeitern bringen kann, ferner daß die Frage der sogenannten „Finanzreform“ nur aufgeworfen wurde, um die Arbeiter irre zu führen, giebt der Kongress seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß die Sozialagitation allem Anschein nach gescheitert ist, und hofft, daß dies zu einer Stärkung der sozialistischen Bewegung, der einzigen Befreierin der Arbeiterklasse führen wird.

Der Kongress verurteilte die Fremdenvorlage, ebenso die Ordmanz betreffend die Chinesen-Einfuhr nach Transbaal.

Der zwölfte Jahreskongress der Independent Labour Party tagte in Cardiff. Es waren 140 Delegierte anwesend, darunter mehrere Frauen. Der Jahresbericht wies auf die Fortschritte der Partei hin, die auf allen Gebieten gemacht worden sind. Die Partei nahm an Mitgliedern, an Finanzen und Erfolgen bei Lokalwahlen zu. Das Wochenblatt der Partei, der „Labour Leader“, wurde von acht auf zwölf Seiten vergrößert. Es wurden Resolutionen angenommen, die die südafrikanische Chineseneinfuhr, die Sozialagitation und das Schwei-ßsystem verurteilen. Es wurde die Errichtung eines Arbeitsminis-teriums und durchgreifende staatliche Fürsorge für die Arbeitslosen verlangt. Die Resolution über die staatliche Festsicherung eines Minimallohnes rief eine lebhafteste Debatte hervor, in der J. M. Macdonald, der Sekretär des Labour Repräsen-tation Committee, gegen die Festsicherung des Minimal-lohnes sprach, indem er die Ansicht vertrat, daß die Parteiarbeit, die zur Erreichung dieser Maßregel entfaltet werden müßte, viel besser für die Propaganda des Socialismus verwendet wäre. Diese Haltung Macdonalds ist mit Genugthuung zu be-grüßen. Sie ist wahrscheinlich das Resultat der Einsicht, daß bloße Lohnfragen den Gesichtskreis der Arbeiter verengen. Die Resolution wurde jedoch angenommen. Ueber die Frage der sozialistischen Einigkeit beschloß der Kongress, von einer Diskussion abzusehen und es der Parteileitung zu überlassen, darüber zu entscheiden. Auf beiden Kongressen wurde die Speisung der Schulkinder als Mittel der Aufrechterhaltung der physischen Tüchtigkeit Englands empfohlen. Ebenso wurde gegen den Zug nach Tibet protestiert. — In die Lei-tung der J. L. P. wurden zwei Frauen gewählt. —

Zur Tibet-Expedition.

London, 12. April. Unterhaus. Das Haus trat heute nach den Osterferien wieder zusammen. Der Ministerpräsident Balfour teilte mit, daß es infolge der Tibet-Verwickelungen nötig sein wird, gemäß den Besehen das Haus um Ermächtigung zu bitten, die indischen Truppen außerhalb der indischen Grenze verwenden zu können. Die Regierung wird demgemäß einen darauf bezüglichen Beschlußantrag morgen einbringen. Das Budget wird am 10. April eingebracht werden. —

Rußland.

Schulbildung in Sibirien. Im Jahre 1902 zählte nach einem soeben erschienenen russisch-amtlichen Bericht Sibirien eine Bevölkerung von 4 991 974 Seelen auf einem Terrain von 2 881 847 Quadrat-meilen. An Volksschulen waren vorhanden 2433, so daß auf 1284 Quadratmeilen und 2052 Einwohner je eine Schule kam! Unter-richtet wurden insgesamt 95 309 Kinder oder auf 1000 Einwohner je 19 Kinder. Nimmt man nun die Zahl der Kinder im Schulalter wie üblich auf 10 Prozent der ganzen Bevölkerung an, so beträgt sie 499 197. Da indessen nur 95 309 Kinder unterrichtet genossen, so ergibt sich, daß rund 403 888 Kinder ohne Unterricht blieben! Mit andern Worten genossen nur 21 Prozent der sibirischen Jugend Schulunterricht, die andern Kinder sind der totalen Un-bildung geweiht, denn der etwaige Privatunterricht im Hause der Eltern beträgt soviel wie Null Komma Null Null! —

Afien.

Der Oberbefehlshaber der indischen Armee Lord Kitchener hat einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er seine Schlus-folgerungen hinsichtlich der allgemeinen Vereinfachung des Heeres in Indien zusammenfaßt. Er warnt darin die Armee ernst-lich gegen falsche Schätzungen, nach denen sie fähig wäre, es mit jedem Feinde, mit dem sie es zu thun haben könne, auf-zunehmen. Das Heer müsse ein System der Ausbildung für den Krieg, das den heutigen Umständen angepaßt sei, befolgen und veraltete Ueberlieferungen fallen lassen. Der

Befehl führt sodann verschiedene Aenderungen an, die General Kitchener zu den gedachten Zwecken einzuführen beabsichtigt; er be-tont die Notwendigkeit, einen gründlich ausgebildeten Generalstab zu besetzen, und kündigt an, daß demnächst eine Anstalt zur Ausbildung von Generalstabs-offizieren in Indien errichtet werde. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Port Arthur, 11. April. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur.“) Infolge von Beschädigungen der Telegraphen durch Regengüsse, war der telegraphische Ver-lehr einige Zeit unterbrochen. In der Nacht vom 10. April traf Großfürst Boris Wladimirowitsch ein. In der Ofterwoche wurde allgemein ein neuer Angriff der Japaner erwartet, daher wurden energische Schutzmaßregeln getroffen. Vice-Admiral Makarow, welcher allmählich die getroffenen Vorsichtsmaßregeln persönlich überwachte, verbrachte die Ofternacht auf einem Wachtboot. In der Ofternacht wurde der Gottesdienst in der Kirche bei verhängten Fenstern celebriert; nur dieser Umstand mit der rings um die Kirche wie in der ganzen Stadt herrschenden Dunkelheit erinnerte an die Möglichkeit eines feindlichen An-griffs. Der Oftersonntag verlief ganz ruhig in Festtagstimmung und bei gutem Wetter. Die Truppen verlebten das Fest auf ihren Positionen in gehobener Stimmung. Heute lehrte das russische Geschwader, aus allen großen Schlachtschiffen und Torpedobooten bestehend, das zu einer Kreuztour weit in See gegangen war, in den Hafen zurück.

London, 12. April. Den „Times“ wird aus Rußschwang vom 8. d. M. gemeldet: In der ganzen Süd-Mandschurei sind durch starke Regengüsse die Eisenbahnen überflutet und die Straßen unwegsam gemacht. Die Feldtelegraphen sind unterbrochen, der Verkehr durch das Land ist lahm gelegt.

Tokio, 12. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die aus russischen Quellen herrührende Anklage, daß die japa-nischen Truppen bei Tschün-tschu das Privilegium der roten Kreuzflagge mißbrauchten, indem sie Zuflucht in einem zu einem Hospital eingerichteten Hause gesucht hätten, wird hier in Mordbe-greifung, und erklärt, daß diese Erfindung beschämige, die Japaner in den Augen der Welt zu verunglimpfen. Eine amtliche Nachforschung nach diesem Gerücht ergab, daß die Japaner eine Verbandsstation hinter ihrer Feuerlinie eingerichtet hatten und dieselbe nur benutzten, um die Verwundeten zu pflegen.

Die Verpflegung der zarischen Armee.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die Gerüchte, daß in den Militärtransportzügen die Hälfte der Soldaten erfroren ankomme, bestätigen sich. Untermweg erkrankten und starben die Soldaten massenhaft. Man transportiert sie in offenen Güterwaggons und teilweise ohne warme Verkleidung. Aus Port Arthur erfahren wir, daß dort die Lebensmittelvorräte nur für ein Jahr reichen (und nicht für fünf Jahre, wie ver-sichert wurde) und obendrein ist das Wehl verfault. In Wensa ist jüngst ein Bataillon auf dem Wege nach dem Osten eingetroffen und wollte Nahrung nehmen. Es stellte sich heraus, daß von der Intendantur gar nichts vorbereitet war. Der Magistrat mußte rasch Brot und andres einkaufen und bewirkte kärglich die Soldaten. (Solche Nachrichten beziehen sich selbstverständlich immer auf einzelne Wahrnehmungen, und es ist nicht so leicht, danach über das Ganze der Mobilisation zu urteilen. Aber auch diese und die früheren von uns gebrachten Nachrichten genügen, um die Meldungen von der Art des Obersten Wäde vom „Berliner Tageblatt“, der aus jeder Station sein Entzücken über die tadellose russische Mobi-lisation drahtet und schildert, in einem eigenartigen Lichte erscheinen zu lassen. Die Redaktion des „Vorwärts“.)

Krise, Hunger und Brandschadung.

Man schreibt aus Odesa: Unsere Stadt wird infolge des Krieges immer mehr von der Handels- und Industrie-krise heimgesucht. Viele Etablissements haben ihre Arbeit verliert, einige sind ganz geschlossen worden, die Löhne sind gesunken, die Anzahl der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag, und gleichzeitig steigen zum Ueberflus auch noch die Lebensmittelpreise. Das Brot ist schon um 1 Kopeke pro Pfund gestiegen und weitere Verteuerung wird erwartet. Im Stadtviertel, wo die ärmere Bevölkerung wohnt, fogen Moldawanka, ist schon der Hunger typhus ausgebrochen. Nur zwei Branchen arbeiten jetzt fieberhaft: der Getreide-Export und die Eisenbahnen; hier läßt man das Personal sogar Ueber-stunden arbeiten, dafür aber werden die Arbeiter für patriotische Zwecke unbarbarisch geprügelt. Die Verwaltung der Eisenbahnen zieht einfach jedem Angestellten und jedem Arbeiter für das rote Kreuz 1 Proz. ab; doch nicht genug damit, außer dieser obligatorischen Spende wurde dem Personal „anheimgestellt“, noch „freiwillig“ mehr zu geben, also 2 Proz. bis 3 Proz. des Verdienstes. Als diese allgemeine Mahnung der Verwaltung gar keinen Erfolg hatte und sich kein „freiwilliger“ Liebhaber von Spenden meldete, wurden die Arbeiter einzeln in aufs Bureau gerufen und „ernahmt“, für den Krieg zu opfern. Diese Methode ist natürlich gleich von Erfolg gekrönt worden. Das folgende Beispiel diene zu ihrer Illustration. Ein Arbeiter, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, verdient 30 Rubel monatlich; der einprozentige Abzug ist für ihn schon ein empfindlicher Verlust und er wendet sich deshalb an die Direktion mit der Erklärung, daß er positiv nicht im stande sei, die 30 Kopeken aus seinem großen Budget zu entnehmen, man möge ihn von der „freiwilligen“ Kriegs-steuer befreien. Die hiesige Verwaltung antwortete, daß sie dazu nicht berechtigt sei, und riet dem Arbeiter, sich an die Eisenbahn-direktion zu wenden. Das that er auch und nach einiger Zeit kam die telegraphische Antwort: Den Arbeiter entlassen!

Krieg dem Kriege.

In Rostow am Don ist in einer jüngst abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung eine scharfe Resolution gegen den Krieg und die Regierung angenommen worden, die mit den Worten schließt: „Die Versammlung protestiert gegen den Krieg und fordert alle Genossen auf zum Kampfe gegen den Absolutismus, der stets die Volkinteressen zu Gunsten der Interessen der Ausbeuter und der eignen Selbsterhaltung aufopfert. Die Versammlung erkennt nur die internationale Sozialdemokratie als die einzige zuverlässige Bürgerkraft des Friedens und der Völker-verbrüderung, sie sendet ihre Grüße den japanischen Arbeitern, die gegen den Krieg protestierten, und drückt ihre feste Ueberzeugung aus, daß weder dieser Krieg, noch die internationalen Verwickelungen, die er hervorruft, das Wachstum und den Vormarsch der Sozialdemokratie aufzuhalten im stande sein werden. Es lebe die Völkerverbrüderung! Fort mit dem Kriege! Wieder mit dem Ab-solutismus!“

Gewerkschaftliches.

Ueber die Vorgänge bei den Beratungen zur Schaffung eines „Allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verbandes“ berichtet eine Korrespondenz: Die gestern unter Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Vogel-Ehennich im Kontinental-Hotel zu Berlin begonnenen Verhandlungen wurden auf heute vertagt, um abzu-warten, ob die Kompromißvorschlüge, die seitens des Vorsitzenden Geh. Kommerzienrats Vogel dem Ausschusse des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ vor-gelegt werden sollten, von diesem angenommen werden würden. Da die Ablehnung dieser Kompromißvorschlüge erfolgte, beschloß die heutige freie industrielle Versammlung: „In der Erwägung, daß ein Teil der bestehenden oder in der Entstehung begriffenen Arbeitgeber-Verbände der vom Centralverband deutscher Industrieller ins Leben gerufenen „Hauptstelle“ sich derzeit noch nicht anschließen

Kann, daß aber die Zusammenfassung auch dieser Verbände wünschenswert erscheint, beantragt die heutige Versammlung den Vorstand des Gesamtverbandes der Metall-Industriellen Deutschlands, die Vorbereitungen für eine spätestens in zwei Monaten abzuhaltende Versammlung derjenigen Verbände, die der „Hauptstelle“ noch nicht angeschlossen sind in die Hand zu nehmen, wenn möglich zwecks Angliederung.“

Dieser Beschluß bedeutet nichts weiter, als eine wenn auch unwirksame Unterwerfung unter den Centralverband. Der Centralverband legt dem Bund den Fuß auf den Nacken. Die Niederzwingung der Arbeiterkraft dürfte weniger leicht werden.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Berliner Bäckergehilfen.

Ueber 2000 Mitglieder des Bäckerverbandes hatten sich gestern in Kellers Festsaal versammelt, um zu der bereits mitgeteilten drüß abnehmenden Antwort der Innungsvorstände gegenüber den Gesellenforderungen Stellung zu nehmen. Der Andrang zur Versammlung war derartig stark, daß hunderte, die der Organisation noch nicht beigetreten waren, keinen Einlaß finden konnten. Henschold unterzog in seinem Referat das scharfe Antwortschreiben der Innungen einer scharfen Kritik. Der Verband habe alles getan, um eine friedliche Verständigung im Wege der Verhandlungen von Organisation zu Organisation herbeizuführen; es scheine jedoch als wenn die Innungsvorstände ohne Rücksicht auf hunderte der eigenen Bäckermeister den Streit direkt provozieren wollten. Unter solchen Umständen sei es denn auch erklärlich, daß die Innungsleiter die unwahrsten Nachrichten über die angeblich glänzende Lage und den Arbeitsmangel der Gesellen in die Presse lancierten. Das Gros der konsumierenden Bevölkerung wisse jedoch, was es von derartigen Schönfärbereien zu halten habe; es sei nur zu bekannt, daß die Bäckergehilfen zu den schlechtesten Arbeiterkategorien zählen, während die dicken Innungsgrößen nach und nach schwerer reiche Rentiers geworden sind. Redner erörtert dann die Anstrengungen, die gegenwärtig von den Innungsvorständen gemacht werden, um die noch außenstehenden Meister in die Innungen hineinzulassen. In einem Rundschreiben des Obermeisters Bernard an solche Meister heißt es u. a.: „Eintrittsgeld in die Innung wird nicht erhoben, die Gebühren sind mäßig, sogar bei täglicher Entnahme von zwei Pfund Hefe aus dem Innungs-Hefenbezug frei.“ Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Gerade die Gerhartigen leisten die Innungsvorstände aber in der Verunglimpfung des Gesellenverbandes und seiner leitenden Personen. In einem von den Obermeistern beider Innungen, den Herren Bernard und Vogler unterzeichneten Flugblatte „An die Bäckergehilfen Berlins“ heißt es zum Beispiel:

„Die Berliner Mitgliedschaft des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen will die Bäckergehilfen Berlins in einen Streit hineinziehen. Eine kleine Minderheit nimmt sich das Recht heraus, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen zu wollen. Nicht um das Los der Bäckergehilfen zu verbessern, wie jene Heher vorpiegeln, sondern lediglich um ihre eignen Interessen zu verfolgen. Diese Interessen aber sind nicht diejenigen der Gesellen, sie sind vielmehr ganz entgegengesetzter Art. Wir wenden uns deshalb an den gesunden Sinn der Gehilfen, daß sie sich nicht von Leuten beherrschen lassen, die sie nur zur Erreichung ihrer Zwecke auszunutzen wollen.“

Die Leiter der Berliner Mitgliedschaft sind aufs engste verbunden mit der neuen Bäckergehilfen-Gesellschaft, die jetzt in Reinickendorf fünf neue Patentöfen baut!

Man rechnet so, daß bei einem Streit oder Boykott die Bäckermeister nicht Schaden können oder keine Abnehmer finden. Dann aber hat die Gesellenschaft Kunden und macht gute Geschäfte, so daß die Herren eine hohe Dividende einstreichen können. . . .

Die Meisterschaft Berlins hat noch immer das ihrige getan, die Lage der Gehilfen zu verbessern: Die Löhne sind gestiegen, die Arbeitszeit ist vergrößert und die Arbeit durch die neuen Einrichtungen erleichtert worden. Unmögliche Forderungen zu erfüllen, müssen jedoch die Meister entscheiden ablehnen.“

Und diese selben Meister besagen sich in ihrem Antwortschreiben an die Gesellenausschüsse noch über angebliche Beleidigungen, die ihnen von den Verbandsleitern zugesagt sein sollen! Uebrigens bemerkte Henschold: Gerade die „Heher“ seien es gewesen, die eine Dividendenjägeri in der Gesellenschaft unmöglich gemacht hätten, um außer andern Verbesserungen in dem Betriebe in nächster Zeit auch schon die achtstündige Arbeitszeit einführen zu können. Im übrigen habe die Lohnbewegung mit der Gesellenschaft natürlich nicht das geringste zu tun. Redner empfahl schließlich, ehe zum äußeren geschritten werde, nochmals an die Innungen mit einem Verhandlungsvorschläge heranzutreten und auf dieses Ultimatum bis zum Sonntag, den 24. April endgültig Antwort zu fordern. Auch der antwortende Verbandsvorsitzende Klmann-Hamburg sprach seine Genehmigung darüber aus, daß sich die Berliner Gesellen endlich einmal zu einem energischen Schritt in der Verbesserung ihrer miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgerafft hätten. Er erkannte an, daß die Forderungen gegenüber dem, was in andern Städten für die Gesellen bereits längst erreicht ist, überaus bescheiden seien und sicherte die nachdrücklichste Hilfe der Gesamtorganisation zu, falls es hier in Berlin durch die Starcköpfigkeit der Innungsvorstände zum Streit kommen sollte. — Die Versammlung nahm alsdann eine Resolution an, in der sie die scharf abnehmende Antwort der Innungsvorstände bedauert. Gleichzeitig aber, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Gesellen nichts unterdrückt lassen wollten, um eine friedliche Verständigung herbeizuführen, wurde der Vorstand und die Gesellenausschüsse beauftragt, nochmals an Verhandlungen zu drängen, im übrigen aber an den nur zu berechtigten und sehr leicht erfüllbaren Forderungen strikte festzuhalten. Im Falle einer abermaligen Ablehnung macht die Versammlung jedoch die Innungen und deren Führer für die Folgen allein verantwortlich.

Die Kreditoren waren gestern Abend in den „Arminhallen“ ebenfalls zahlreich versammelt, um ihre weitere Stellungnahme zu der abnehmenden Antwort der Bäcker-Innungen zu präzisieren. Nach einem Referat des Genossen Strödel über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den Kreditorenbereichen wurde das drüß, herausfordernde Verhalten der Innungsvorstände von Weidler und andern eingehend besprochen. Die Versammlung war sich darüber einig, an den Forderungen der in den Bäckereien beschäftigten Kreditoren unbedingt festzuhalten und mit den Bäckergehilfen Hand in Hand zu gehen. In Anbetracht des in der Bäckerversammlung gefassten Beschlusses gelangte auch hier eine Resolution zur Annahme, die in dem Verhalten der Innungsvorstände zwar eine direkte Provokation zum Streit enthält, jedoch im Interesse einer friedlichen Erledigung der Lohnbewegung den Bäckern eine nochmalige Verhandlung mit den Innungen durch den Vorstand der Organisation anzubieten empfiehlt. Im Falle einer abermaligen Abweisung verpflichten sich die Kreditoren insofern, in Gemeinschaft mit den Bäckern ihre Interessen ebenfalls in ernstem Kampfe zu vertreten.

Zur Lohnbewegung der Drochsenkutscher. Montagabend tagte in den Industriehallen, Beuthstraße, eine Versammlung von Vertrauensmännern der Drochsenkutscher Berlins und der Umgegend, in der gegen 100 Führer vertreten waren, um den Bericht der Schlichtungskommission entgegenzunehmen und eventuell einen neuen Lohnsatz aufzustellen. Es wurde berichtet, daß die Führer in der am Freitag abgehaltenen Sitzung der Schlichtungskommission die Lohnforderungen der Kutscher abgelehnt, dagegen folgende Vorschläge gemacht haben: „Die Führer zahlen vom 1. Juli d. J. ab: bei einer Tageseinnahme von 12 M. einen Grundlohn von 2 M. und 25 Proz., oder bei einer Einnahme von über 10 M. 30 Proz., und unter 10 M. 25 Proz. bei einem Grundlohn von 1,50 M. Der Tarif hat fünf Jahre Gültigkeit.“ Weiter wird berichtet, daß jetzt bereits 78 Führer, die ihre Kutscher ausgesperrt hatten, den alten Lohn und noch darüber zahlen; nur wenige Führer im Osten

und Südoften verhalten sich noch ablehnend. Nach lebhafter Debatte wurden die Angebote der Führer einstimmig abgelehnt und die alten Forderungen aufrecht erhalten. Diefelben lauten: „Grundlohn 1,50 M. und 25 Proz. der Einnahme; bei einer Einnahme von 10 M. und darüber 30 Proz. und ein Grundlohn von 1,50 M. Der Tarif gilt bis 1. Juli 1905.“ Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 11. April 1904 in Wendes Festsaal, Beuthstraße, tagende Versammlung der Vertrauensmänner der Drochsenkutscher Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von der Verhandlung der Schlichtungskommission und erklärt, in Anbetracht, daß die Führer in keiner Weise auf die von unsrer Seite gemachten Vorschläge eingegangen sind, fest an unsrer Forderung des Lohnes zu halten. Sollten die Führer nicht darauf eingehen, soll die Schlichtungskommission einen Schiedsspruch durch das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts herbeiführen.“

Der Streit der Leistungsvergolter nimmt immer größere Dimensionen an und gestaltet sich schon mehr zu einem Generalstreik der bei den Ringsfabrikanten und bei deren Zwischenmeister beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen. In einer am Montag abgehaltenen Versammlung sämtlicher Grundrieger und in Grundriegerereien beschäftigten Arbeiter haben dieselben sich mit großer Majorität dem Vorgehen der Vergolter angeschlossen und eine Resolution angenommen, in der sie sich verpflichten, keine Arbeit für die Ringsfabrikanten zu machen und die Arbeit nicht früher aufzunehmen, als bis auch die Forderungen der Vergolter bewilligt sind. Außerdem fordern alle in den Grundriegerereien Beschäftigten neunstündige Arbeitszeit bei einem Minimallohn von 24 M. pro Woche für erwachsene Grundrieger und außerdem 10 Proz. Zuschlag auf die zur Zeit gezahlten Löhne. Diese Forderungen sollen von seiten der Vergolterorganisation den Grundriegerereibesitzern zugestellt werden.

Durch diese Solidaritätserklärung ist die Zahl der Streikenden bereits auf 600 angewachsen; weitere folgen noch nach, so daß nun alle Betriebe fast still stehen. In den Fabrikanlagen liegt es nun, die Hand zum Frieden zu bieten; von seiten der Organisation der Vergolter ist die Bereitschaft zu Unterhandlungen gleich nach Ansbruch des Streiks erklärt worden.

Der Bauschillerstreik in Steglitz und Groß-Lichterfelde erstreckt sich nun ebenfalls auf die neunte Woche. Die Unternehmer suchen auf allen erdenklichen Wegen Arbeitswillige heranzuziehen, was ihnen auch teilweise gelingt. Die Arbeitswilligen werden von der Polizei nach der Arbeit begleitet und wieder abgeholt wie Gefangene. Trotz alledem machen sich wohl die Folgen des Streiks bei den Unternehmern bemerkbar, da die Streikenden insofern wieder einen Erfolg zu verzeichnen haben, als zwei Meister mit zusammen sieben Gesellen den prozentualen Zuschlag wieder bewilligten und die Accordarbeit in ihren Betrieben abgeschafft werden soll. Die Streikenden, deren Zahl bis auf 64 reduziert ist, da sie teilweise abgereist, teilweise anderweitig untergebracht sind, halten mit allen Kräften an den gestellten Forderungen fest. Da die Unternehmer versuchen, Arbeit nach außerhalb zu vergeben, werden die Bauschiller allerorts ersucht, derartige Arbeit zurückzuweisen, sowie die Streikorte zu meiden.

Die Zimmerer befinden sich seit Montag in Spandau im Auslande. Die Arbeitseinstellung ist eine allgemeine; nur die Polizei und einige ganz alte Gesellen arbeiten noch. Gefordert wird der Reinstundentag und ein Stundenlohn von 65 Pf. Eine Firma hat diese Forderungen bereits seit längerer Zeit anerkannt.

Deutsches Reich.

Wenn die Schwalben wiederkehren.

erscheinen in Deutschland mit jedem neuen Jahr auch die Truppen italienischer Bauarbeiter, welche von den deutschen Unternehmern als Ersatz für die „unbotmäßigen“ heimischen Arbeiter herangezogen werden. Leider aber — für den Unternehmerprolet — gewinnt die sozialistische Aufstufung auch in Italien immer mehr an Verbreitung und man kann die Leute meist nur unter der Versicherung heranziehen, daß sie keine Streikbrecherdienste leisten sollten, sondern es nur an einer genügenden Anzahl deutscher Kräfte fehle.

Auch die Unternehmer der Unterweiser-Orte, die soeben ihre Arbeiter auf die Straße geworfen haben, versuchen es zum Ersatz mit Italienern; bis jetzt mit geringem Erfolg. Am Sonnabendabend sowohl die auch am Sonntag trafen je ein Trupp italienischer Maurer — im ganzen etwa 20 Mann — in Bremerhaven ein, die vom Arbeitgeberverband nach den Unterweiser-Orten verschrieben worden waren und dort für die Ausgesperrten die Arbeit verrichten sollten. Den Ausgesperrten gelang es jedoch, sie rechtzeitig über die Sachlage zu unterrichten. Mit Heißglut versehen, zogen die Italiener es darauf vor, sofort wieder abzureisen. — Etwa 50 italienische Maurer, die ebenfalls auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für die Unterweiser-Orte nach Bremerhaven reisen wollten, wurden bereits in Hannover angehalten und über die Rolle, die man sie gelockt, aufgeklärt. Sie verzichteten darauf bereitwillig auf die Weiterreise. Die Unternehmer hatten also auch in diesem Falle das Nachsehen.

Man wird die „nützlichen Elemente“ Italiens, denen niemand bisher die dortige anarchische Bewegung zum Vorwurf zu machen sich erlaubte, bald auch zu den „Schwarzern und Verschöckerten“ rechnen. Nicht bombastische Wirtköpfe, sondern organisierte Klassenkämpfer sind ein „Terrot“ für das Unternehmertum!

Holzarbeiterstreik in Fürth. In der Möbelfabrik von Lorenz Scheldig in Fürth sind am Montag 70 Stuhlbesetzer, Polsterer und Maschinenarbeiter in den Ausstand getreten. In der Fabrik herrscht noch die Unruhe, daß die Arbeiter die nötigen Materialien, wie Politur, Spiritus usw., selbst stellen müssen. Die Arbeiter verlangten, daß die Firma die Materialien selber stelle und den geringeren Lohn um 20 Proz. erhöhe. Da eingeleitete Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, wurde die Arbeit niedergelegt. Zugung ist fernzuhalten.

Auflösung eines christlichen Lokalverbandes. Um den im Schwarzwalde christlich organisierten Uhrenindustrie-Arbeitern eine bessere Interessenvertretung zu ermöglichen, beschloß der Verband der christlichen Uhrenindustrie-Arbeiter des Schwarzwaldes seine Auflösung und Angliederung der 894 Mitglieder an den christlichen Holzarbeiter- resp. Metallarbeiter-Verband.

Ausland.

Die Ausperrung in der Diamantindustrie.

In Antwerpen haben nun diejenigen Arbeitgeber, die die Bedingungen des Verbandes anerkannt haben, eine Bereinigung gegründet und beschlossen, zu versuchen, eine Schlichtungskommission zu bilden, die aus zwei Mitgliedern ihrer Vereinigung, zwei der alten Arbeitgeber-Organisation und aus zwei Vertretern des Diamantarbeiter-Verbandes bestehen sollte. — Die alte Arbeitgeber-Vereinigung hat jedoch am Sonnabend, veranlaßt durch den dort anwesenden Sekretär der Antwerpener Juweliere-Vereinigung, beschlossen, keinerlei Vermittlung, von welcher Seite sie auch ausgehe, anzunehmen. Nur schriftliche Vorschläge vom Antwerpener Diamantarbeiter-Verbande sollen zur Beratung gestellt werden, wenn solche einlaufen.

Versammlungen.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 11. April im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken ihrer verstorbenen Mitglieder Krüger, Grundmann und Adolf Schmidt. Dann verlas der Kassierer Zimpel den Kassenbericht vom verfloffenen Quartal. Die Einnahmen betragen, einschließlich des alten Bestandes von 11 440,85 M., 20 726,25 M. Die Ausgaben — darunter 2640 M. für Straßen- und 2202 M. für Streik- und Haftungsunterstützung — 6208,45 M. Es bleibt also ein Bestand von 14 517,80 M. Die Zahl der Mitglieder ist im Laufe des Quartals von 1170 auf 1248 gestiegen. — In die Arbeitsnachweis-Kommission wurde Trettin gewählt. Die Kollegen Bessal und Scholz wurden ihrem Antrag entsprechend nach längerer

Diskussion wieder in den Verband aufgenommen. Bei dem Punkt Gewerkschaftliches machte der Vorsitzende auf die vom Verband aufzunehmende Unfallstatistik aufmerksam und forderte die Mitglieder auf, alle vorkommenden Unfälle der Organisation zu melden und den dazu bestimmten Unfallbogen auszufüllen. Ferner wies der Vorsitzende auf die Lohnbewegung in Köpenick hin und warnte die Mitglieder, dort Arbeit anzunehmen.

Kommunales.

Die Eingemeindungsfrage oder die Frage, „sind Schritte möglich, um Groß-Berlin nunmehr eventuell ins Leben zu rufen“, beschäftigte am Dienstag, den 24. September 1903, zur Vorbereitung des Antrages des Stadtv. Dr. Preuß und Genossen eingesetzten Ausschusses der Stadtverordneten. Der Antrag Preuß ging dahin, den Magistrat zu ersuchen, mit den benachbarten Stadt- und Landgemeinden in Verbindung zu treten, um gemeinsame Einrichtungen für die Wahrnehmung und den Ausgleich kommunaler Interessen innerhalb dieses Verwaltungsbezirks vorzubereiten. In der Sitzung vom 3. November 1903 hatte der Ausschuss Vertagung bis nach Eingang der im Magistrat vorbereiteten Denkschrift über die Beziehungen zwischen Berlin und seinen Nachbarorten beschlossen. Diese Denkschrift, verfaßt vom Magistratsrat Homburger, ist inzwischen erschienen. Ihr reichhaltiger Inhalt ist seiner Zeit von uns besprochen. In der Diskussion, an der sich der Oberbürgermeister Richter, die Stadtverordneten Cassel, Dowe, Haberland, Preuß und Singer beteiligten, wurde neben den aus den nachfolgenden Anträgen erhellenden Gesichtspunkten der des Abwärtens geltend gemacht. Dieser Auf die lange-Part-Schleife-Gebante flegte. Gestellt waren folgende Anträge:

1. vom Stadtv. Dr. Preuß: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit den Vorortgemeinden in Verbindung zu treten über die Bildung eines von Berlin und den Vororten gemeinsam zu beschließenden Ausschusses. Dieser Ausschuss soll aus Mitgliedern aller Gemeindeverbände und Gemeindevertretern bestehen und folgende Funktionen haben: 1. Die beteiligten Gemeinden verpflichten sich, das Gutachten des Ausschusses einzuholen: a) bei kommunalen Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren der im Ausschuss vertretenen Gemeinden, b) bei Verhandlungen mit Reichs-, Staats- oder Provinzialbehörden soweit dadurch das Interesse mehrerer Gemeinden berührt wird; c) bei allen Verträgen über Gegenstände, die das Interesse mehrerer Gemeinden berühren. 2. Der Ausschuss soll befugt sein, den beteiligten Gemeinden gutachtliche Vorschläge zu machen: a) über solche Einrichtungen des Verkehrswezens, der Beleuchtung, der Be- und Entwässerung, durch welche die Gebiete mehrerer Gemeinden in Anspruch genommen werden, b) über gemeinsame Einrichtungen im Steuer-, Armen-, Krankenhaus- und Schulwesen, besonders auch über die Voraussetzungen, unter denen die Benutzung der Anstalten einer Gemeinde den Angehörigen der andern beteiligten Gemeinden ebenso wie den eignen Angehörigen zustehen soll, c) über gemeinsame Grundzüge des Bebauungsplanes, d) über Anträge an die staatliche Verwaltung oder Vergebung bezüglich der Organisation von Groß-Berlin.“ Ferner beantragte der Stadtv. Singer:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, unter Zuziehung von Mitgliedern der Versammlung, mit Vertretern der Vorortgemeinden Verhandlungen darüber zu führen, ob und auf welche Weise eine gemeindliche Gesamtorganisation zur Förderung gemeinsamer Interessen zu schaffen ist.“ Endlich schlug der Stadtverordnete Haberland folgenden Antrag vor: „Die Versammlung hält es für notwendig, durch eine möglichst umfangreiche Eingemeindung der Vororte einen Ausgleich kommunaler Interessen herbeizuführen, und ersucht den Magistrat, dies Resultat durch Verhandlungen mit den Staatsbehörden herbeizuführen.“

Diese sämtlichen Anträge wurden abgelehnt, und zwar der Antrag Dr. Preuß gegen die Stimmen des Antragstellers, der Antrag Singer gegen drei Stimmen (Preuß, Singer, Stadtvogt), der Antrag Haberland gegen vier Stimmen (Haberland, Preuß, Singer und Stadtvogt). — Wie lange wird es dauern, bis die Eingemeindungsfrage endlich im Interesse Berlins und seiner Vororte zu einem gedehlichen Abschluß gelangt?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wie telegraphiert wird.

Auf dem spanischen Ministerpräsidenten sollte ein Attentat verübt worden und der Minister durch einen Dolmetsch verwundet sein. (Siehe Politische Uebersicht.) Jetzt muß das Telegraphen-Bureau folgende Depesche verbreiten:

Barcelona, 12. April. (W. T. B.) Das Gerücht, Ministerpräsident Maura sei durch einen Dolmetsch verwundet worden, entstand in der Panik, die sich bei dem Vorfall der umstehenden Volksmenge bemächtigte, welche schreiend auseinanderstob. Bald aber beruhigte man sich, als sich herausstellte, daß der Angreifer keine Waffe gehabt hatte, und man sah, daß Maura unbeschädigt davonfuhr.

Ein ungetreuer Bankbeamter.

Frankfurt a. M., 12. April. (W. T. B.) Das hiesige Bankhaus B. Meyer sel. Sohn u. Co. teilt mit, daß ein seit 30 Jahren in seinen Diensten stehender Beamter größere Unterschlagungen begangen hat und verschwunden ist.

Frankfurt a. M., 12. April. (W. T. B.) Der Lehrer Philipp Tiefenfeld aus Oberursel, Vater von drei Kindern, wurde heute wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schülern zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Frankfurt a. M., 12. April. (W. T. B.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ hört, ist es sehr wahrscheinlich, daß vom 1. Mai ab die erste Wagenklasse aus den Personen- und Lokalfügen der Strecken Frankfurt-Kassel, Frankfurt-Wehra-Berlin und nach andern Strecken verschwinden wird.

Hannover, 12. April. (W. T. B.) Der Staatsanwalt leitete eine Anklage wegen Verschleierung ein gegen 5 Aufsichtsräte des bankrotten Hypothekensyndikats. Zwei wurden verhaftet. Die Bilanzen sind seit 1896 falsch.

Bochum, 12. April. (W. T. B.) Wie der „Märkische Sprecher“ meldet, kamen hier drei neue Pödenfälle, sowie ein pödenverdächtiger vor. Das Generalkommando ordnete für den Stadt- und Landkreis Bochum den Ausfall der Kontrollversammlungen an.

London, 12. April. (W. T. B.) Unterhaus. (Fortsetzung.) Bei der Beratung des Marine-Etats führt Unterstaatssekretär Petchman aus, die Armierung der beiden letzten Klassen der Kreuzer solle dadurch verstärkt werden, daß man diesen Schiffen statt einiger sechszölliger Geschütze, die sie nach den ursprünglichen Bestimmungen führen sollten, schwerere Geschütze an Bord gäbe. Edmund Robertson (Lib.) betont, daß der Lonnengehalt der britischen Marine, der sich während der letzten neun Jahre um mehr als 100 000 Tonne vergrößert habe, so viel betrage, wie der der französischen, deutschen und russischen Marine während dieses Zeitraumes zusammengenommen. Sir E. Dille (Lib.) erklärt, während Frankreich anscheinend mit der Durchführung seines Flottenprogramms weniger schnell fortgeschritte, vergrößerte Deutschland seine Flotte mit außergewöhnlicher Schnelligkeit, was offenbar gegen England gerichtet sei. Dies müsse England solange zu Besorgnis Anlaß geben, bis ein Uebereinkommen hinsichtlich einer Beschränkung der Rüstungen erzielt sei, wenn ein solches überhaupt erreicht werden könne.

London, 12. April. (W. T. B.) Der „Standard“ meldet aus Petersburg: Es verlautet, die Russen hätten ein japanisches Transportschiff mit Truppen und Munition an Bord beschlagnahmt. Aus Vladivostok wird gemeldet, daß eine Anzahl japanischer Gefangener ausgebrochen sei.

Gorbin, 12. April. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Hier ist abermals Kälte und Regen mit heftigem Wind einge treten. Auf dem Wege nach Süden sind hier einige für die Vorhut bestimmte Waggons mit Lebensmitteln und Ötergesenden der Kaiserin Alexandra Feodorowna für die Truppen durchgelommen.

Reichstag.

64. Sitzung. Dienstag, den 12. April 1904, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichsfinanzler Graf Salow, Hr. v. Stengel, Graf Pobjadowski.

Hr. v. Stengel: Beim Wiederbeginn unsrer Arbeiten nach der Osterpause begrüße ich die Herren Kollegen auf das herzlichste. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste eventuell zweite Beratung einer Novelle zum Münzgesetz vom 9. Juli 1873.

Der Gesetzentwurf sieht die Einführung neuer 50 Pfennigstücke vor.

Reichsfinanzsekretär Hr. v. Stengel: Schon 1877 ist eine Neuprägung der 50 Pfennigstücke erfolgt, aber die Klagen über die schwere Unterscheidbarkeit der 10- und 50 Pfennigstücke sind nicht verstummt. Ich möchte Ihnen einen ganzen Sad von Proben vorlegen für die Vorschläge, die uns im Lauf der Zeit zur Abänderung der 50 Pfennigstücke gemacht sind. Nach langen Ringen sind wir nun dahin gekommen, daß eine nachhaltige Verbesserung nur durch eine Verstärkung der Legierung erreicht werden kann. Wählt man statt des jetzigen Verhältnisses von 900 Teilen Silber und 100 Teilen Kupfer für das 50 Pfennigstück 750 Teile Silber und 250 Teile Kupfer, so wird, da das Feingewicht unverändert bleiben soll, durch die vermehrte Beimischung von Kupfer das Volumen der Münze größer, diese also dicker. Auch die Handhabung erlangt so eine größere Widerstandsfähigkeit gegen die Abnutzung. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen, die einem dringenden Verkehrsbedarf entgegenkommt.

Hr. v. Stengel: Bittet der Vorlage ohne Kommissionsberatung zuzustimmen.

Hr. v. Stengel (Rp.): Eine Kommissionsberatung doch für notwendig. Auch nach dem Vorschlage der Regierungsvorlage werde eine Verwechslung der zehn- und fünfzigpfennig-Stücke nicht ausgeschlossen sein. — Nach Zeitungsnachrichten soll die Absicht bestehen, für Ostafrika ein besonderes Kolonialgeld zu schaffen. Warum hat man diesen Vorschlag nicht gleich mit dieser Vorlage verbunden? Vielleicht können wir auch Auskunft darüber erhalten, ob die Nachricht richtig ist, daß die unsern Truppen nach Afrika mitgegebenen neuen Fünfmarsstücke dort nicht kursfähig sein sollen. Das Fünfmarsstück ist überhaupt ein sehr unbeliebtes Geldstück beim Publikum. Ich bitte, den Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Auf keinen Fall kann die zweite Lesung schon heute vorgenommen werden.

Hr. v. Stengel bespricht die Wichtigkeit des Gerüchts, daß die silbernen Fünfmarsstücke eine Zeitlang in Südwestafrika nicht kursfähig gewesen seien.

Hr. v. Stengel (Rp.): Meine Freunde sind vollständig mit der Vorlage einverstanden, wir halten auch Kommissionsberatung nicht für notwendig und sind bereit, sofort in die zweite Lesung einzutreten.

Hr. v. Stengel (Rp.): Die jetzigen 50 Pfennigstücke sind im Verkehr nicht immer leicht von den 10 Pfennigstücken zu unterscheiden, dem hilft die Vorlage ab, aber die neuen 50 Pfennigstücke werden wieder den 5 Pfennigstücken zu ähnlich sein. Den geprägten Rand werden Hände, die durch vielstündige Arbeit schmutzig geworden sind, nicht immer mit Sicherheit fühlen können. Vielleicht wäre es am besten, den Silbergehalt herabzusetzen und die Münze wesentlich zu vergrößern. Die 50 Pfennigstücke werden dann zwar den Einmarsstücken mehr ähnlich werden, aber doch leichter herauszufinden sein als jetzt oder nach der Vorlage. Deshalb halte ich es für viel richtiger, wenn wir in einer Kommissionsberatung der von mir skizzierten Richtung nachgehen und dort prüfen, ob wir nicht besser dem Interesse der Arbeiter, kleinen Handwerker und Händler dienen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hr. v. Stengel (Rp.): Auch durch die neuen fünfzigpfennigstücke wird der künstliche Sinn geradezu verkehrt; man sollte unter wirklichen Umständen einen Wettbewerb für schöngeformte Münzen ausreiben. Die deutschen Marken, unsere Jubiläumsmünze waren nachher bei jedem Geschmacks und jeder Schönheit. Das neue Fünfmarsstück ist geradezu eine Brutalisierung alles künstlerischen Empfindens. Hüten wir uns, bei den fünfzigpfennigstücken denselben Fehler zu begehen. (Lebhaftes Bravo!)

Hr. v. Stengel (Rp.): Ich schließe mich der Kritik der beiden Vorredner an und mache insbesondere auf die Mängelhaftigkeit der neuen Stücke mit den afrikanischen Zehnmarken aufmerksam. Vielleicht ermöglichte eine Legierung mit Aluminium eine deutlichere Unterscheidung. — Dem entschwindenden Thaler weine nicht nur Dr. v. Stengel, sondern das ganze deutsche Volk eine Thräne der Sehnsucht nach. (Heiterkeit.)

Hr. v. Stengel (Rp.): Mit Herrn Dr. v. Stengel wünsche ich mir möglichst Berücksichtigung der ästhetischen Empfindungen. Aber das ist kein Grund für die Kommissionsberatung; wir werden schon viel zu viel in die Kommissionen.

Sehr wünschenswert wäre eine vermehrte Prägung der goldenen Zehnmarkstücke.

Hr. v. Stengel: Ich muß anerkennen, daß das Zehnmarkstück sich einer großen Beliebtheit beim Publikum erfreut. Thatsache ist aber auch, daß das goldene Zehnmarkstück sich verhältnismäßig viel leichter abnutzt als das Zwanzigmarkstück. Für den Verkehr der kleinen Leute eignet sich jedenfalls am besten das Silbergeld, auf dessen vermehrte Ausprägung daher das Hauptgewicht gelegt wird.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Kirch (C.) schließt die Beratung.

Für den Antrag v. Stengel auf Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern erheben sich die Konservativen und die Sozialdemokraten. (Große Heiterkeit.) — Da die Bänke des Centrum und der Nationalliberalen sehr schlecht besetzt sind, verkündet Graf v. Stengel unter erneuter Heiterkeit des Hauses, daß das Bureau sich über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft sei. Bei Vorname der Gegenprobe einigt sich das Bureau dahin, daß jetzt die Minderheit steht. — Der Antrag v. Stengel ist also angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsfinanzlers. — Am Bundesratstische haben noch Staatssekretär v. Nierberding und Freiherr v. Nitzschon Platz genommen. — Hierzu liegen Resolutionen der Sozialdemokraten und des Centrum vor, die sich auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Staatswerkstätten und auf die Submissionsbedingungen für Staatslieferungen beziehen.

Auf Antrag Singer (So.) wird beschloffen, diese Resolutionen nach Beendigung der allgemeinen Diskussionen gesondert zu beraten.

Hr. v. Stengel (C.): In der vorigen Session sind die Alten über die Erhebungen zu den Beanstandungen der Wahl des Abgeordneten v. Stengel nicht mehr an uns gelangt. Ein inzwischen geführter Prozeß hat es in höchstem Grade wahrscheinlich gemacht, daß in der That bei dieser Wahl von Seiten der Beamten schwere Wahlbeeinflussungen stattgefunden haben. Für die Wahl des Herrn v. Stengel ist und das ja gleichgültig. Unzulässig aber erscheint es uns, daß nach dem die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags Erhebungen anzustellen beschloffen hat, die Regierung den Beamten plötzlich das Siegel der Amtsverschwiegenheit aufrückt. Sie hätte sich vorher in der Kommission mit uns darüber verständigen müssen; so stellt das Verfahren der Regierung eine Erhebung über den einen entscheidenden Faktor dar (Lebhaftes Bravo!), die es dem Reichstag unmöglich macht, die Legitimation seiner Mitglieder künftighin selbst ausreichend zu prüfen. Auch zu einer andern Erwägung regt dieser Prozeß gegen den Redakteur Leben an. Er ist verurteilt worden, obgleich man es ihm dadurch, daß man den Beamten die Aussage verbot, unmöglich gemacht hatte, den Wahrheitsbeweis zu führen. Das ist zwar vollkommen gesetzmäßig, aber

unseres Erachtens sollte in solchen Fällen Freisprechung eintreten. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär Dr. Nierberding: Diese letztere Frage wird in der Kommission zur Reform der Strafprozeß-Ordnung ausgiebig erörtert werden. Zu der ersteren vom Vorredner angeregten Frage ist thätliches Material weder dem Reichsfinanzler, noch der Reichsverwaltung bekannt geworden. Ich erkenne aber an, daß die Stellung des Reichstags verlangt, daß alle Verwaltungen jede mögliche Rücksicht auf die von ihm beschlossenen Erhebungen nehmen. Wir werden uns mit den Einzelstaaten in Verbindung setzen und die hier gegebene Anregung in die wohlwollendste Erwägung ziehen.

Hr. v. Stengel (So.): Ich möchte einen Fall zur Sprache bringen, in dem der Präsident des preussischen Staatsministeriums sich im geschlossenen Gegenstand zum deutschen Reichsfinanzler befindet. Es betrifft die Angelegenheit der Schiffsabgaben. Der Herr Reichsfinanzler hat zu Beginn der Sitzungsperiode eine Erklärung abgegeben, die offenbar dazu bestimmt war, die große Beunruhigung, die in der Bevölkerung besonders des Rheingebietes herrschte, zu beschwichtigen. Inzwischen ist eine weitere Erklärung in derselben Sache von dem preussischen Minister Herrn v. Stengel abgegeben worden, die sich im unvereinbaren Widerspruch zu der Erklärung des Herrn Reichsfinanzlers befindet. Man könnte annehmen, daß der für die im Namen des preussischen Staatsministeriums von Herrn v. Stengel abgegebene Erklärung verantwortliche Reichsfinanzler einmal der Weltrecht drahtisch hat zeigen wollen, daß er kein Konjunkturmacher (ei. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber damit, glaube ich, wird sich die Bevölkerung nicht zufriedengeben. Der entscheidende Punkt bei der Angelegenheit ist: dürfen Abgaben erhoben werden für Vertiefungen und Korrekturen der Fahrinne natürlicher Wasserläufe, die durch Uebersetzungen, Dammbauten und ähnliche Vorrichtungen sich vollziehen? Ist die Abgabefreiheit der Ströme auch da, wo solche Regulierungen stattgefunden haben, garantiert durch § 54 der Reichsverfassung oder nicht? Die Erklärung des Herrn Reichsfinanzlers beantwortet die Frage ganz unzweideutig, indem sie die Erhebung solcher Abgaben für ausgeschlossen erklärt. Der Reichsfinanzler bezog sich auf das Gesetz von 1898, durch welches ausnahmsweise die Erhebung solcher Abgaben auf der Unterweser gestattet wurde, und betonte, daß damals ausdrücklich hervorgehoben worden sei, zu einer solchen Ausnahme sei ein Reichsgesetz notwendig unter Wahrung der Bestimmung des Art. 78 der Reichsverfassung, der vorschreibt, daß Abweichungen von der Verfassung zu ihrem Gesetzwerden einer Dreiviertelmehrheit des Bundesrats bedürfen. Herr v. Stengel dagegen hat in seiner Erklärung gesagt, es läge durchaus im Rahmen der Grundzüge des Art. 54, daß auch auf natürlichen Wasserläufen für Benutzung der Ströme durch geschaffene Tiefen Gefälle zur Deckung der Herstellungskosten und Erhaltungskosten erhoben werden können. Dieser Widerspruch ist vollständig unerklärlich und ich bin außerordentlich gespannt, wie der Reichsfinanzler ihn zu lösen versucht. Ein gleicher Widerspruch wie zwischen den Erklärungen des Reichsfinanzlers und des Ministers v. Stengel findet sich in den Erklärungen der konservativen Partei, wie sie hier und im Landtag abgegeben worden sind. Hier erklärte Graf v. Stengel, er hätte Bedenken gegen die Stromabgaben, die sich auf eine bloße Vertiefung der Fahrinne stützen. Dort sprach Graf v. Stengel seine Befriedigung über die endliche Erfüllung dieses seines lang gehegten Wunsches aus.

Nun habe ich selbst für meine Person nach einer Erklärung des Widerspruches gesucht und da scheint mir sein Zusammenhang mit den preussischen, wasserwirtschaftlichen Vorlagen ganz undestreitbar. Herr v. Stengel hat im „Tag“ die Bedingungen formuliert, unter denen die agrarischen Interessenten bereit sein könnten, auf diese Vorlagen einzugehen. Unter ihnen ist auch die bindende Einwilligung der preussischen Regierung zu Schiffsabgaben auf den plausibel regulierten Strömen. Die Kalkulation, die von den agrarischen Interessenten dabei angestellt wird, ist die, daß auf den großen Strömen auch die Massenartikel des überseeischen Imports, insbesondere Getreide eingeführt wird. Wenn man nun diese Einfuhr durch Schiffsabgaben unterbindet, so verlieren die großen Ströme ihren Charakter als Zufuhrstraßen für die kleinen Flüsse und Kanäle und dadurch wird die Gefahr beseitigt, daß das Kanalsystem dem Import ausländischen Getreides dienstbar gemacht werden kann. Die preussische Verwaltung will offenbar mit Rücksicht auf die Chancen ihrer wasserwirtschaftlichen Vorlagen diesen agrarischen Berechnungen nachgeben. Aber das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit ist nicht bereit, diese Rechnung für die wasserwirtschaftlichen Vorlagen Preussens zu zahlen.

Es ist zu viel zugemutet, daß es den Schaden davon haben soll, daß die preussische Regierung ihren Willen in der Kanalvorlage durchsetzt. Das kann die Regierung auch, wenn sie sich nur zu größerer Energie gegen die Junker aufraffen wollte. (Lautes Lachen rechts.)

Durch die Schiffsabgaben würde das gesamte deutsche Wirtschaftsleben schwer geschädigt, der Transport der Massenrohmaterialien und Nahrungsmittel verteuert. Zunächst käme das Transportgewerbe in eine außerordentlich schwierige Situation. Nach zwei Seiten würde es suchen, die Kosten dieser neuen Steuer abzuwälzen, einmal auf die Arbeitermassen, die im Schiffahrtsgewerbe tätig sind, durch Lohnreduzierungen bei den Heizern, Maschinenisten usw. Dann würde durch eine Preiserhöhung der Materialien die Konsumtion im höchsten Grade belastet werden. Das wäre namentlich bei einer Reihe von Massenartikeln möglich, in denen die Produktion derart monopolisiert ist, daß die Monopolinhaber jede Transportverteuerung ruhig auf die Masse der Konsumenten abwälzen können, z. B. beim Petroleum, bei Kohlen, Steinkohlen usw. Darum würde die Bevölkerung nicht ruhig sitzhaft, wenn die Regierung ihre wasserwirtschaftliche Vorlage mit Hilfe der Schiffsabgaben durchsetzen will. Jedenfalls bin ich genötigt, den Herrn Reichsfinanzler um eine Aufklärung des Widerspruches der beiden Erklärungen zu bitten, und im Interesse des Volkes wäre es jedenfalls wünschenswert, wenn er unzweideutig erklärte, daß die frühere Erklärung, die er hier abgegeben hat, zu Recht weiter bestehen soll. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pobjadowski: Ich bedauere, daß diese Frage hier bei diesem Etat zum Austrag gebracht werden soll. Dieselbe Frage liegt der Petitionskommission vor, und wenn man gewartet hätte, bis dort darüber gesprochen worden wäre, so hätte der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten sicherlich Gelegenheit genommen, dort seinen Standpunkt sowohl nach der juristischen wie nach der technischen Seite hin darzulegen und in casu concreto den Nachweis zu führen, daß zwischen seiner Erklärung und der des Herrn Reichsfinanzlers kein innerer und kein gesetzlicher Widerspruch besteht. Ein solcher Widerspruch ist bei der Stellung des Reichsfinanzlers als preussischer Ministerpräsident auch vollkommen ausgeschlossen. Würde sich ein Widerspruch in der praktischen Ausführung einer Bestimmung der Reichsgesetze zwischen einem Bundesstaat und dem Reichsfinanzler ergeben, so würde der Bundesrat zur Entscheidung dieser Frage berufen sein. Was nun die Sache selbst anlangt, so bestimmt Artikel 54 der Reichsverfassung, daß auf natürlichen Wasserstraßen Abgaben nur erhoben werden dürfen für besondere Anlagen, daß aber auf künstlichen Wasserstraßen die Erhebung von Abgaben zulässig ist. Diese Bestimmung würde sehr klar liegen, wenn in der Reichsverfassung gesagt wäre, was unter „besonderen Anlagen“ und „natürlichen Wasser-

läufen“ zu verstehen ist. (Sehr richtig!) Man wird zugehen müssen, daß natürliche Wasserläufe einer solchen Veränderung unterworfen werden können, daß sie unter Umständen als künstliche Wasserstraßen zu betrachten sind. Nehmen wir an, ein Strom ist infolge seiner vielen Krümmungen der Versandung ausgelegt, so daß der Verkehr von großen Fahrzeugen auf ihm unmöglich wird, und nun würden diese Krümmungen durch geradlinige Durchstiche beseitigt werden, so müßte man sagen, daß diese Durchstiche nicht mehr eine natürliche Wasserstraße sind. (Sehr richtig! rechts.) Und jedenfalls hätte dann der Staat, der solche Durchstiche vornimmt, das Recht, auf ihnen Abgaben von den Interessenten zu erheben. Wo ein Fluß einer solchen Veränderung unterworfen worden ist, das ist eine Thatfrage, die sich nicht grundsätzlich entscheiden läßt. Auch darüber wird die Auffassung schwanken, wann der Zeitpunkt eintritt, wo ein Reichsgesetz notwendig wird, wenn man auf einem veränderten natürlichen Flußlauf Abgaben erheben will. Unter Umständen kann ein Flußlauf durch Verlegung und Verkürzung so verändert werden, daß er als künstliche Wasserstraße betrachtet werden muß, und dann ist ein Reichsgesetz nicht notwendig. Anders liegt es wieder, wo durch die Kanalisierung nicht ein neues Flußbett geschaffen wird, und das ist der Fall bei der Unterweser. Aber hier kann man zweifelhaft sein, ob es sich überhaupt um einen Fluß handelt. Die Unterweser ist eine große Aede, die durch Verlegung und Vertiefung einen großen Hafen darstellt. Es giebt Fälle, wo es vollständig ausgeschlossen ist, daß die Lasten auf die Schultern des Staates genommen werden, wenn nicht den Interessenten Abgaben auferlegt werden. Nehmen Sie an, ein preussischer Minister hätte den Plan, bei der Kanal durch großartige Sprengungen die Fortsetzung der Schleppschiffahrt zu ermöglichen. Der Schiffahrt würden dadurch so außerordentlich große Vorteile erwachsen, daß es an und für sich gerechtfertigt wäre, Abgaben zu erheben. Ich resumiere mich dahin: Es ist unzweifelhaft, daß nach der Reichsverfassung auf natürlichen Wasserläufen Abgaben nicht erhoben werden dürfen. Aber zweifelhaft ist es, auf welchen Strecken und unter welchen Verhältnissen man natürliche Wasserstraßen für künstliche machen kann, und wenn man zugeht, daß eine natürliche Wasserstraße trotz einer Verbesserung eine natürliche geblieben ist, unter welchen Umständen ist ein Reichsgesetz zur Erhebung von Abgaben notwendig? Die Fälle liegen nach einer Denkschrift des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten, die ich gelesen habe, sehr verschieden.

Der Herr Vorredner hat auf die wirtschaftlichen Folgen hingewiesen, die die Erhebung solcher Abgaben auf Rhein und Elbe haben würde. Ich kann ihn beruhigen. Ich bin ja auch Mitglied des preussischen Staatsministeriums und kann erklären, daß bisher der preussische Minister für öffentliche Arbeiten auch nicht den leisesten Gedanken innerhalb des preussischen Staatsministeriums geäußert hat, auf Rhein und Elbe Abgaben zu erheben. Ob das immer der Fall sein wird bei den wachsenden Ansprüchen der Schiffahrt und bei den kolossalen Ausgaben für Verbesserung der Ströme ist eine Frage, die jeder Finanzmann und jeder Minister der öffentlichen Arbeiten für die Zukunft sich offenhalten muß. Wir sind aber zunächst auf dem Rhein Holland gegenüber und auf der Elbe Dänemark gegenüber vertragmäßig gebunden, die Freiheit der Schiffahrt zu gewähren. Wenn wir da eine Aenderung eintreten lassen wollten, könnten wir es nur auf Grund neuer Abmachungen, und die beiden Staaten werden keinem Abkommen ihre Zustimmung geben, das der Schiffahrt als solcher irgendwie nachteilig ist.

Aus diesen Ausführungen, die in der Kommission noch eingehender gegeben werden können, werden Sie ersehen, daß selbst, wenn man bei sehr scharfer Auslegung des Wortlautes der beiden Erklärungen einen Widerspruch glaubt herausbeduzieren zu können, die Erklärungen des Reichsfinanzlers und des Ministers für öffentliche Arbeiten nicht wörtlich, aber thätlich vollständig übereinstimmen. (Bravo!)

Hr. v. Stengel (Rp.): Ich zweifle nicht daran, daß beim Etat des Reichsfinanzlers Fragen, die Deutschland zur Zeit tief bewegen, zu ausgiebiger Erörterung gelangen werden. Solange sie aber nicht von anderer Seite in die Diskussion gezogen werden, will ich mich befriedigen, einige Fragen zu stellen und dem Herrn Reichsfinanzler zu überlassen, wie weit er sich in der Lage fühlt, sie zu beantworten. Zunächst ist in der auswärtigen Politik, wie wie in den letzten Wochen wieder gehört haben, der Dreieck und die unerschütterliche Grundlage unsrer Stellung. Aber sonst haben sich Verschiebungen ergeben, die auch auf unsre Politik zurückwirken können. Ich frage ferner, wie weit die Bemühungen zum Abschluß neuer Handelsverträge gelangt sind, der Verträge, die auch wir für durchaus wünschenswert und erdrebendwert halten? Kann der Herr Reichsfinanzler uns weiterhin neue Nachrichten über die Vorgänge in unsren Kolonien, insbesondere in Südwestafrika, machen?

Die gegenwärtige Lage Deutschlands ist viel schwieriger geworden als früher je. Angesichts dieser schwierigen Lage bedauern wir doppelt, daß das deutsche Volk nicht einig ist. Zunächst richte ich mich an die Männer, die zwar allen Bevölkerungsklassen gerecht werden wollen, aber nicht gewillt sind, abzustanden zu Gunsten einer einseitigen Klassenherrschaft. Wenigstens ist diese auf ein enges Zusammenwirken der gegenwärtigen Zeit durchaus angewiesen. Da ist es bedauerlich, daß die tiefgehenden, geschäftlich begründeten Konfessionellen und religiösen Gegensätze ein Zusammenarbeiten der Bevölkerung aufs äußerste erschweren. Was dem einen als Wille der Unterordnung unter die geniale Idee einer religiösen Idee erscheint, erscheint dem andern lediglich als Organisation zur Niederwerfung des politischen Gegners. Unter solchen Umständen sollte jeder Teil auf den andern Rücksicht nehmen und nicht vorübergehende Macht benutzen, den Volksgenossen tiefgehende Wunden zu schlagen. (Ironisches Bravo! im Centrum.) Nicht gegen den Katholizismus, sondern gegen den Ultramontanismus kämpfen wir an (Widerspruch im Centrum), gegen das Streben, auf politischem Gebiete einseitig Macht zu gewinnen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Ironie im Centrum.) Ich will nicht wiederum von Handelsverträgen sprechen, das wäre hier, wo ich nur bei einer kleinen Minderheit Resonanz finde (Sehr richtig! im Centrum), unzulässig und auch ungerecht, denn ich muß Ihnen Versicherungen glauben, daß solche Handelsverträge nicht vorliegen. Aber ein verhängnisvolles Dunkel, ein Unstern schwebt über dem jugendlichen der letzten Jahre. Sie folgen oder gehen voran mächtigen politischen Aktionen, zu deren Durchführung man die Centrumstimmen gebraucht. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Reichsfinanzlers muß ich richtig stellen, daß zwar früher ein Teil auch hervorragender Mitglieder meiner Partei, so Herr v. Stengel und Herr v. Stengelmann für Aufhebung des § 2 gestimmt haben, daß aber seit 1898 meine Freunde in ihrer überwiegenden Mehrheit immer gegen diese Aufhebung stimmten. Was die Rechtsgültigkeit dieses Gesetzes betrifft, so liegen ja allerdings Präzedenzfälle vor, wo auch nach Ablauf der Legislaturperiode frühere Beschlüsse des Reichstags sanktioniert worden sind. Man sollte doch aber hier irgend eine Grenze setzen. Sollte der Bundesrat z. B. heute einen Mehrheitsbeschluß des Reichstags vom Jahre 1874 in Kraft setzen, so wäre er in der Lage, Westenburg zum Erlass einer Verfassung zu zwingen. In der Bevölkerung herrscht das Gefühl vor, als sei der Wille der Einzelstaaten bei dieser Angelegenheit nicht mit der erforderlichen Art der Rücksicht behandelt worden. Man hat auch im Volke das Gefühl, daß nicht allein sachliche Motive beim Zustandekommen des Gesetzes geltend gewesen sind, sondern auch andere Motive. Ein solches Vorgehen trägt nicht zur Förderung des konfessionellen Friedens bei, sondern

zur Auseinandersetzung von Kreisen, die zusammen wirken müssen und sollen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aber auf die Gefühle des anderen Bevölkerungsteils, auf die staatsrechtlichen Verhältnisse wird keine Rücksicht genommen: kaum ist ein Wunsch erfüllt, wird ein anderer als Forderung gestellt. Gegen dieses Vorgehen protestiere ich mit dem ganzen Ernste der Ueberzeugung, die uns zur Verfügung steht. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Chorale im Centrum, Heiterkeit.) Ich bedauere, daß das Vorgehen der Regierung in den letzten Monaten nicht zur Stärkung des konfessionellen Friedens beigetragen hat. (Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Reichsfürst Graf Bülow: Der Herr Vorredner hat auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eine Reihe von Fragen an mich gerichtet, von denen er mir selbst zugeben wird, daß sie leichter zu stellen als zu beantworten sind. Er hat speziell von einer Verschlebung der europäischen Lage gesprochen. Ich kann das nur beziehen auf das vor einigen Tagen in die Öffentlichkeit gelangte französisch-englische Kolonialabkommen. Ich möchte den Vorredner zunächst darauf aufmerksam machen, daß sich über dieses Abkommen die englischen Minister erst heute abend im Parlament aussprechen wollen, und daß die französischen Minister sich noch nicht ausgesprochen haben. Da wird er es gewiß begreifen, daß ich mich nicht des längeren und breiteren über diesen Vertrag auslassen kann. Zudem habe ich in meiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen die Pflicht, von dieser Stelle aus solche Dinge zu sagen, die wenn möglich das Interesse des Landes zu fördern und jedenfalls nicht zu schädigen geeignet sind. Aber ich will doch über diesen Punkt soviel sagen, daß wir keine Ursache haben anzunehmen, daß dieses Abkommen eine Spitze gegen irgend eine andre Macht hat.

Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, Differenzpunkte, die zwischen Frankreich und England bestanden, auf dem Wege glücklicher Verständigung aus der Welt zu schaffen. Dagegen wird vom Standpunkt der deutschen Interessen nichts einzuwenden sein. Denn ein gespanntes Verhältnis zwischen Frankreich und England ist für Deutschland schon deshalb nicht zu wünschen, weil es eine Gefährdung des Weltfriedens wäre, dessen Aufrechterhaltung wir dringend wünschen. Was speziell den Kernpunkt des Abkommens, Marokko, angeht, so sind wir wie im Mittelmeer überhaupt, so in Marokko wirtschaftlich interessiert. Deshalb haben wir auch erhebliches Interesse daran, daß dort Ruhe und Ordnung herrscht. Es liegt aber kein Grund vor, zu befürchten, daß von Seiten irgend einer andern Macht unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko mißachtet oder verletzt werden könnten.

Was den Krieg in Ostasien angeht, so ist unsere Haltung sehr einfach. Nachdem es leider nicht gelungen ist, den Frieden aufrecht zu erhalten, thun wir, was uns möglich ist, damit aus dem Duell im fernem Osten kein Weltkrieg entwickelt. Das ist der Hauptgrund für unsere durchaus klare Neutralität. Daß wir keinen Grund haben, uns in den Krieg einzumischen, geht schon daraus hervor, daß deutsche Interessen nicht direkt berührt werden. Endlich ist diese Neutralität auch das sicherste Mittel, um unseren Handel und unser wirtschaftliches Leben überhaupt vor Schädigung zu bewahren. Es ist vielfach der Wortwurf erhoben worden, sogar von einem Fraktionsgenossen des Herrn Dr. Sattler im andern Hause, daß wir durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges überfordert worden sind. Ich habe sogar gelesen, daß wir durch unbegründeten Optimismus andre zu thörichter Sicherheit verleitet haben. Darauf möchte ich erwidern, daß die leitenden Minister in London, Paris, Petersburg und selbst die japanischen Vertreter in Paris und Petersburg thätig von dem Ausbruch des Krieges überfordert worden zu sein scheinen. Ich möchte auch betonen, daß selbst diejenigen nicht japanischen Staatsmänner, die der Ansicht waren, daß der stark gehetzte japanische Kessel bald Dampf geben würde, nicht vorausgesehen haben und nicht voraussehen konnten, daß die Regierung in Tokio für den Abbruch der diplomatischen Verhandlungen gerade den Augenblick wählen würde, den sie thätig gewährt hat. Ich will hier einfach darauf hinweisen, daß in solchen kritischen Augenblicken die Regierung die großen auswärtigen Interessen des Landes wahrzunehmen hat und daß sie vor allem dafür zu sorgen hat, daß das Schiff des Landes nicht in diesem Sturm auf Klippen gerät. Wenn wir damals beim Ausbruch des Krieges eine pessimistische Sprache geführt hätten, pessimistischer als sie anderswo geführt wurde, so würde das in Petersburg nicht mit Unrecht Mißtrauen erregt haben können. Andererseits hätten wir keine Veranlassung, der japanischen Regierung kriegerische Absichten nachzusagen, solange Japan nicht selbst den Krieg erklärt hatte. Wir mühten also ebenso ruhig bleiben als alle die andern Centren der europäischen Politik, vielleicht sogar noch etwas ruhiger, da wir weniger interessiert waren als die andern. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit noch gegen einen andern Wortwurf wenden, der uns aus Anlaß des ostasiatischen Krieges gemacht worden ist. Man hat uns vorgeworfen, daß wir uns für das Neutralisieren von China interessiert haben. Unsere Haltung in dieser Beziehung geht aber aus sehr klaren und einwandfreien Motiven hervor. Es lag und es liegt im Interesse aller Mächte und auch der deutschen Politik, daß sich aus dem Kriege in Ostasien nicht ein Weltkrieg entwickelt. Daß das nicht geschieht, dazu trägt wesentlich bei, wenn das chinesische Reich nicht in einen Krieg hineingezogen wird. Die Neutralisierung Chinas trägt aber auch weiter bei zur Vermeidung des chinesischen Dosses. Die Furcht, in den Krieg hineingezogen zu werden, hätte den chinesischen Hof veranlassen können, Fehlgänge zu verlassen, was wiederum eine Bedrohung der Sicherheit der in China lebenden Europäer nach sich gezogen haben würde. Also auch in dieser Beziehung glauben wir durch unser Eintreten für die Neutralität Chinas, die außerdem der beste Beweis war gegen die vielfach erhobenen Verleumdungen, wir wollten den Krieg benutzen, um uns ein Stück von China anzueignen, das Rechte getroffen zu haben, und sowohl dem allgemeinen Frieden wie auch, speziell unseren Interessen am meisten gedient zu haben.

Was die Ausführungen des Herrn Abg. Sattler über die kirchenspolitischen Fragen angeht, so will ich gern anerkennen, daß sich Herr Sattler in sehr vorzüglicher Weise ausgesprochen hat. Ich will auch zugeben, daß ich den ersten Teil seiner Ausführungen über die Notwendigkeit des konfessionellen Friedens fast Wort für Wort unterschreiben kann. Die Geschichte lehrt, und gerade Herr Sattler als Historiker wird mir das zugeben, daß kein Land unter dem konfessionellen Hader mehr gelitten hat als Deutschland, daß bei keinem Volke so sehr sich der konfessionelle Hader als das allerhöchste herausgestellt hat und daß kein Volk so viel Anlaß hat wie wir, den konfessionellen Streit zu vermeiden.

Wer auch an dieser Stelle stehen mag, der wird, wenn er anders das Wohl des Ganzen über Parteinagen, über subjektive Empfindungen und populäre Strömungen stellt, in erster Linie bemüht sein, durch eine Politik, die sich über dem Hader der Konfessionen hält, den konfessionellen Frieden und damit die Geschlossenheit der Nation aufrechtzuerhalten. Herr Abg. Sattler hat zwar theoretisch die Notwendigkeit des Friedens unter den Konfessionen betont; er hat aber doch eine Reihe von Angriffen gegen das Verhalten der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung auf kirchenspolitischem Gebiete gerichtet. Er hat auch wieder von Jugendsünden gesprochen. Ich kann nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß er sich auch hier mehr in Wendungen allgemeiner Natur ergangen hat, als daß er seine Wortwürfe spezifiziert hätte. Ich würde ihm sehr dankbar sein, wenn er mir sagen wollte, welche Jugendsünden ich dem Ultramontanismus gemacht haben soll aus Stoffen der Interessen des Reichs. Ich glaube nicht, daß er in der Lage ist, mir ein solches Jugendbündnis zu nennen, und ich bestreite jedenfalls auf das allerentschiedenste, daß ich in dieser Beziehung irgend eine Konzeption gemacht hätte, die zum Nachteil des Reiches wäre, die ein Unrecht wäre gegenüber der evangelischen Kirche. Wenn aber der Abgeordnete Sattler ein Mittel weiß, wie ich die Geschäfte des Reichs in verfassungsmäßiger

Weise — und da unterstehe ich mir das Wort „verfassungsmäßig“ — führen kann ohne jede Rücksichtnahme auf die stärkste Partei in diesem Hause — ich spreche das ganz offen aus — dann soll Herr Abg. Sattler die Güte haben, mir dieses Mittel anzugeben. Ein solches Rezept muß er doch in der Tasche haben; sonst wäre es doch im höchsten Grade ungerecht, mir einen Wortwurf daraus zu machen, daß ich mit den gegebenen Verhältnissen reägne. Also heraus mit diesem Mittel, heraus mit diesem Rezept. Wenn das nicht der Fall ist, so erinnere auch das Vorgehen des Herrn Sattler an eine Anekdote, die der verehrte Fürst Bischoff an irgend einer Stelle erzählt von einem kleinen Fürsten, der seinem Minister befahl, er möchte sein Volk glücklich machen. Wie er aber das Volk glücklich machen sollte, das sagte Serenissimus dem Minister nicht. (Große Heiterkeit.)

Was die Haltung der nationalliberalen Fraktion zur Aufhebung des § 2 des Selteneheitsgesetzes betrifft, so gebe ich gern zu, daß ein Teil der nationalliberalen Fraktion der Beseitigung dieses § 2 nicht zugestimmt hat, aber auch Herr Sattler wird mir zugeben müssen, daß ausgenommen den Abg. Sattler die führenden Geister der nationalliberalen Partei (Heiterkeit) ausnahmslos auf der andern Seite standen und daß diese Differenz nicht weiter in die Öffentlichkeit getreten ist. Ich muß mich also nochmals dagegen verwahren, daß mir Verleugnung der Staatsinteressen, als Schädigung des Protestantismus, als Gang nach Kanossa, als Stuhlfuß, und wie die Schlagworte alle lauten, in der Herrn Sattler naheheubenden Presse vorgeworfen wird, wenn ich eine Forderung des hohen Hauses, die alle Parteien und auch die des Herrn Abg. Sattler aufgestellt haben, erfülle.

Nun hat Herr Abg. Sattler auch Anspielungen gemacht auf Vorgänge im Bundesrat. Daß ich über Vorgänge im Bundesrat und die Beziehungen zwischen deutschen Fürsten nichts sagen kann, das brauche ich wohl nicht ausdrücklich hervorzuheben. Wenn aber der Abg. Sattler angedeutet hat, es wären da Gegensätze hervorgetreten, es wäre da überstimmt und vergewaltigt worden, so erkläre ich auf das allerentschiedenste, daß die vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten und Regierungen in keiner Weise verletzt oder erschüttert worden sind. Daß 25 Regierungen nicht immer und in allen Fragen derselben Ansicht sein können, das ist ziemlich natürlich. Aber weiter haben Preußen und Bayern es irgend einer andern Regierung verargt, daß sie gegen die Beseitigung des § 2 gestimmt hat, noch ist es von irgend einer andern Seite Preußen und Bayern verargt worden, daß sie für die Beseitigung dieser Bestimmung ihr Votum abgegeben haben. Daß ein Teil des Bundesrates sich dem andern hat sagen müssen, das ist schon früher vorgekommen; ich erinnere nur an die Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig.

Ich möchte aber noch eins hinzufügen. Diese vertrauensvollen Beziehungen unter allen Bundesregierungen sind doch zu wichtig, als daß es nicht vermieden werden sollte, ohne Not unbegründete Zweifel in dieser Beziehung zu äußern. Von der Notwendigkeit vertrauensvoller Beziehungen unter den Bundesregierungen ist jedenfalls niemand mehr durchdrungen, als ich, das habe ich bewiesen, seitdem ich an dieser Stelle stehe. Von meiner Seite ist niemals irgend etwas geschehen, was irgendwie wie eine Verletzung, Vergewaltigung der Bundesstaaten hätte aussehcn können. Also die diesbezüglichen Wortwürfe muß ich mit Entschiedenheit zurückweisen. Endlich hat auch der Abg. Sattler die Vorgänge in Südwestafrika berührt. Ich glaube, daß wir uns mit diesen Verhältnissen besser beschäftigen werden bei der Beratung des Kolonial-Etats. Heute will ich nur dem zustimmen, was der Vorredner über die Notwendigkeit gesagt hat, Südwestafrika zu halten. Wir denken nicht daran, auch nur einen Fuß breit dieses Bodens aufzugeben, den wir besetzt haben und auf dem deutsches Blut geflossen ist. Wir werden alles thun, um die Aufrechter, die sich gegen unsere Autorität erhoben haben, in ihre Schranken zurückzuweisen, und alles thun, um der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse für die Zukunft vorzubeugen; wir werden, hoffe ich, auch aus den gemachten Erfahrungen lernen und es dahin bringen, daß die gegenwärtige Krise der Beginn einer neuen und besseren Ära für Südwestafrika sein wird. Ich schließe mich auch den Worten des Vorredners an über die Offiziere und Mannschaften, die in Südwestafrika in den Tod gegangen sind. Wir gedenken mit Behmut der Toten, aber auch mit freudiger Bewunderung für die Tapferkeit, mit Anerkennung für die Bravour, die sie an den Tag gesetzt haben. Und es ist mir Bedürfnis, zu sagen, daß unsere tapferen Soldaten und Offiziere der Dankbarkeit, Anerkennung und des Vertrauens des Landes sicher sein können. (Beifall.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Der Kongreß von Bologna.

Bologna, den 10. April.

Dritter Tag.

Die Diskussion über das Verhalten der Partei der Regierung und der Staatsform gegenüber wird fortgesetzt.

Als erster Redner für die mittlere Tendenz ergreift Rinaldo Rigola, Abgeordneter für Biella, das Wort. Rigola, ein Holzschneider, der infolge einer Berufsverletzung das Augenlicht verlor und vollständig blind ist, wird von miuntenlangem Beifall begrüßt.

Rigola sagt, er und seine Freunde hätten die mittlere Tagesordnung eingebracht. Er könne sich in manchen theoretischen Punkten mit Bissolati, in andern mit Labriola für einverstanden erklären, besonders, seit dieser seine Tagesordnung nach Deutschland zur Reparatur geschickt hat. (Heiterkeit.) Aber praktische Erwägungen trennen ihn von beiden Referenten. Die Streitfrage hat einen praktischen Ausgangspunkt. Als die parlamentarische Situation im Frühjahr 1901 die Partefraktion bestimmte, für die Regierung zu stimmen, begann im Proletariat eine Gegenströmung, die mit der Zeit immer stärker wurde. Diese Gegenströmung hat die Fraktion nicht beachtet und hat begonnen, die politische Organisation der Partei, von der sie ausging, gering anzuschlagen. Statt dessen stützte man sich auf die Gewerkschaften, auf die breite Masse und ging so weit, dieser die sozialistische Propaganda vorzuenthalten zu wollen. Redner verweist auf die reime Gewerkschaftspolitik in der ersten Periode des Reformismus. Man hat damals, als werde die sociale Frage in den Gewerkschaften gelöst.

Heute sprechen nun die Reformisten von der Kollaboration der Massen. Freilich giebt es eine Kollaboration der Massen. Die Liberalen, die doch rein bürgerliche Grundsätze haben und bürgerliche Zwecke verfolgen, arbeiten auch für das Proletariat, wenn sie die Hölle auf den Lebensmitteln vermindern, wie sie gegen das Proletariat arbeiten, wenn es sich darum handelt, dem Freihandel mit der Arbeit durch Schutzgesetze Schranken zu geben. Es giebt also eine Mitarbeit, aber kann das auf unsre heutige Frage Einfluß haben? Giebt das uns ein Recht, heute vom Parteitag das Recht zu fordern, ein Ministerium zu unterstützen? Jetzt, heute, denn in einer fernern Zukunft, in der radikalen Regierung einer Republik können die Sozialisten auch in ein Kabinett eintreten. Der Irrtum der Reformisten ist nur, daß diese heute schon glauben, mit einem Votum diese neue radikale Regierung anfangen zu können.

Redner weist deshalb die Tagesordnung Bissolati bekämpfen, weil sie eine Indemnitätsliste für die vergangenen Irreführer einschließt. (Beifall.) Wir können nicht voraussehen, was die Zukunft bringt, was aber die Vergangenheit gebracht hat, das müssen wir berücksichtigen und bewerten. Die Taktik der systematischen Unterstützung war eine falsche Taktik und deshalb hat sich die Partei von ihr abgelehrt.

Darauf analysiert Rigola die Tagesordnung Labriola. Labriola ist ein scharfer klarer Denker, aber seine Theorie paßt, diesmal nicht zu der von ihm vorgeschlagenen Praxis. Was sollen wir im Parlament, wenn wir nur protestieren? Nur ein böseres Gesicht machen, als die bürgerlichen Abgeordneten? Und wie kann es sein, daß die Reformen die Grundstruktur der Gesellschaft nicht antasten, wenn sie

doch das Proletariat stärken und heben? Indem sie das thun, beginnen sie eben die Umgestaltung der Gesellschaft, thun sie das aber nicht, dann können sie auch unterbleiben. Was das Recht auf Gewalt betrifft, so wird es auch von den Reaktionsären anerkannt.

Den Reformisten sagt der Redner: Kann sein, daß Euer Weg besser sei, kürzer, bequemer. In der Masse ist aber kein lebendiger Glaube an ihn, die Masse vertraut auf die alte Kampfartik. Solange das Proletariat nicht an eure Methode glaubt, kann sie nicht von der Partei angenommen werden.

Zu den Revolutionären gendmet sagt Rigola: Habt Ihr einen Gegenakt erwählt, dem Reformismus einen Damm entgegenstellen wollen, dann ist es gut, dann ist es aber auch für jetzt genug. Dann zerbricht Euch nicht weiter die Junge, um uns plausibel zu machen, warum Ihr an die Reformisten nicht glaubt und sie doch wollt. Dann haltet nicht eure unmögliche Tagesordnung länger aufrecht.

Seiner mittleren Tagesordnung hat man Mangel an Logik, hat man Widerspruch vorgeworfen. Eine besonders schöne Tagesordnung soll es ja auch gar nicht sein, es soll nur eine sein, die den Reformisten und den Revolutionären unannehmbar ist. Wir wollen keine Konfusion. Die Revolutionären und die Reformisten sagen: trennen wir uns, so werden wir uns um so besser vertragen. Da haben wir andern doch noch ein Wortchen mitzureden. Wir wollen nicht, daß die Partei sich spalte um Dinge, die das Proletariat nicht fähig. Darum hat man eine Resolution vorgelegt, die die Streitfragen der beiden Pole, um die sich die getrennten Partei gruppieren sollte, ausschließt: Die unsozialistische Auffassung der Entwicklung auf der einen, die dem Klassenkampf widersprechende Teilnahme an der Regierung auf der andern Seite. Am liebsten wäre ihm, Redner, eine Tagesordnung, die lautete: „Der Kongreß konstatiert, daß er eine Menge Zeit verloren hat, er erklärt sich für die alten Grundsätze des Sozialismus und geht zur Tagesordnung über“. Er schlägt vor, über die drei Resolutionen gleichzeitig abzustimmen. (Lärm, Protest, langandauernde Unterbrechung.) Im Namen der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit stimme man so ab, ohne taktische Kunststücke und Konzentration der Stimmen. Rag kommen, was will. (Beifall.)

Ihm folgt Marangoni, für die revolutionäre Richtung. Mit Entsetzen sieht er, daß man aus der Kraft der Partei nicht die Begründung für eine energiegelichere Aktion, sondern vielmehr für ein schlapperes, vorsichtigeres Vorgehen zieht. (Beifall.) Er beklagt ferner, daß die Partei, nachdem sie so lange und so heftig die bürgerliche Demokratie bekämpft hat, jetzt selbst die Methoden dieser Demokratie annehme und daß Turati ein zweiter Caballotti geworden ist. Redner kritisiert die Reden seiner Vorredner der reformistischen Richtung. Erinnert daran, daß niemand heftiger als Turati die Genossenschaftsbewegung bekämpft hat. Was die Gewalt betrifft, so fingen alle Tendenzen an, ihr ihr Recht zugestehen, wahrscheinlich aus Konkurrenz. Die Gewalt kann uns nicht von den Reformisten trennen. Freilich trennt sie uns ebenso wenig von den Anarchisten. Redner erinnert ferner daran, daß es, wie Skutsky gesagt hat, unblutige Revolutionen giebt, wie es Reformen giebt, die Ströme von Blut kosten.

Nachdem der Redner noch die revolutionäre Auffassung der Reform in dem Sinne der Tagesordnung dargelegt hat, schließt er mit dem Wunsch, daß man ihn in die Verbände eines von revisionistischen ländlichen Proletariats zurücksende mit einem ausdrücklichen Votum, das den Klassencharakter der sozialistischen Aktion von neuem betone. (Lebhafte Beifall bei den Revolutionären.)

Die Nachmittags-Sitzung beginnt mit dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind zugegen 84 Delegierte, von den 69 italienischen Provinzen sind nur drei nicht vertreten und zwar Caserta, Chiati und Saffari (Sardinien). Kontestiert sind drei Mandate, vorbehaltlich der Entscheidung über die secessionistischen Gruppen Mailands und anderer Orte.

Nach einem heftigen Zwischenfall, der durch die Frage nach der Thätigkeit der Reformisten in Genua veranlaßt wird, nimmt Turati das Wort. Langandauernder Beifall begrüßt ihn, wie er die Tribüne betritt. Turati glaubt, daß seine Stimme mehr zu gewinnen, keine mehr zu verlieren ist. Wenn ein Kongreß so weit inschlüsselt ist, dann ist eben die Einheit zerbrochen, es sind verschiedene Gruppen, die nicht mehr im Austausch miteinander stehen.

Wir nennen, sagt er, unseren Kongreß einen sozialistischen Kongreß. Er ist das aber nicht. Er ist ein Kongreß verschiedener Gruppen. Wie kann es sein, daß man fragt: sind wir oder sind wir unsere Feinde? Diese Absurdität ist möglich geworden, weil die sogenannte Centrumstendenz es aus gutem Willen für die Einheit möglich gemacht hat, hier eine Konfusion zu schaffen. Daß die Lage nicht normal ist, sieht man allein daraus, daß wir hier die Grundsätze der Partei diskutieren, nach 14 Jahren Parteithätigkeit.

In Imola ist die heutige Frage schon gelöst worden. Auf das Handeln kommt es an: heute revolutionär, morgen reformistisch, jetzt mit oder gegen die Regierung in den Gewerkschaften, in den Korporationen, in den Gemeinden, immer für das Proletariat. Mit Labriola habe er einen Punkt gemeinsam: die Kongresse ändern nichts, sie konstataren nur. Was kommen muß, die brutale Notwendigkeit geht doch ihren Weg. Kein Votum ändert da etwas. Rigola, Reina und andre wähen hier Frieden zu schaffen durch eine geschickte Tagesordnung: das heißt an Beshwörungsformeln glauben.

Wo heute die Spaltung noch nicht ist, wird sie morgen kommen. Glaubt Ihr, wir fühlen nicht für die Einheit der Partei, nicht für die einfache Formel: ein Proletariat, eine Partei. Aber wie alle einfache Formeln, ist sie falsch. Einheit ist natürlich Kraft, aber es muß Einheit sein, nicht zwei aneinander gekoppelte Gegner, die sich gegenseitig zerfleischen.

Rag sein, daß Labriolas Methode besser ist als meine; ich weiß es nicht. Ich weiß es aber, daß es keine schlimmere Methode giebt als unsre beiden zusammen: der eine steht noch der einen, der andre nach der andern Richtung. In Italien ist noch die ganze Arbeit der Demokratie zu thun, ihre Reformen zu vollenden. Aber die Partei läßt diese Arbeit nicht zu. Die Revolutionären haben ihn, Turati, bekämpft, wie keine bürgerliche Partei ihn bekämpft hat.

Wie Redner über die Reform anders denke als die Revolutionären, so auch über die Republik. Ihm läge mehr daran, ein republikanisches Volk zu erzeugen, als eine Krone herunterzureißen. Deswegen sei er auf den Gegenpolen in seiner Wertung der Gewalt. Die Gewalt schafft nicht, sie zerstört nur. (Zwischenruf: Die Kommune!) Ja, auch die Kommune warfen Ungläubig für die demokratische Bewegung Frankreichs, die sie um mindestens zwei Jahrzehnte zurückwarf. Wir brauchen die Loyalität nicht so weit zu treiben, wie die deutsche Partei, die die Wählentziehung in einem deutschen Staate zuließ ohne eine revolutionäre Bewegung. Aber wir dürfen dennoch nicht die Verantwortung auf uns nehmen, in unser unwissendes, leidenschaftliches, anarchisches Proletariat die Lehre von einem Recht auf die Gewalt zu tragen.

Die Revolutionären haben die Thätigkeit, die Worte, die Personen der Reformisten öffentlich verspottet und mißachtet und dann sich gewundert, daß die Reformisten nichts zu Wege brachten. Als die Partei gegen Sonnino für ein weniger reaktionäres Ministerium eintrat, war sie eine starke, gefürchtete und geachtete Partei. Damals hatten wir Einfluß auf die Regierung. Erst der innere Zwiespalt hat uns um jeden Kredit gebracht.

Langsam, allmählich müssen die Reformen vom Block der kapitalistischen Privilege etwas abböckeln. Wenn man die Arbeitszeit vermindert, schafft man für die Festigung und Freiheit des Proletariats. Dabei muß es auch zu einem Zusammenarbeiten der Massen kommen. Wenn wir z. B. die Lage der Arbeiterinnen bessern wollen, so wird es gut sein, nicht den Reibbau in Italien aufzuheben, was Hunderttausende arbeitslos machen würde. Das ist die berückichtigte Kollaboration der Massen.

Was die Teilnahme an der Regierung betrifft, so ist sie nur denkbar, wenn hinter dem sozialistischen Minister ein organisiertes Proletariat steht. Ohne ein solches wäre die Teilnahme an der Regierung eine Thorheit.

Redner sagt ferner, die mittlere Tagesordnung verlängere nur die Konfusion. Recht habe die Tagesordnung des Centrums den

Reformismus ohne Logik genannt. Mit demselben Rechte könne er, Turati, sie den Labriolismus ohne Logik nennen.

Es ist Pflicht, der Zweckmäßigkeit, dem Mißverständnis endlich ein Ende zu bereiten. Jeder muß die Verantwortung für seine Taten auf sich nehmen. Nur so ist es möglich, dem Proletariat den Glauben wieder zu geben an eine Einheit des Sozialismus, eine Einheit im Leben, nicht im Tode, wie sie das Centrum will. (Minutenlanger Beifall.)

Von anderenredem Klatschen und Hochrufen wird auch Ferri begrüßt, der um 1/3 die Tribüne betritt. Turati habe gesagt, wir hätten keinen Kongreß vor uns, nur die Kampfstelle zweier Parteien. Wer so empfindet, der hat freilich jedes Gefühl für die Parteinheit verloren. Wer, wie Turati es getan hat, das ausdrückt, daß der Sozialist dem Sozialist gegenüber steht, wie heute der Russe dem Japaner, dem habe er, Ferri, nichts zu sagen. (Beifall.) Aber nicht alle werden vergessen haben, daß hinter denen, die die Einheit wollen, das Proletariat Italiens steht, das von dem theoretischen Streit nichts weiß.

Ferri hebt darauf hervor, daß es auf die Agitation in den Massen ankomme. Die Reformisten verlangten allerdings die Prinzipien propagiert, aber ohne sie wären die Resultate von Reggio Emilia unmöglich gewesen.

Nun ist freilich die Agitation nicht alles. Turati argumentiert so: wir brauchen die Reform, können aber von unsren dreißig Abgeordneten nicht erwarten, daß sie sie durchsetzen. Deshalb müssen wir gemeinsam mit der radikalen Bourgeoisie arbeiten. Giebt es aber in Italien eine solche? Niemand weiß von ihr, wozu soll man also darüber reden?

Turati erklärt, er werde nur mit der Zustimmung des Proletariats in ein Ministerium treten. Ein wirklich klassenbewußtes Proletariat wird ihm diese Zustimmung niemals geben. (Beifall.) Wir haben keine radikale Bourgeoisie. Kann die Partei sie mit der Methode Turati schaffen? Gewiß nicht: wenn sie zu schaffen ist, so nur durch klare Betonung des Klassenkampfes in seiner intransigenten Form.

Redner analysiert darauf die Tagesordnung Bissolati. Sie sagt, man werde sich der bestehenden Staatsform „bedienen“. Das soll den Reformisten den Eintritt in ein Ministerium offen halten. Deshalb kann er, Redner, sie nicht annehmen.

Labriola repräsentiert die andre extreme Richtung innerhalb der Partei. Redner kann sich mit ihm nicht einverstanden erklären aus zwei Gründen: 1. seiner Stellungnahme zur Frage der Gewalt, 2. den Reformen gegenüber.

Die Gewalt habe in unsrem Programm nichts zu suchen; wenn sie auf unsren geschichtlichen Wege liegt, werden wir uns ihrer bedienen, aber es ist unnötig, vorher davon zu reden. Die Reformen, so lange sie auf dem Boden des Klassenkampfes errungen werden, gelten ihm als Mittel, die zwar die Ketten des Proletariats nicht brechen, wohl aber sie lösen.

Ferri reicht zum Schluß folgende Tagesordnung ein: „In der Ueberzeugung, daß die Methode des Klassenkampfes mit der Unterstützung eines Ministeriums oder der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung nicht vereinbar ist, erklärt der Kongreß, daß für die umfassende Wirksamkeit der sozialistischen Partei vielfache Formen der täglichen Aktion nötig sind, die auf die Bildung des sozialistischen Klassenbewußtseins, auf die kritische Brandmarkung des Ausbeutungs- und Schmarogerherrschafts und auf die Erörterung wirtschaftlicher, politischer und administrativer Reformen gerichtet sind und bestrebt sind, auf der Grundlage der disziplinierten Unterwerfung der Minderheit als in der gemeinsamen Arbeit aller Sozialisten die Einheit der Partei.“

Ferri schließt mit einem Appell an die Einigkeit: Achten Sie nicht auf die Persönlichkeiten, schonen Sie sie nicht; wollen Sie die Partei. (Beifall.) Es bleibt noch den Referenten ihr Schlusswort. Die Versammlung ist sehr müde — es ist 6 Uhr — sehr nervös und unruhig. Labriola begründet mit erstaunlicher oratorischer Schneidigkeit seine Tagesordnung, steht aber in der äußerst abstrakten Fassung etwas über dem Verständnisniveau der Versammlung. Sein Grundgedanke gliedert in den beiden Sätzen: Der Sozialismus entsteht nicht durch eine Reihe von Reformen und die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft vollzieht sich nicht im Parlament. Wer so urteilt, kann nicht teilnehmen an der reformistischen Tätigkeit, die den staatlichen Organismus umgestalten will. Man darf vom Parlament nicht mehr erwarten, als es geben kann; es ist nur eine Plattform, ein Mittel zur Belehrung des Proletariats, ein Kontrollorgan weiter nichts.

Die Tagesordnung, sagt der Redner, hat den Vorteil, und deutlich von den Reformisten zu scheiden. Die Trennung ist unabweisbar. So grundverschiedenes kann nicht zusammenbleiben. Von der sozialistischen Partei müssen sich in allen Ländern die lösen, die ihrem Wesen nach und dem Wesen der Interessen nach, die sie unterwirft vertreten, nicht in der Partei Platz, keine sozialistisch-proletarische Funktion in der Geschichte zu erfüllen haben. Seine Tagesordnung soll Klarheit bringen, wieviel Stimmen sie erhält, sei ihm gleichgültig!

Bissolati, der letzte Redner des Tages, wiederholt die Gedanken in seinem Referat und beruft sich auf dieses. Er spricht vor einer sehr unruhigen Versammlung und ist teilweise nicht verständlich wegen des Lärmes, der zum großen Teil von den ihm Beifall spendenden Reformisten herbricht. Für ihn repräsentiert der äußerste linke Flügel eine Verfeinerung des Ueberlebten: er ist anarchisch, nurgewerkschaftlich, republikanisch. Nur hat er nicht die Logik dieser überundenen Stadien. Redner kann die Revolutionäre nicht als Sozialisten ansehen.

Das Centrum will den inneren Streit, die innere Unwahrheit weiterführen. Reformisten und Revolutionäre in einer Partei werden sich gegenseitig vernichten. Man sagt, die Bourgeoisie würde über unsere Spaltung lachen. Sehr viel mehr wird sie aber morgen zu lachen haben über unsere Einheit. Auf morgen endlich die Abstimmung.

Ueber die Abstimmung
erhalten wir folgendes Telegramm: Die erste Abstimmung ergiebt für die revolutionäre Resolution Labriola 410 (?) Stimmen, für die reformistische Resolution Bissolati 1225 Stimmen. 12500 Anhänger der mittleren Tendenz enthalten sich der Stimme. Bei der zweiten Abstimmung erhält die (linke) Resolution Ferri 16304, die (rechte) Resolution Rigola 14844 Stimmen. Die Stimmengahlen erklären sich aus dem Modus der Abstimmung, daß jeder Delegierte soviel Stimmen abgibt, als er eingetragene Mitglieder vertritt. Die für die Resolution Labriola bei der ersten Abstimmung abgegebene Stimmenzahl scheint uns unrichtig wiedergegeben zu sein, schon deshalb, da bei der zweiten Abstimmung 6923 Stimmen mehr abgegeben wurden als bei der ersten Abstimmung.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir ersuchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Athenburg (S. A.), Wallstr. 9, I.
- Altona, Große Bergstr. 204 I.
- Berlin SO., Engel-Wer 15.
- Bahum, Maarbrückerstr. 17, I.
- Bremen, Osterhorst. 26 I.
- Breslau, Messergasse 18/19 I.

Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Widemannsgasse 20 II.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Dortmund, I. Kampstr. 73 I.
Essen, Kirchstr. 18.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Gera, Hospitalstr. 21 I.
Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
Gotha, Erfurterstraße (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Geiststr. 21.
Hamburg, Gämsenmarkt 35 II.
Hannau, Mühlenstr. 2.
Hannover, Artilleriestr. 18.
Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
Herteln, Verchenstr. 15.
Jena, Saalbahnhofstr. 3.
Kattowitz, Rathausstr. 6.
Kiel, Goststr. 24 parterre.
Köln a. Rh., Perlengraben 20 I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Leipzig, Händelstr. 12, part.
Lüben, Johannisstr. 48, part.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Poststr. 4.
Mühlheim (Hessen), Wiesenstr. 3.
München, Landersstr. 1 I.
Neu-Ruppin, Poststr. 1.
Nürnberg, Egidienplatz 22.
Posen, Breitenstr. 21.
Remscheid, Kölnstr. 18.
Striegau, Jigantstraße.
Stuttgart, Göttingerstr. 17/19.
Waldenburg-Altwasser.
Wolgast, Maarbrückerstr. 17, I.
Würzburg, Gründnerstr. 6, I.

Berlin, den 11. April 1904. Der Parteivorstand, Kreuzbergstr. 30.

Genosse Schippel ersucht uns, das Folgende zu veröffentlichen:

Um weiterer, ganz überflüssiger Greisung vorzubeugen, möchte ich hiermit ankündigen, daß ich nächste Woche mit einer Artikelserie über die Vollfrage in der Chemnitzer „Vollstimme“ zu beginnen gedenke. Ich hatte das auch bereits auf der sächsischen Landeskonferenz als wahrscheinlich und nahe bevorstehend bezeichnet.

In verschiedene Parteiblätter — wie Märktische, Magdeburgische, Frankfurter „Vollstimme“, die sich, wie ich aus dem „Vorwärts“ ersehe, zuweilen mit mir beschäftigen — hätte ich eine Bitte: nämlich die, Punkt für Punkt und bestimmt und klar zu sagen, welche meiner früheren Äußerungen sie eigentlich parteiwidrig finden. Bisher war es bei näherem Zusehen gewöhnlich so, daß die Klageführenden überhaupt niemals sich die Mühe genommen hatten, meine Äußerungen zu lesen. Sie konnten sie gar nicht, aber sie erklärten sie für überaus unklar, wenig zielbewußt oder auch für ganz zielwidrig. Die ganze Begründung, die ich bisher fast stets zu hören bekam, war: ja, ich denke . . . ja, es wurde doch oft genug behauptet . . . ja, aus den Äußerungen gegnerischer Blätter glaubte ich doch schließen können zu müssen . . . und ähnliches. Welleicht erfahre ich nach dieser Aufforderung endlich etwas Greißbares.

Die betreffenden Zeitungsnummern würde ich mir zuzusenden bitten.
Berlin NW., Turmstr. 37. Mag Schippel

Wir begrüßen diese Ankündigung des Genossen Schippel; ersehen wir doch aus ihr, daß in Schippel ein Drang nach „etwas Greißbarem“ erwacht ist, der das Beste hoffen läßt.

Nichtigkeit. In unserm geistigen Artikel, der die Äußerungen der Parteipresse über die sächsische Landeskonferenz wiederholt, ist uns leider ein Versehen passiert. Wir teilten mit, daß die „Brandenburger Zeitung“ erkläre, sie stehe auf dem Standpunkt Heines. In Wirklichkeit erklärte das Blatt, es stehe nicht auf dem Standpunkt Heines. Wir stellen dies mit dem Ausdruck des Bedauerns hierdurch richtig.

Sozialdemokratische Provinzialkonferenz für Hessen-Nassau.

Im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. tagte am Sonntag eine hessen-nassauische Provinzialkonferenz, die von 67 Genossen aus den Kreisen Frankfurt, Höchst, Hanau, Marburg, Wehlar, Wiesbaden, Dillenburg, Gerborn, Limburg, sowie den bayrischen Wahrkreisen Aschaffenburg und Lohr und dem hessischen Wahlkreis Friedberg besucht war. Zweck der Zusammenkunft war die Schaffung einer feineren Organisation für diese Wahlkreise. Im Gegensatz zu andern Provinzen fehlte bisher für Hessen-Nassau eine einheitliche Provinzialorganisation. Vor dreizehn Jahren, im Februar 1891, also bald nach dem Fall des Sozialisten-Gesetzes wurde der Versuch gemacht, für die Provinz eine festere Organisation zu schaffen. Es blieb aber damals bei dem Versuch. Man suchte sich in der Weise zu behelfen, daß die einzelnen Wahlkreise sich Organisationen schufen, die aber den Mangel hatten, daß ein einheitliches Zusammenarbeiten sehr schwer war. Die Entwicklung der Parteiverhältnisse drängte aber mit Notwendigkeit auch in Hessen-Nassau auf einen feineren Zusammenschluß. Diesen zu erreichen war die Konferenz einberufen. Wenn man bedenkt, daß in den in Betracht kommenden Kreisen bei den letzten Reichstagswahlen insgesamt 7288 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, daß aber in den zehn Kreisen kaum 6000 Genossen politisch organisiert sind, so erhellt schon aus dieser Thatsache die Notwendigkeit einer besseren Organisation.

Der erste Punkt der Verhandlungen betraf die Organisation und Agitation in Hessen-Nassau. Dazu lag ein vom Genossen Vetter-Gießen ausgearbeiteter Organisationsentwurf und eine vom Frankfurter Parteivertrauensmann Meier ausgearbeitete Resolution vor.

Nach eingehender Beratung wurde der Entwurf des Genossen Vettors angenommen. Er gliedert darin, daß für den Regierungsbezirk Wiesbaden und für die ihm angrenzenden Wahlkreise ein Agitationsbezirk geschaffen wird, dem auch Aschaffenburg, Lohr und Friedberg sowie Marburg beitreten können. An die Spitze dieser Organisation wird ein Agitationskomitee von fünf Mitgliedern gestellt, das seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat. Zur Beratung wichtiger Fragen kann dieses Komitee die Vorstände der Kreisorganisationen und die Kandidaten der einzelnen Wahlkreise hinzuziehen. Es hat alljährlich einen Parteitag für die Provinz einzuberufen. Dazu können Parteiorde im Bezirk bis zu drei Delegierte entsenden. Die Beschlüsse des Provinzialparteitages sind für die Genossen im Bezirk bindend. Jeder Wahlkreis hat pro Jahr und Kopf seiner organisierten Genossen 20 Pf. als Beitrag zur Bezirkskasse zu leisten. Die einzelnen Wahlkreise haben jährlich durch ihre Vertrauensleute kurze Berichte über die Parteiverhältnisse im Kreise an das Agitationskomitee zu erstatten. Publikationsorgane des Komitees sind die Frankfurter „Vollstimme“, das „Offenbacher Abendblatt“, die „Mainzer Volkszeitung“ und die „Mitteldeutsche Sonntagzeitung“. In den geschäftsführenden Vorstand der neuen Organisation wurden gewählt: Gewerkschaftssekretär Gättmann, Arbeitersekretär Graf, Konsumvereinsverwalter Althaus, Gewerkschaftssekretär Dorshu und Parteisekretär Dittmann.

Damit war der erste und Hauptpunkt der Tagesordnung erledigt. Die weiteren Verhandlungspunkte betrafen Gemeinde-Angelegenheiten und Presse.

Totenliste der Partei. In Fürstentwale a. d. Esee starb der Cigarrenmacher August Schärliche im Alter von 56 Jahren. Der Verstorbene gehörte schon Ende der sechziger Jahre dem AL-

gemeinen deutschen Arbeiterverein an. Unter dem Socialistengesetz wurde er sowohl aus Berlin als auch später aus Hamburg-Altona ausgewiesen. Das hat ihn indes nicht gehindert, bis an sein Lebensende für seine Ueberzeugung aufs eifrigste zu wirken. Die Partei wie die Gewerkschaftsbewegung verlieren in ihm einen stets opferbereiten Kämpfer.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beschädigung eines Gutbesizers wurde der Redakteur der Erfurter „Tribüne“, Genosse Hennig, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Die alten Leipziger Kerzte haben folgendes beschlossen: „Die am 8. April im Hotel Palmbaum fast vollständig versammelten Leipziger Kerzte erklären gegenüber den Ausführungen des Herrn Ministers v. Meißel in der Zweiten Kammer am 7. April einstimmig, daß die freie Arztwahl, so wie die Leipziger Kerzte sie fordern, das zweckmäßigste System der ärztlichen Versorgung für Krankenkassen darstellt und keineswegs geeignet ist, sie zu Grunde zu richten. Augenscheinlich ist es dem Herrn Minister unbekannt, daß die freie Arztwahl in vielen großen und kleinen Städten zur Zufriedenheit der Massen und der Kerzte durchgeführt ist. Sie erklären ferner, daß sie die von der Masse lediglich als Kampfmittel in Aussicht genommene Abschaffung der Familienbehandlung für einen sozialpolitischen Rückschritt und für eine Maßnahme halten, die unter den obwaltenden Verhältnissen nur Not und Elend über weite Kreise der Bevölkerung bringen wird. Denn da diese Maßregel einzig und allein nur den Zweck haben soll, die Leipziger Kerzte zu schädigen, so werden diese sich zu ihrem Bedauern genötigt sehen, Angehörigen der Krankenkassen auch weiterhin ihre Hilfe zu verweigern. Die Verantwortung für das hieraus entstehende Unglück müßten sie denjenigen überlassen, die solche Maßnahmen beschließen und gutheißen würden. Sie werden deshalb, im Bewußtsein, für die Freiheit und das Ansehen ihres Standes zu kämpfen, auf dem betretenen Wege unbeirrt weiterzugehen und mit denselben Mitteln wie bisher ihr hohes Ziel zu erreichen suchen.“

Die Kerzte wollen bekanntlich die Angehörigen der Versicherten im Auftrage der Masse nicht behandeln, auch wenn diese die Einzelleistung nach der staatlichen Lage honorieren; der an die Wand gemalte Notstand, wenn er vorhanden wäre oder einträte, wäre demnach gar nicht die Folge der erst beabsichtigten Aufhebung der Familienversicherung, sondern müßte schon jetzt auch bei dem Bestehen der Familienversicherung vorhanden sein. Die Sorge der Herren um die Familienversicherung ist demnach ganz gegenstandslos. Wenn also Notstand bestände, dann bestände er einzig darum, weil die Kerzte die Hilfeleistung auch dann verweigern, wenn ihnen die Angehörigen der Versicherten zu vollkommen freier — Arztwahl und zu vollkommen freier Selbstbestimmung des Honorars überantwortet werden. Es scheint demnach, daß den Herren der Massenpatient doch lieber ist wie der freie Patient. Das ist auch begreiflich; den freien Patienten zwingt kein Gesetz zur Beschaffung „ausreichender ärztlicher Hilfe“, wozu die Masse gezwungen werden kann. Der Schmerz der Herren ist ja nur, daß im Leipziger Falle der Zwang gegen die Masse nicht angewandt wurde. Und daß er auch in Zukunft nicht angewandt werden kann, dafür wird die Masse sorgen. In der nächsten Generalversammlung wird darum die Familienbehandlung vorübergehend suspendiert werden. Für die 140 000 Mitglieder selbst reichen die bis jetzt vorhandenen 83 Disziplinärärzte vollständig aus; kommen doch dabei auf einen Arzt nur etwa 1000 Versicherte. Dazu kommen aber noch die reichlich mit Kerzten besetzten drei Beratungsanstalten. Es ist darum auch ganz begreiflich, wenn die neuen Kerzte der Masse in einer öffentlichen Erklärung darlegen, daß sie auch die Behandlung der Angehörigen sehr wohl ausführen können. Aus der beachtenswerten Erklärung sei folgendes wiedergegeben:

„Es ist nicht wahr, daß frange Kassennmitglieder seit dem 1. April ohne die nötige ärztliche Pflege geblieben sind. Wenn auch die neue Ordnung noch nicht völlig ausgeführt ist, wenn auch in unsern Reihen noch Lücken bestehen — wir leugnen das nicht — so ist bisher doch für jeden Kranken, der Hilfe verlangt hat, ausreichend, in vielen Fällen sogar mehr als ausreichend gesorgt worden. Denn wir neuen Kerzte stehen alle für einen, einer für alle. Wo irgend das Bedürfnis vorliegt, tritt einer für den andern ein, weil wir nicht mehr, wie früher, auf das Honorar zu sehen haben, sondern nur unsern hohen ärztlichen Beruf dienen und nur den Kranken der Masse. Daher können wir auch gegenüber den Ausstreunungen, daß die Orts-Krankenkasse wenigstens vorübergehend die Behandlung der Familienangehörigen ihrer Mitglieder einstellen werde, hiermit die bestimmte Versicherung abgeben, daß wir freudig bereit sind, auch den Angehörigen nach wie vor die nötige Hilfe anzubieten zu lassen; wir können uns nach unsern bisherigen Erfahrungen sogar dafür verbürgen, daß auch in dieser Hinsicht keine einzige berechtigende Klage über unzureichende ärztliche Versorgung laut werden wird; wenn trotzdem auch künftig entgegen-gesetzte Nachrichten ausgebreitet werden, so liegt diesen Unkenntnis oder Ueberhebung oder böser Wille zu Grunde.“

Es ist nicht wahr, daß die Kassennmitglieder und Mithrauen entgegenbringen. Gefür wird Mithrauen gegen und mehr als zuvor, aber es findet nur ganz selten fruchtbareren Boden; und selbst da, wo es den für den Augenblick gefunden hat, verschwindet es schnell wieder. Diese Thatsache steht unumstößlich fest; daran ändern keine Eingaben, Petitionen und Beschwörden etwas mit ihren notdürftig erbetelten oder gar erzwungenen Unterschriften. Unsere Kranken verlieren sogar vorzüglich zu unterliegen, wie unendlich viel günstiger sich ihre ärztliche Behandlung gegen früher gestaltet hat. Wie oft haben sie früher gegen private Kranke zurückstehen müssen. Solche Unterschiede bestehen nicht mehr in den Beratungsanstalten, die sich eines gewaltigen Zuspruchs erfreuen, und in den Sprechstunden ist jeder Kranke dem andern gleich, wird jeder mit der gleichen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit behandelt. Ebenso ist es bei den häuslichen Besuchen; sie werden in der Reihenfolge der Wohnungen und außer der Zeit in der Reihenfolge der Anmeldungen erledigt — und zwar bei Tag und bei Nacht.

Gegenüber dem Beschlusse der Leipziger Kerzte vom 8. d. M., den Angehörigen der Kassennmitglieder ihre Hilfe auch dann zu versagen, wenn die Masse die Behandlung der Familien vorübergehend einstellen sollte, erklären wir hiermit folgendes:

Auch wenn der Kassenvorstand beschließen sollte, für kurze Zeit die Angehörigen der Mitglieder von der freien ärztlichen Behandlung auszuschließen, werden wir fortfahren, auch den Familien nach wie vor in allen Krankheitsfällen ohne jedes besondere Entgelt ärztliche Hilfe zu leisten.

Nachdem uns sogar in den ersten Tagen dieses Monats, als die geringste Anzahl von Kerzten vorhanden war, die volle Versorgung gelungen ist, so können wir uns jetzt sogar dafür verbürgen, daß in der Behandlung der Familienangehörigen auch künftig keine Unterbrechung eintreten und keine berechtigende Klage laut werden wird.

Wir können versichern: Wir sind hergekommen mit dem Bewußtsein, daß wir vor schwere Aufgaben gestellt werden, daß große und ernste Hindernisse unserm Weg überrennen werden. Aber schon die ersten sechs Tage unser Tätigkeit haben in uns allen das erhebende Bewußtsein erweckt, daß wir hier unsern Beruf in einer so vollkommenen und idealen Weise ausüben können, wie es uns die höchsten Vorbildungen niemals haben erlauben und erhoffen lassen. Uns bekümmert um materielle Sorgen dienen wir einer hohen und edlen sozialen Arbeit, leben wir der ärztlichen Wissenschaft viel mehr, als es sonst dem praktischen Kerzte möglich ist, und erfreuen uns eines kollegialen Zusammenwirkens und -lebens, wie es in gleicher Angehörigkeit in unserm Stande selten zu finden ist.

Das ist gewiß: Wären im Reiche nur einigermaßen wahre Nachrichten über die hiesigen Verhältnisse bekannt gewesen, das Angebot der Kerzte würde das Bedürfnis der Orts-Krankenkasse bei weitem übertroffen haben.“

Am 5. April beschäftigte sich die Generalversammlung der Ortskasse der Reibelpolierer zu Berlin mit der Kerzefrage und legte

Die wasserwirtschaftlichen Vorlagen in Preußen.

Dem Hause der Abgeordneten sind fünf Gesetzentwürfe zugegangen, von denen sich vier mit Vorstudien beschäftigen, die fünfte sich auf Schiffahrtsanlagen bezieht.

Durch einen Gesetzentwurf betreffend die Verminderung von Hochwassergefahren und die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, Havel und Spree wird die Staatsregierung ermächtigt, zur Verringerung des Staates nachfolgende Beiträge zu verwenden:

- 1. Zur Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder bis zu 41 885 800 M.
- 2. Zur Verbesserung der Vorflut- und Schiffahrtsverhältnisse in der unteren Havel bis zu 9 835 000 M.
- 3. Zum Ausbau der Spree bis zu 9 119 200 M.
- Zusammen bis zu 60 820 000 M.

Mit der Ausführung der unter 1. vorgesehenen Arbeiten in der unteren Oder ist nur dann vorgehen, wenn die Provinzen Brandenburg und Pommern sowie die zu bildenden Reichsverbände in rechtsverbindlicher Form die (im Gesetzentwurf bezeichneten) Verpflichtungen zu den dafür angelegten Kosten übernehmen, und zwar: 1. die Provinzen Brandenburg und Pommern zu den Baukosten bis zu 5 111 000 M. zusammen beizutragen, 2. die Reichsverbände a) für etwaige aus der Bauausführung den Grundeigentümern entstehende Wirtschaftsverhältnisse aufzulassen, b) einen Baukostenanteil bis zu 4 109 000 M. jährlich mit 3 Proz. zu verzinsen und mit 1/2 Proz. und den erwarteten Zinsbeträgen zu tilgen, c) die Deiche mit den zugehörigen Anlagen zu übernehmen und zu unterhalten.

Die Reichsverbände des Ober- und Nieder-Oderbruchs haben für die staatsseitige Übernahme der Unterhaltung des Vorflutkanals Hohenhaathen-Stülzow-Schwedt eine Abfindung von 300 000 M. an die Staatskasse zu entrichten, und zwar das Deichamt des Ober-Oderbruchs eine solche von 10 000 und das des Nieder-Oderbruchs 290 000 M., die erstere ist in einer Summe, die letztere in fünfzehn Jahresraten zahlbar.

Zu den Baukosten der unter 2. bezeichneten Verbesserung der Vorflut- und Schiffahrtsverhältnisse in der unteren Havel, abzüglich des auf die Schiffahrtsverbesserung entfallenden und vom Staate ganz zu übernehmenden Anteils, tragen die Provinzen Brandenburg und Sachsen ein Fünftel bis zu 1 555 000 M. bei, und zwar Brandenburg mit 85 Proz. und Sachsen mit 15 Proz.

Zu den Baukosten des unter 3. bezeichneten Ausbaues der Spree, abzüglich des auf die Schiffahrtsverbesserung entfallenden und vom Staate ganz zu übernehmenden Anteils, tragen die Provinzen Brandenburg und Schlesien ein Fünftel bis zu 1 820 800 M. bei, wobei 39 000 M. von Schlesien und der Rest von Brandenburg aufzubringen sind.

Mit den Bauausführungen ist nur dann vorgehen, wenn die (im Gesetzentwurf bezeichneten) Vorflutanlagen gesetzlich geregelt sind.

In der Begründung zum Gesetzentwurf wird darauf verwiesen, daß die Arbeiten hauptsächlich zur Verminderung der Hochwassergefahren und Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, Spree und Havel dienen sollen. Es sollen durch eine völlige Umgestaltung der unteren Oder die von Natur ungünstigen Abflussverhältnisse der unterhalb Hohenhaathen gelegenen Niederung in hervorragender Weise verbessert werden. Abweichend von dem früheren Pläne wird neben der Ost-Ober, die später hauptsächlich dem Schiffahrtsverkehr zwischen Stettin einerseits und der Warthe nebst der oberen Oder andererseits dienen soll, der Oberbruchvorfluter von Hohenhaathen bis Friedrichsthal im Anschluß an die West-Ober als Schiffahrtsweg zwischen Stettin und Berlin für 600 Tonnentonne ausgebaut werden.

Die auf 60 820 000 M. veranschlagten Ausgaben des Staates sollen ohne Bürgschaft geleistet werden, ausgenommen 4 100 000 M., die von den künftigen Reichsverbänden an der unteren Oder zu verzinsen und zu tilgen sind.

II. „Gesetzentwurf betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Brandenburg und im Havelgebiete der Provinz Sachsen.“

Diese Vorlage behandelt nicht nur die untere Havel und die Spree, sondern auch die brandenburgischen Strecken der Lausitzer Neiße und des Bobers. Zu den Kosten des Ausbaues in Brandenburg werden im § 80 des Gesetzentwurfs Staatsmittel bis zur Höhe von 1 864 000 M. — 1/2 der Baukosten ausgesetzt, während das letzte Fünftel bis zu 468 000 M. von der Provinz Brandenburg beizutragen ist. Von dem Gesamtkostenbetrage von 2 332 000 M. entfallen auf die Lausitzer Neiße 990 000 M. (20 000 M. davon auf die schiffbare Strecke), auf den Bober 1 340 000 M. (710 000 M. davon auf die schiffbare Strecke).

Sodann werden der Ausbau und die Unterhaltung der genannten beiden Flüsse und der Spree, soweit sie nicht schiffbar sind, ferner der neuen Vorflutkanal im Gebiete der unteren Havel im Anschluß an die Grundsätze des schlesischen Hochwasserschutzgesetzes geregelt.

Der Ausbau erfolgt durch die beteiligten Provinzialverbände als Bauherrn. Jedoch übernimmt der Staat die Bauausführung für deren Rechnung. Die künftige dauernde Unterhaltung der Wasserläufe und Anlagen übernehmen gleichfalls die Provinzialverbände. Es soll die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Wege der Kommunalbesteuerung diejenigen Kreise, Gemeinden und Interessenten, die von der Unterhaltung Vorteil haben, zu den Lasten in entsprechender Weise heranzuziehen.

III. In engem Zusammenhang mit dem ersteren Gesetzentwurf steht ferner der Gesetzentwurf betreffend Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder.

Beide Gesetzentwürfe bezwecken eine Verbesserung der Vorflutverhältnisse in der Oder herbeizuführen. Der für die obere und mittlere Oder ausgearbeitete Gesetzentwurf soll vornehmlich die Handhabe zur Durchführung aller derartigen Maßnahmen bieten, welche zur möglichen Verhütung künftiger Hochwasserkatastrophen als technisch notwendig anerkannt sind. Dem Oberpräsidenten von Schlesien wird nach verschiedenen Richtungen hin die Befugnis einer über die Grenzen der Provinz Schlesien hinausgehenden Einwirkung auf die geplanten Maßnahmen und ihre Durchführung beigelegt. Den durch die angeordneten Maßnahmen betroffenen Grundeigentümern wird in einfacheren Fällen Entschädigung in Geld, in bewidelteren Fällen im Wege eines von der Generalkommission zu leitenden Umlegungsverfahrens Entschädigung in Land gewährt.

Für die Ausführung der erforderlichen Mittel ist der Grundsatz maßgebend, daß die Kosten von demjenigen zu tragen sind, welcher den Vorteil an den auszuführenden Arbeiten hat. Die Verteilung der auf öffentliche Mittel entfallenden Kosten und Beiträge zwischen Staat und Provinz erfolgt in derselben Weise, wie nach dem schlesischen Hochwasserschutz-Gesetz vom 8. Juli 1900 im Verhältnis von 2/3 zu 1/3. Die Gesamtkosten des Planes dürfen den Betrag von 60 000 000 M. nicht übersteigen.

Wegen der Beteiligung der Provinzen Brandenburg und Schlesien an den Kosten, welche durch die Ausführung der geplanten Arbeiten entstehen, hat der Entwurf den Provinziallandtagen beider Provinzen zur Herüberlegung vorgelegt. Beide Provinziallandtage haben ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Gesetzentwurf ausgesprochen.

Im die Einbringung dieses wichtigen Gesetzentwurfes nicht zu verzögern und die zusammengehörigen wasserwirtschaftlichen Vorlagen dem Landtage einheitlich zur Beschlußfassung unterbreiten zu können, war die königliche Ermächtigung zur Vorlegung des Entwurfes bereits vor dem Zusammentritt des schlesischen Provinziallandtages erwirkt worden. Eine abschließende nochmalige Beratung des Entwurfes durch die Staatsregierung unter Berücksichtigung der von den Provinziallandtagen von Brandenburg und Schlesien gefaßten Beschlüsse war nach Lage der Verhältnisse vor der Einbringung der Vorlage an den Landtag der Monarchie nicht mehr zu ermöglichen. Jedoch wird die Staatsregierung bei den Verhandlungen über das Gesetz im Landtage Gelegenheit haben, zu jenen Anträgen Stellung zu nehmen.

IV. Gesetzentwurf betreffend die Freihaltung des Ueberschwemmungsgebietes der Wasserläufe.

Dieser Entwurf enthält Bestimmungen zur Freihaltung aller dem Hochwasserabfluß schädlicher Veranstaltungen aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Wasserläufe und aus den Wasserläufen selbst. Zur Verhinderung dauernder Einschränkungen des Ueberschwemmungsgebietes ist eine Erweiterung des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848 dahin vorgeschlagen, daß in Zukunft alle Erhöhungen der Erdoberfläche und alle über die Erdoberfläche hinausragenden Anlagen vom Bezirksausschuß genehmigt werden müssen, während zur Zeit nach maßgebenden Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts gefährliche Abfluhüberbarnisse, wie z. B. Gebäude und Pflanzungen, dieser Genehmigung nicht bedürfen und nur von der Ortspolizeibehörde unter Umständen verhindert werden können.

V. Gesetzentwurf betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen.

Der § 1 sieht folgende Ausführungen vor: 1. für Herstellung eines Schiffahrtskanals vom Rhein nach Hannover und zwar für a) einen Schiffahrtskanal vom Rhein in der Gegend von Ruhrort bis zum Dortmund-Ems-Kanal in der Gegend von Herne (Dortmund-Rhein-Kanal), einschließlich eines Lippe-Seitenkanals von Datteln nach Hamm 70 500 000 M., b) verschiedene Ergänzungsbauten am Dortmund-Ems-Kanal in der Strecke von Dortmund bis Bevergern 6 130 000 M., c) einen Schiffahrtskanal vom Dortmund-Ems-Kanal in der Gegend von Bevergern nach Hannover mit Zweigkanälen nach Osnabrück, Minden und Lünen, einschließlich der Kanalisierung der Weser von Minden bis Hameln oder der Herstellung von Staubecken an Stelle dieser Kanalisierung 120 500 000 M., zusammen für den Kanal vom Rhein nach Hannover 197 130 000 M., 2. für Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin (Wasserstraße Berlin-Hohenhaathen) 43 000 000 M., 3. für Verbesserung der Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel sowie der Schiffahrtsstraße der Warthe von der Mündung der Regen bis Posen 21 175 000 M., 4. für die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Glager Neiße bis Breslau sowie zu Versuchsbauten für die Strecke von Breslau bis Järstenberg a. O. 18 950 000 M., zusammen 280 275 000 M. In den folgenden Paragraphen wird die Ausführung davon abhängig gemacht, daß die beteiligten Provinzen oder andere öffentliche Verbände der Staatsregierung gegenüber bis zum 1. Juli 1906 in rechtsverbindlicher Form bestimmte Verpflichtungen übernehmen. Erstens sollen die Beteiligten für den durch Schiffahrtsabgaben und sonstige laufende Einnahmen des betreffenden Unternehmens etwa nicht gedeckten Fehlbetrag der abzüglich entstehenden gesamten Betriebs- und Unterhaltungskosten bis zu einem bestimmten Betrage auskommen. Ferner sollen die Beteiligten sich verpflichten, anteilig für die dreiprozentige Verzinsung von einem Drittel des veranschlagten Baukapitals der Staunanlagen und von der Hälfte des veranschlagten Baukapitals der Zweigkanäle sowie vom sechszehnten Betriebsjahre ab für die Abschreibung dieser Anteile mit 1/2 Prozent jährlich nebst den erwarteten Zinsen aus eigenen Mitteln einzutreten, soweit die laufenden Einnahmen des Unternehmens nach Abzug der wirklich entstandenen Betriebs- und Unterhaltungskosten zur Verzinsung und Tilgung des gesamten thatsächlich verausgabten Baukapitals mit zusammen 3/2 Prozent nicht ausreichen. Die so von den Beteiligten zu verzinsenden und zu amortisierenden Baukostenanteile sind für die vorbezichneten fünf verschiedenen Unternehmen auf 23 500 000 M., 43 950 000 M., 14 500 000 M., 6 300 000 M. und 5 100 000 M. normiert. Die Behandlung der Interessentenbeiträge, Verwendungen der Ueberschüsse usw. wird in dem Entwurf im einzelnen noch näher geregelt. Ingesamt beträgt die Inanspruchnahme der Interessenten an jährlich zu gewährleistenden Einnahmen für Unterhaltungskosten . . . 2 068 500 M., Verzinsung und Tilgung . . . 3 297 250 M., zusammen 6 235 750 M. gegenüber einer Gesamtbelastung des Staates mit jährlich 6 608 975 M.

Die westlich von Hannover geplanten Anlagen und der Berlin-Stettiner Kanal für 600-Tonnenkisten sollen annähernd in den Abmessungen des Dortmund-Ems-Kanals, die an der Oder und östlich davon vorgesehenen Bauten dagegen für 400-Tonnenkisten ungefähr mit den Mäßen des Oder-Spree-Kanals zur Ausführung gelangen. Bei der Inangriffnahme und Durchführung der Arbeiten wird die Staatsregierung — so heißt es in der Begründung — der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Anzahl der zur Verfügung stehenden technischen Kräfte und der Leistungsfähigkeit der zur Ausführung heranzuziehenden Baunternehmer Rechnung tragen sowie darauf Rücksicht nehmen, daß der landwirtschaftlich möglichst wenig Arbeitskräfte entzogen werden. Ueber die Frage der Schiffahrtsabgaben wird in der Begründung gesagt:

„Die Staatsregierung hat das Bestreben, auf den in diesem Gesetzentwurf behandelten Schiffahrtsstraßen innerhalb der durch die Reichsverfassung gegebenen Grenzen Abgaben zu erheben, welche die Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie die Zinsen und Tilgungsbeträge des Anlagekapitals decken. Dabei wird die Staatsregierung bemüht sein, durch die Festsetzung der Abgaben die inländische Erzeugung thunlichst zu fördern. Die Regierung hat das Abgabensystem auf den östlichen preussischen Wasserstraßen neu geregelt, dabei die wirkliche Ladung an Stelle der Tragfähigkeit zu Grunde gelegt und statt der früher meist vorhandenen zwei Güterklassen deren vier eingeführt. Im allgemeinen wird dabei beachtet, die Abgaben auf den westlichen Kanälen höher, auf den östlichen niedriger zu bemessen. Beim Dortmund-Rhein-Kanal sind bei den Verkehrsermittlungen drei Güterklassen mit 2, 1,5 und 1 Pf. Abgabe für 1 Tonnenkilometer wirklicher Ladung angenommen, beim Kanal Bevergern-Hannover ebenfalls drei Klassen mit 1, 0,75 und 0,5 Pfennig/Tonnenkilometer Abgabe, auf der kanalisierten Weser ebenfalls drei Klassen mit 0,75, 0,5 und 0,25 Pfennig/Tonnenkilometer Abgabe. Bei den Verkehrsermittlungen und Ertragsberechnungen für die Wasserstraße Berlin-Hohenhaathen, für die Wasserstraße Oder-Weichsel auf der Strecke von der Dragenmündung bis Weahmünde und für die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Glager Neiße bis Breslau sind die im Osten der Monarchie bestehenden vier Güterklassen beizubehalten, und die Abgaben bei den beiden ersehenannten Wasserstraßen zu 0,5, bezw. 0,5, 0,4, 0,3 Pf. für 1 Tonnenkilometer wirklicher Ladung, bei der kanalisierten Oder zu 4 bezw. 3, 2, 1 Pf. für 1 Tonne wirklicher Ladung und jede Schlußklasse bemessen. Die auf der Oder einzuführende Abgabe

beträgt, auf 1 Tonnenkilometer berechnet, etwa 0,63 bezw. 0,47, 0,32, 0,16 Pf. Holz auf der Oder-Weichsel-Wasserstraße und der den alten Havelkanal verbleibende Verkehr sollen unverändert die bisher dafür festgesetzte Abgabe bezahlen.“

Der Begründung sind sechs Denkschriften beigegeben. Die Denkschrift betreffend die Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin (Wasserstraße Berlin-Hohenhaathen) giebt eine Beschreibung des geplanten Großschiffahrtsweges, erörtert seine wirtschaftliche Bedeutung in Bezug auf Industrie, Handel und Verkehr, auf die Landwirtschaft und Fischerei, sowie auf das Schiffergewerbe, würdigt die Wasserstraße nach ihrer finanziellen Seite hin und bespricht zum Schluß die Gründe, die die Staatsregierung veranlassen haben, dem vorliegenden Projekte vor der sogenannten Ost-Linie den Vorrang zu geben.

Nach der Denkschrift, betreffend den Einfluß der Wasserstraßen auf die An siedelung der Industrie und deren Decentralisierung, sind Ermittlungen angestellt worden, in welchem Umfange die norddeutschen Wasserstraßen in besonderen Fällen auf die An siedelung einzelner Industriezweige eine Anziehungskraft ausüben und dadurch zur territorialen Verteilung industrieller Anlagen mitgewirkt haben. Demgemäß wird in 18 textlich erläuterten Tabellen als Anlagen zur Denkschrift an einer Reihe von Wasserstraßen darzustellen versucht, wie an ihnen die industrielle Entwicklung in neuester Zeit und vor etwa zwanzig Jahren sich betätigt hat. Besonderer Wert wird hierbei der Verantwortung folgender Fragen beigemessen:

- a) Welche Gründe sind für die Ansiedelung der betreffenden Betriebe an der Wasserstraße als ausschlaggebend anzusehen?
 - b) Welche Bedeutung ist den fraglichen Betrieben im Vergleich zu den übrigen nicht an oder in der Nähe der Wasserstraßen gelegenen gleichartigen Unternehmungen der Umgebung beizulegen?
 - c) Hat die Wasserstraße durch Verrbilligung der Beförderungskosten neue, mit der Gewinnung bisher wertvoller Bodenerzeugnisse sich befassende Unternehmungen hervorgerufen?
 - d) Zu wieviel hat die Ansiedelung der Betriebe an der Wasserstraße dazu beigetragen, eine Mehrung der durch allzu große Menschenansammlungen in den großen Industriezentren verursachten sozialen Mißstände zu verhüten?
- Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die schiffbaren Wasserstraßen im Zusammenwirken mit den Eisenbahnen auf die Industrie eine besondere Anziehungskraft ausüben, und zwar in höherem Grade als die Eisenbahnen allein es gethan haben. Die Wasserstraßen erscheinen daher sehr geeignet, decentralisierend zu wirken und die großen, in den Kohlenrevieren zusammengebrängten Industriebezirke zu entlasten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Heute, Mittwochsabend, halten die Wahlvereine aller Berliner Wahlkreise in den bekannten Lokalen ihre Zahlende ab.

An die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises! Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, finden in allen bekannten Lokalen die Zahlende des Wahlvereins statt. An demselben Tage werden die neuen Mitgliedsbücher an die Mitglieder, welche noch nicht im Besitz der Bücher sind, ausgegeben. Die Zahlstellen sind aufgehoben und bestehen nur noch als Stellvertreter. Der Beitrag wird von den Bezirksführern kassiert; alle Mitglieder, die den Monat März bezahlt haben, erhalten neue Bücher. Die Mitglieder, die ihrer Zahlungspflicht schon im voraus nachgekommen sind, haben darauf zu achten, daß bis zu dem bezahlten Monat Marken nicht gelöst, wohl aber abgestempelt werden. Für diejenigen, die restierende Beiträge inklusive Februar zu zahlen haben, wird in den alten Büchern gelöst. Neu aufgenommenen Mitgliedern wird das Mitgliedsbuch durch den Bezirksführer zugestellt. Wir erwarten, daß alle Mitglieder in den Zahlabenden erscheinen.

Groß-Lichterfelde-Pankwitz. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im Richerschen Saale, Chausseestr. 104, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Ist Religion Privatsache?“ statt. Das einleitende Referat hält Reichstags-Abgeordneter Genosse E. D. Weinstein. Zu dieser Versammlung sind auf ihren Wunsch brieflich eingeladen: die Herren Prof. Dr. Pfeleiderer, Pastor Rusch, Pastor Stolte, Schriftsteller Komemann und Graf Goensbroech. Die Parteigenossen werden ersucht, für den Besuch dieser Versammlung, die p a n t i k l i c h e r ö f f n e t w i r d, eifrig zu agitieren. Die Vereinsversammlung am Mittwoch fällt aus.

Britz. Am Freitag findet bei Weniger, Werderstr. 27, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag, Bericht des Vorstandes.

Keinitzendorf. Bei Franke in der Eichhornstraße findet heute abend die Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen: Vortrag, Raifeier, Veisigerwahl.

Lokales.

Amerikafahrt der deutschen Wissenschaft. Gegenwärtig verteilen fünf deutsche Professoren in Nordamerika, wo sie besonders in Chicago als Ehrengäste der Universität einer außerordentlichen Ehreung an den Tagen vom 20. bis 24. März teilhaftig wurden. Es wird uns von dort geschrieben: „Am ersten Abend gab es ein solennes Fests in der großen Aula der Universität vor 5000 Personen zur Verherrlichung des Deutschlands und seiner Wissenschaft. Die deutschen Gesang- und Turnvereine produzierten sich dabei. Ein Mitglied des Arbeiter-Turnvereins „Vorwärts“, Karl Reuburger, wünschte dem Vertreter der Berliner Universität, dem Professor Dr. Josef Kohler, der in der Amtstracht des Delans der juristischen Fakultät anwesend war, als Landsmann aus Offenburg (Baden) vorgestellt zu werden, um den berühmten Sohn seines ehemaligen Volksschul-Oberlehrers Kohler persönlich begrüßen zu können. Auf dem Podium des Auditoriums gab es nun eine rührende Scene, welche von der „Uhl. Abendpost“ also geschildert wird: „Professor Kohler sank dem Arbeiter an die Brust, küßte ihn herzlich ab, wobei ihm die Thränen aus den Augen quollten und nahm dann, von Mühsung übermüht und vergeblich nach Worten ringend, wieder auf seinem Stuhle Platz.“ — Ein englisches Blatt sagt: „Kissing him on the cheek in Gorman fashion to the astonishment of the American scholars.“ (Zum Erlösamen der amerikanischen Studenten küßte der Professor dem Arbeiter nach deutscher Weise die Wange ab.) Diese nicht-programmatische Verbrüderung von Arbeit und Wissenschaft war als Symbol wohl der ergreifendsten Augenblicke; sie gefiel offenbar besser als die offizielle Rede des Professors Verthold De l b e r u c k, der von den demokratischen Einrichtungen Deutschlands sprach und zu diesen neben dem Wahlfest und der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung auch die demokratische Heeres-Einrichtung zählte, welche „der Gefahr der Trennung in eine untere und obere Gesellschaftsklasse dadurch am besten vorbeugt, daß der Sohn eines Millionärs und der eines Bauers durch dieselbe herbe Schule gehen müssen. Bei uns ist der Staat der Produzent von Menschengut. . . Wir sind nicht geneigt, auf andre Nationen herabzusehen, denken aber auch nicht daran, ein

Volk als über und stehend anzuerkennen.“ Professor Köhler brachte am 24. März bei einem Bankett der Badener ein Hoch auf den Präsidenten der Republik und den deutschen Kaiser, die Förderer der Kunst und Wissenschaft, aus. Die deutschen Professoren reden in allen Sprachen und Tonarten und können selbst beweisen, daß in Deutschland die Demokratie oben auf ist.

Von der „socialdemokratischen Nebenregierung“.

Wie weit der Größenwahn innerhalb der Socialdemokratie bereits gestiegen sei, das ergebe sich, so schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg, aus der vom „Vorwärts“ veröffentlichten Schilderung eines Vorkommnisses in der städtischen Irrenanstalt Dalldorf, der Vererbung eines dort verstorbenen Irren, von dessen Tod die Witwe nicht rechtzeitig Kenntnis erhalten hatte. Wir hatten nämlich festgestellt, warum die vom Anstaltsbureau abgeordnete Todesnachricht als unbestellbar nach Dalldorf zurückgegangen war. „Unsre Nachforschungen im Briefträgerzimmer des Postamts haben“, so schreiben wir, „nicht ergeben, ob einen Briefträger die Schuld trifft.“ Hieran knüpfen die „Berliner Polit. Nachrichten“ die Bemerkung: „Also, die „Genossen“, die in der Redaktion des „Vorwärts“ vereint sind, etablieren sich als Nebenregierung und stellen durch Recherchen innerhalb der Beamtenschaft fest, ob einen Beamten eine Schuld trifft oder nicht. Nun, so weit sind wir ja noch nicht, daß über Schuld oder Unschuld von Beamten die Socialdemokratie entscheidet, jedoch läßt es sich verhindern, daß seitens der letzteren in Briefträgerzimmern von Postämtern Recherchen angestellt werden. Wahrscheinlich beruht die Darstellung des „Vorwärts“ wieder einmal auf Klunkererei und ist nur darauf berechnet, der Menge die Vorstellung beizubringen, als sei bereits die socialdemokratische Nebenregierung etabliert.“

Herr Schweinburg weih offenbar nicht, daß zum Briefträgerzimmer jedermann Zutritt hat, der einen Briefträger zu sprechen wünscht, um nach einem nichtbestelltem Briefe zu forschen. Wir hatten übrigens die Vorsicht gebraucht, uns vorher von der Witwe ausdrückliche Ermächtigung zu unsrer Nachforschungen geben zu lassen, so daß wir in ihrem Auftrage handelten.

Man wird über das Schredgespenst der „socialdemokratischen Nebenregierung“, die Herr Schweinburg da etabliert hat, um geräusch zu machen, wahrscheinlich gerade in postpolitischen Kreisen am lautesten lächen.

Die Armenverwaltung verhandelte in ihrer letzten Sitzung auch über die vom Stadt. H. i. n. g. e. bei der Erörterung vorgebrachten Beschwerden, die darin gipfelte, daß in manchen Fällen zu geringe Unterstreichungen gezahlt seien. Zur Prüfung der Beschwerden wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt, der auch Genosse Antrick angehört. Mit der Armen-Speisungsanstalt soll erneuert verhandelt werden, um das gegenseitige Verhältnis mehr zur Klarung zu bringen und der Armenverwaltung einen größeren Einfluß zu sichern. Auch hierzu wurde eine Kommission ernannt. — Ferner wurde beschlossen, die Sitzungen der Direktion um 10 Uhr statt wie bisher um 11 beginnen zu lassen.

Gegen die Ueberfüllung des Siechenhauses und des Friedrich-Wilhelms-Hospitals soll nun endlich eingeschritten werden. In seiner gestrigen Sitzung hat das Kuratorium der beiden Anstalten beschlossen, fünf Baracken errichten zu lassen, und zwar sollen davon drei in der Ballfadenstraße und zwei in der Gröbelsstraße zu stehen kommen. Im ganzen bieten diese Baracken 90 Personen Platz. Soffentlich wird dieser Beschluß schnellmöglich ausgeführt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu beschäftigen:

Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbefoldeten Gemeindebeamten. — Vorlagen, betreffend die Uebernahme der Grundstücks- und Entwässerungspolizei durch die Stadtgemeinde. — Die Vermehrung des städtischen Grundstücks am Süder 14/15 an die Elektrizitätswerke. — Den Nachtrag zur Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerb von Grundstücken im Bezirk der Stadt Berlin. — Die Vermehrung der Zahl der Mitglieder der Verkehrsdeputation. — Die Nachzahlung von Krankenkassenbeiträgen für die an den städtischen Schulen beschäftigten Reinmachefrauen an die Vertriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin. — Die Ausführung einer systematischen Untersuchung des Spreewassers innerhalb der Weichbildgrenzen. — Berichterstatter über die Vorlage, betreffend die Erwerbung eines Schulgrundstücks an der neuprojektierten, die Senefelderstraße schneidenden Straße. — Vorlage betreffend: die Annahme des für die städtische Blindenanstalt bestimmten Vermögens der verstorbenen Witwe Auguste Euffert, geb. Schiff. — Die Abänderung des Stadtverordneten-Beschlusses vom 24. Mai 1831 in Bezug auf die Aufnahme von Grundstücken in die städtische Feuerocietat. — Die Einführung des Milleniumlichtes auf dem alten Schlachthofe und in der Rindermarkthalle. — Die Uebernahme der Badeanstalten des Berliner Vereins für Volkbäder seitens der Stadtgemeinde. — Berichterstatter über die Vorlage betreffend die Anzahl der in Rechnungsjahre 1904 neu- und umzupflasternden Straßen und Plätze. — Die Entziehung einer Fläche des alten Dreifaltigkeit-Kirchhofs am Potsdamer Platz. — Den Etat für das Nikolaus-Bürger-Hospital und die von demselben verwalteten Guitav und Emilie Lipp-Stiftung für das Etatsjahr 1904—1906. — Die Bewilligung von Ehrenpreisen für die Hochausstellung des Verbandes deutscher Kempnerinnen. — Die Uebernahme des ehemaligen Schweinemarkt-Grundstücks in Rummelsburg in den unmittelbaren Kämmereibesitz und die Veräußerung eines Teils dieses Grundstücks an die Landgemeinde Rummelsburg. — Die erfolgte Bauabnahme der neuen Turnhalle für die 89. Gemeindschule, M. Franzfurterstr. 6 — und den Erwerb des zur Freilegung der Straße 62 b, X 2, noch erforderlichen eisenbahnstaatlichen Geländes. — Berichterstatter betreffend Wahl eines Bürgerdeputierten für die Schuldeputation, von zwei Stadtverordneten für das Kuratorium der Jagor-Stiftung, und eines Bürgerdeputierten für das Kuratorium der Handwerker-Schulen und der Wangelerschulen.

Eine zweite Gruppe von Schulbaracken wird jetzt auf einem der Stadt gehörenden Grundstück der Bremerstraße in Moabit errichtet. Sie wird kleiner sein als die erste Schulbaracken-Gruppe, die in der Nähe des Friedrichshains auf einem städtischen Grundstück der Dübenerstraße errichtet wurde und seit dem Spätherbst 1903 in Benutzung ist. In den acht Baracken an der Dübenerstraße sind 16 Gemeindschulklassen untergebracht, die sechs Baracken an der Bremerstraße werden Raum für 12 Klassen bieten. Die Arbeiten sind eben erst in Angriff genommen worden, sie sollen aber so rasch gefördert werden, daß sie Ende April oder Anfang Mai beendet sein können.

Unfallversicherung im städtischen Regiebetriebe. Im Jahre 1902 wurden nach dem sechsten erschienenen Verwaltungsbericht des Magistrats im Regiebetriebe der Stadtgemeinde Berlin durchschnittlich 509 versicherungspflichtige Personen beschäftigt. Davon erlitten 13 Personen Unfälle. Von diesen nahmen 6 Personen nach kurzer Zeit die Arbeit wieder auf. Bei 3 Verletzten wurde der Rentenanspruch abgelehnt, während die übrigen 4 Unfallrenten erhielten. — Es bezogen im Berichtsjahre im ganzen 27 Personen Unfallrenten im Gesamtbetrag von 7407,60 M. Außerdem wurden noch gezahlt: an Kosten des Heilverfahrens 152 M.; an Verpflegungskosten für einen im Krankenhaus verpflegten Verletzten 45 M.; für ärztliche Untersuchungen und Gutachten 62,20 M. und an Schiedsgerichtskosten 114,05 M. Von letzterer Summe konnten aber 110 M. für verkauften Inventar bei Auflösung des Schiedsgerichts nach Aufgabe des Gesetzes vom 5. Juni 1900, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze in

Abzug gebracht werden, so daß nur 4,50 Mark als Anteil der Stadtgemeinde zu den Kosten der Unterhaltung des Schiedsgerichts verbleiben. Demnach betragen die Kosten der Unfallversicherung im Jahre 1902 insgesamt 7670,75 M. — Berufungsfähige Verleihe wurden 12 erteilt. Von vier Personen wurde gegen den ihnen erteilten Bescheid Berufung eingelegt und von einer Person gegen das Urteil des Schiedsgerichts der Rekurs. Die vier Berufungen wurden noch im Berichtsjahre durch Urteil des Schiedsgerichts erledigt, während das Rekurs-Verfahren erst im darauffolgenden Jahre über den Rekurs entschieden.

Der Neubau des Rudolf-Birchow-Krankenhauses, der größten Krankenanstalt des Kontinents, geht seiner Vollenbung entgegen. Die Anstalt besteht in der Hauptsache aus dem Hauptgebäude, das im Rohbau vollendet ist, und aus 21 Baracken, einem Gebäude für männliche Geschlechtsranke und einem Gebäude für weibliche Geschlechtsranke, sowie einem Leichenhause, einer Waschlüche, einer Wäschküche, ferner einem Kessel- und Maschinenhause mit Wasserturm, einem großen Dampfschornstein mit Feuerungsanlagen, Dampfdruckfrang-Kanal, maschinellen Anlagen für Heizung, Beleuchtung usw. Am Hauptgebäude, dem Thorgebäude, den Aufnahmesälen und den Treppenhäusern ist der äußere Fassadenputz fertig und mit der inneren Einrichtung begonnen worden. Die Baracken werden mit Mobiliar ausgestattet. Die Fenster sind verglast und die Heizungsanlagen fertiggestellt. Der innere Ausbau der Baracken hat große Fortschritte gemacht. Die beiden Geschlechtskrankenhäuser sind ebenfalls im Rohbau vollständig fertig und die Fassaden geputz. Der innere Ausbau ist im Gange. Das Leichenhaus ist im Rohbau fertig, auch die Kochanlage ist im Rohbau vollendet, ebenso die Wäschküche, so daß mit dem Ausbau begonnen werden konnte. Die große Kesselhalle mit den Kesselfundamenten sowie die Kesselneben- und ihre Fertigstellung im Laufe der nächsten Monate entgegen. Von den maschinellen Anlagen sind seither acht Doppelsessel aufgestellt, an der Einrichtung wird tüchtig gearbeitet. Die Futtermauer und die Dungsgrube sind vollendet. An den Schornsteinen ist nur noch wenig zu machen. Die Terrainregulierung der Benutzungsanlage und der Rundstrang sind fertig. Die Anpflanzungen haben bedeutende Fortschritte gemacht, so daß, da auch die Beamtendwöhlhäuser in der Ausführung begriffen sind und die Spottsele mit dem Werkstattegelände ihrer Vollenbung entgegengehen, die Vollenbung der Anstalt sicher im nächsten Jahre zu erwarten ist.

Stadt und Pöktel. Im Jahre 1901 verlangte der Eisenbahnsiskus für die Abtretung von zwei kleinen Flächen Landes an der ehemaligen Stettiner Eisenbahn in der Nähe der Hochstraße (Gesundbrunnen) 20 M. pro Quadratmeter. Der Abschluß verzögerte sich damals, weil sich die Verhandlungen mit den Ausbolschigen Erben in die Länge zogen. Nachdem diese beendet sind, verlangt der Pöktel statt 20 M. nunmehr 45 M. pro Quadratmeter d. h. mehr als das Doppelte des früheren Preises. Der Magistrat muß diesen Preis bewilligen, weil die Flächen zur Freilegung der Straße nach dem Brunnensplatz gebraucht werden. Die Stadtverordneten-Versammlung ist ersucht worden, dem Ankauf der beiden Flächen, die jetzt über 30 000 M. kosten, zuzustimmen.

Das jüdische Krankenhaus in der Auguststraße entspricht schon längst nicht mehr den polizeilichen Anforderungen und die Behörde hat unter Androhung einer Schließung des Krankenhauses dessen Umbau gefordert. Besonders beanstandet wird, daß das ausgebehnte Hauptgebäude nur einen Ausgang besitzt. Die Angelegenheit wurde in der letzten Sitzung der Repräsentanten-Versammlung zur Sprache gebracht und es dürfte mit dem Umbau des Krankenhauses baldigst begonnen werden.

Ungarischer Heiratschwindel. In hiesigen Blättern erscheint seit geraumer Zeit eine Heiratsanzeige, die in der Form zwar zuweilen verändert wird, aber im allgemeinen immer dem folgenden Schema ähnlich sieht:

Heiratsantrag!

Eine Freundin, die auf diesem Wege glücklich verheiratet ist, riet mir, da ich eine Waise, ohne jede verwandtschaftliche Stütze bin, diesen Weg einzuschlagen, vielleicht gelingt es mir, einen soliden, ehrenhaften Mann zu finden. Du Waise eines Industriellen, 26 Jahre alt, christlicher Religion, besitze 150 000 Mark Barvermögen. Ernste Reflektanten melden sich mit genauer Adresse unter „Oymen“, postlagernd Finne (Ungarn). Strengste Discretion versichere.

Als kürzlich ein junger Mann auf diese Anzeige hin seine Adresse einsandte, erhielt er folgende Zuschrift aus Budapest:

Begrußend Ihres Gesch. sub. Chiffre „Oymen“, postlagernd Finne, teile Ihnen mit, daß mir selbes seitens der Dame beabsichtigt Besorgung der nötigen Information und weiterer Intervention übermittelt wurde. Gleichzeitig erhielt ich die Versicherung, daß zwischen dem Eingelangen Ihrer zweiter Antrag entsprach. In der Voraussetzung, daß Sie Ihren Antrag vollkommen ernst stellen, diene zur gefl. Darnaachrichtung: Die Dame ist eine Waise, 26 Jahre alt, Christin, besitzt ein Barvermögen von 150 000 M. Ihre Vater war ein Industrieller (Maschinenfabrikant). Sie ist sehr hübsch, gebildet, häuslich erzogen, spricht perfekt deutsch. Die Dame hat deshalb bis heute noch nicht geheiratet, weil ihre Mutter, eine trantliche Dame, erst voriges Jahr gestorben ist und das Fräulein sich vorgenommen hat, ihrer Mutter eine aufopfernde Pflegerin zu sein und erst nach ihrem Ableben zu heiraten. Bei ihrem Zustunfingen legt das Fräulein kein Hauptgewicht auf Vermögen, sondern trachtet nur, einen charaktervollen und soliden Gatten zu bekommen. Insofern Sie auf meine Intervention reflektieren, bin ich gern bereit, Ihre Interessen zu vertreten und stelle folgende Bedingungen: 2 Proz. der erhaltenen Barmitgift, zahlbar 30 Tage nach der Hochzeit, nebst der Vorherwendung von 40 M. zur Dedung meiner auslaufenden Spefen, nach deren Erhalt ich Ihnen das Bild der Dame sofort überende und alles weitere zu Ihrer vollsten Zufriedenheit veranlassen werde. Indem ich Sie noch der strengsten Discretion versichere, erwarte Ihre umgehende werthe Antwort.

Godaachtend Satfker Milkä.

Wenn unter der halben Million Leser der drei großen Tagesblätter Berlins sich auch nur 15 Dumme finden, die die verlangten 40 M. opfern, so können 600 M. zusammen. Zweimaliges Infrerieren bringt 1200 M. bei außerordentlich geringen Aufkosten. Ein gutes Geschäft auf Kosten derer, die nicht alle werden.

Des Damenheims Ende. Die Wohnungsgenossenschaft „Damenheim“ hat, wie voranzusehen war, gestern den Konkurs angemeldet, weil nach der letzten Bilanz die Passiva die liquiden Mittel erheblich (ca. 150 000 M.) überstiegen. Die unglückliche Lage der Genossenschaft ist dadurch herbeigeführt worden, daß sie in dem Grundstück Marschstraße 4/5 einen zur Zeit noch durchaus unrentablen Besch hatte, der sehr bedeutende Zuschüsse verlangte. Trotzdem hätte die Sanierung der Genossenschaft voraussichtlich durchgeführt werden können, wenn nicht ein unerwarteter Zwischenfall sich ereignet hätte. Der frühere Aufsichtsrat hatte, wie wir seinerzeit berichteten, und wie ja auch im Prozeß gegen den ehemaligen Direktor Kurze zur Sprache kam, die Haftung für diejenigen 51 000 M. übernommen, die Kurze der Kasse des Damenheims für „andertwellige Zwecke“ entnommen hatte. Jetzt hat nun der frühere Aufsichtsrat erklärt, daß er sich nicht mehr für haftbar halte, und er hat die Genossenschaft wegen der 51 000 M. verklagt. Dadurch sind aber die Kapitalisten, die von neuem größere Summen der Genossenschaft zur Verfügung stellen wollten, in ihrem Vertrauen derart erschüttert worden, daß sie die Hergabe weiterer Geldmittel ablehnen.

Die erste Gebamme für Südwestafrika tritt in diesen Tagen ihre Ausreise nach dem neuesten deutschen Gebammendziel Windhoek an. Es ist dies eine Frau Keugebauer aus Dorf Hohenhagen bei Seegerfeld, welche vor kurzer Zeit ihre Prüfung in der Charité abgelegt hat. Frau K. lebte bisher in Windhoek, wofelbst ihr Mann als Stellmacher tätig ist. Da eine Gebamme für die Frauen der deutschen Kolonisten dortselbst fehlt, entschloß sich Frau K. auf Anraten des dortigen deutschen Arztes, nach Berlin zu fahren, um sich für den Beruf vorzubereiten.

Der Milchhändler Herr Wilhelm Thiele, Alexandrinerstr. 61, ersucht uns mitzuteilen, daß er mit dem im Gerichtsbericht genannten Herrn gleichen Namens nicht identisch ist.

Bei einem Holzdiebstahl wurden am Sonntag der Kürschnermeister S. mit seinem Gefellen J. auf dem Neubau des Hauses Friedeburgerstr. 1 abgefakt. Die beiden hatten in aller Ruhe Holz im Werte von 100 M. auf einem Handwagen verladen, waren bei dieser Arbeit jedoch von einem Umwohner abgefakt und der Polizei überliefert worden. Nach Feststellung ihrer Personalien wurden beide vorläufig entlassen.

Von Brettern verthüht wurde gestern nachmittag um 5 Uhr der 15 Jahre alte Fischerlehrling Ernst Lundershausen aus der Prinzenstraße 37. Als er mit noch zwei Lehrlingen einen Wagen entließ, indem er die Bretter von unten her herunterzog, rutschte ein Teil der Ladung nach und begrub ihn unter sich, nachdem er hingefallen war. Der Verunglückte zog sich einen Schlüsselbeinbruch und Quetschungen des rechten Oberarmes zu. Gejellen, die in der Nähe waren, befreiten ihn und liehen ihn mit einem Lächchen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen.

Eine Familien-Tragödie liegt allem Anscheine nach einem Leichenfunde zu Grunde, welcher am Sonntag im Tegeler See gemacht wurde. Dortselbst wurde gegenüber der Kolonie Zegelort die Leiche einer etwa fünfzigjährigen Frau an der Insel bei Reisdorfer angestrieben. In unmittelbarer Nähe der Fundstelle wurde der Körper eines 13 Jahre alten Knaben entdekt, welcher zweifellos der Sohn der erigenannten Frau, mit dieser gemeinsam den Tod gefunden hat. Auffällig ist es, daß bisher weder Frau noch Kind als vermisst gemeldet sind und fehlt somit jeglicher Anhalt über die Personalien der beiden Leichen.

Aus der Uebung. Zwei alte Einbrecher namens Karl Tillis und Max Zange kamen am Sonnabend zu gleicher Zeit aus dem Gefängnis, in dem sie lange Zeit zugebracht hatten. Kaum hatten sie die Kerkermauern hinter sich, da verabredeten sie auch schon, bei ihrem alten Gewerbe zu bleiben, und es zunächst einmal mit Schaufensterbrüchen zu versuchen. In Bisdorf erbeuteten sie gleich eine Anzahl Anzüge. Aber die lange Entzöhung hatte sie doch ungeschickt gemacht, und so kam es, daß sie gleich beim Verschärfen der ersten „Ware“ in Berlin von Kriminalbeamten ertwicht und wieder hinter Schloß und Riegel gebracht wurden.

Das Heimweh hat die 42 Jahre alte Schmiedefrau Luise Jermack geb. Vosse aus der Rostoderstr. 1 in den Tod getrieben. Jermack wohnte mit seiner Frau und einem achtjährigen Kinde früher in Rüstzin. Vor vier Wochen kam er nach Berlin und fand Arbeit bei Ludwig Loewe. Nur ließ er am 1. April Frau und Kind nachkommen und begog, nachdem er bis dahin eine Schlafstelle gehabt hatte, mit ihnen eine Wohnung in der Rostoderstraße. Frau Jermack sah sich in der Großstadt noch weniger heimlich als in Rüstzin, und sehnte sich nach ihrer Heimat in der Gegend von Westert zurück. Sie wurde schwermütig und erhängte sich gestern mit einer Schnur an der Thürhöl der Wohnung. Als ihr Mann zum Essen nach Hause kam, sie fand und abschchnitt, war sie schon tot.

Liegen gelassen hat gestern mittag ungefähr 1/2 Uhr in einem Straßenbahnwagen der Linie 51 der Sohn des Ueberbergerstr. 34 wohnenden Herrn R. Brill 10 Stünd Serbische Rente a 405 M. und 20 Couponbogen Deutsche 3 1/2 Proz. Staatsanleihe, eingewickelt in einer Frankfurter Zeitung. Mitteilungen über eventuellen Fund wolle man an obige Adresse gelangen lassen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Prenzlauerstr. 4 gerufen, weil hier in einer Kellerwohnung Betten, Möbel und Kleidungsstücke in Flammen standen. Die Gefahr konnte in kurzer Zeit beseitigt werden. Auch in der Barfisanerstr. 13 und in der Brunnenstr. 161 gab es abends Wohnungsbrände abzulösen, bei denen im wesentlichen ebenfalls Möbel, Decken und Kleidungsstücke beschädigt wurden. Vorher erfolgte ein Alarm nach der 127. Gemeindschule in der Panfilstr. 8, wo durch Ueberlocken von Teer auf dem Dache ein Brand entstanden war, der indes leicht unterdrückt werden konnte. Allerlei Gerangel und Verpackungsmaterial hatte etwas später in der Alten Schönhauserstr. 14/15 in einem Keller Feuer gefangen. Bald nach Mitternacht brannte es in der Dunderstr. 3. Außerordentlich tiefen in den letzten 24 Stunden noch von einigen anderen Stellen Alarmierungen ein, die jedoch auf ganz unbedeutende Anläufe zurückzuführen waren.

Ein schwerer Unglücksfall wurde gestern in der Friedenstraße durch das leichtfertige Fortwerfen von Obsttückchen herbeigeführt. Der 33jährige Invalide Herrmann, dessen rechtes Bein gelähmt ist, trat, als er die Friedenstraße passierte, auf ein Stück auf dem Bürgersteige liegende Apfelschale, glitt aus und fiel so unglücklich, daß er mit dem Hinterkopfe auf das Straßenspaster aufschlag. S. blieb, aus einer Kopfunde stark blutend, bestunmungslos liegen und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Er hatte, wie die Ärzte feststellten, eine Gehirnerschütterung erlitten. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Theater. In dem Volksstück „Das grobe Hemd“ von C. Karlowitz, das Freitag, den 16. d. M. im Schillertheater O. (Wallertheater) zum erstenmal zur Aufführung gelangt, werden die Hauptrollen von Max Patog (Schönhöfer), Bernhard Herrmann (Max), Elisabeth Grahmann (Franzi), Jos. Danegger (Wendelin), Agnes Werner (Frau Wendelin), Ferdinand Omo (Rudolf), Marie Wallinger (Christine) und Franz Molan (Voiere) dargestellt. — C. Eise Eichenbaum-Deutloff absolviert am Donnerstag, den 14. d. M., ein einmaliges Gastspiel als „Saffi“ in „Bienenkammer“ im Centraltheater. Die Vorstellung findet in erster Besetzung statt, mit verstärktem Orchester und Chor, sowie Ballettslage.

Die Wintergarten-Affaire. Nach dem Selbstmorde des Direktors Kammerer wird voraussichtlich der frühere Direktor des Wintergartens Herr Dorn die Leitung dieses Etablissements wieder übernehmen. Es haben bereits darauf bezügliche Verhandlungen stattgefunden. Gestern vormittag fand in dieser Angelegenheit eine Sitzung des Aufsichtsrates der CentralHotel-Vertriebsgesellschaft statt.

Umbau des Thalia-Theaters. Nach langen Verhandlungen mit der Behörde sind die Pläne für den Umbau des Thalia-Theaters nunmehr genehmigt worden. Die Direktoren Aren und Schönfeld haben auf Grund dieses genehmigten Umbaus das Theater auf weitere zehn Jahre gepachtet. Da der Bau etwa vier Monate in Anspruch nimmt, so beschließen die genannten Direktoren die diesjährige Saison (die fünfte ihrer Direktion) bereits am 1. Mai; da sie sich auch das Belle Alliance-Theater für längere Zeit gesichert haben, so wird das Ensemble trotz des früheren Schlusses in jenem Theater noch zusammenbleiben. — Was nun den sehr umfangreichen Umbau selbst anbelangt, so handelt es sich vor allem um die Schaffung zweier großen Logen im Vestibul und im ersten Rang und um eine vollständige Umgestaltung der Logen und des 1. Ranges. Dieser erhält in der neuen Anlage in seiner ganzen Ausdehnung Logen, und hinter diesen erst die Sperrplätze. Der Zuschauerraum wird vollständig abgeschloffen, die Kasse wird in das Vestibul verlegt. Die Sitzplätze werden durch die Vergrößerung des Hauses um mindestens hundert vermehrt, die Garderoben-Ablagen vergrößert, so daß auch bei großem Andrang eine freie Circulation möglich ist.

Jugendkonzerte. Von Herrn Vaisle, dem Begründer und Leiter der Jugendkonzerte erhalten wir die Mitteilung, daß die am 15. März von uns gerügte Anordnung der zwei Arten Plätze beim letzten Konzert eine Generalprobe für die Gruppierungsmaßlichkeit im nächsten Jahr gewesen ist. Es sollen dann Knaben und Mädchen getrennte Plätze erhalten; ferner sollen tausend freiliegen an Gemeindschule vorausgibt werden und zwar möglichst unter Benutzung vorgeschriebener Plätze. Es sei übrigens wichtig gewesen, daß die Kinder in den Gängen zu sitzen gezwungen waren, da unter den Logen noch hunderte von Sitzplätzen vorhanden gewesen seien.

Der „Verein von Freunden der Treprow-Sternwarte (C. S.)“ hält am heutigen Mittwochsabend 8 Uhr auf der Treprow-Sternwarte seinen 117. Beobachtungsaften ab. Auf der Tagesordnung steht die Beobachtung mit dem großen Refraktor des Planeten Neptun, der sich durch eine für die roten Strahlen durchlässige Atmosphäre von allen anderen Planeten auszeichnet, und der deshalb ein besonderes Interesse erweckt, weil er an den Grenzen unseres Planetensystems steht. Herr Dr. Walther Schöndien wird einen Vortrag mit Lichtbildern über: „Die Welt im Wassertropfen“ halten. Gäste haben auch zu den Veranstaltungen des Vereins Zutritt.

Die Erhaltung des Opernhauses fordert eine Petition, die der Verein Berliner Architekten an den Hausminister v. Welde gerichtet hat. Es werden für die Erhaltung u. a. folgende Gründe geltend gemacht: Wir glauben uns in Uebereinstimmung mit der Mehrheit aller künftigen Kreise zu befinden, wenn wir das jetzige Opernhaus als ein wegen seiner höchsten Würde und schönen Verhältnisse erhaltenswertes Baudenkmal hochschätzen und insbesondere dessen Zuschauerraum in seiner vornehmen, festlich wirkenden Pracht als eine Kunstschöpfung von hoher Vollendung betrachten, die kaum in andern Theatern ihresgleichen hat. Wenn es aus Gründen der Sicherheit für das Publikum und für das Bühnenpersonal als unmöglich angesehen wird, das Gebäude zu Theaterrückstellungen ferner zu benutzen, ist unser Erachten der Gedanke erwägenswert, in ihm, wie es von jeher geschehen ist, nach wie vor große Konzertaufführungen und Hoffestlichkeiten zu veranstalten. Durch einen entsprechenden Umbau würde sich die Bühneneinrichtung mit ihrem Zubehör heutzutage und dem Bühnenraum ein Saalbau schaffen lassen, der bei Konzerten das Orchester und den Sängerkhor aufnehmen, bei Hoffestlichkeiten aber den Zuschauerraum zu einem Hofraum von statischer Wirkung ergänzen könnte. Damit würde nach Befreiung aller der mit dem Bühnenbetriebe verbundenen Gefahren das Haus für ferne Zeiten einen würdigen und auch wohl aus wirtschaftlichen Gründen zu empfehlenden Zweck erhalten, der die für einen modernen Theaterbetrieb erforderlichen Sicherheitsmaßregeln entbehrlich macht.

Der Sportpark Friedenau wird am nächsten Sonntag eine ganze Reihe tüchtiger Fahrer — Flieger und Steher — versammelt sein. Die Attraktionen des Tages sind die beiden Dauerrennen mit Motorschrittmachern über 30 Kilometer, die der Direktion des Sportparks einen Anhaltspunkt dafür geben werden, welche Fahrer geeignet sind, am 1. Mai in den beiden goldenen Nadeln zu konkurrieren. In dem ersten Rennen stehen Käfer, Heinz, Pörschel und der Leipziger Große gegenüber, während im zweiten Rennen in diesem Jahre der vorjährige Weltmeister Piet Dickmann debütiert, der von seinem Sturz wieder vollständig genesen ist und als Gegner Salzmann, Nijer und Demle hat, die sich bei dem Friedenauer Fierrennen sehr gut einfügten.

Aus den Nachbarorten.

Wilmerdorf. Heute, am letzten Wahltag fällt die Entscheidung. Es ist mit dem Siege der Gegner zu rechnen, wenn die Arbeiterschaft nicht noch ihre ganze Kraft anstrengt. Die Konservativen entwickeln eine außerordentliche Müdigkeit. Sie machen die Gemeinde-Arbeiter gegen ihre Interessen mobil und veranlassen sie, konservativ zu stimmen; die Direktoren traten mit den ihnen unterstellten Lehrern gemeinsam an den Wählern. Alle Hebel werden von der Rathauspartei in Bewegung gesetzt, um die einzig in der Sozialdemokratie verkörperte Opposition aus dem Rathaus zu verbannen; man arbeitet zu diesem Zweck mit Hochdruck. Doch noch kann die Sozialdemokratie ihre Position behaupten, ja einen glänzenden Sieg ersehnen und zu den bisherigsten Mandaten neue erobern, wenn die Arbeiterschaft von Wilmerdorf sich aus ihrer Trägheit aufweckt und in geschlossenen Reihen zur Wahl kommt. Nach Tausenden zählen die Arbeiter und kleinen Handwerker, die unserer Agitation zum Trost ihre Wahlkraft nicht erfüllt haben; heute steht es bei diesen bisher säumigen Elementen, ob das Rathaus ausschließliches Verstummen der konservativen Partei sein soll oder ob auch die Arbeiterschaft dort ihre Interessen vertreten sehen will. Namentlich an den Berliner Arbeiter liegt es, ihre Wilmerdorfer Kollegen aufzurufen, sie in der Werkstatt, auf dem Bau zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Der Kampf wird heiß, es kommt auf jede Stimme an!

Die Wahlhandlung geht vor sich im Viktoriagarten, Wilhelmstr. 114, von 10 bis 2 Uhr und von 4 bis 8 Uhr. Das Wahlergebnis wird abends 9 Uhr in Wittes Volksgarten, Berlinerstraße 40, verkündet.

Nochmals, alle Mann auf die Schanzen; nur nach ganzer Kraftanstrengung ist der Sieg unser!

Gegen Wolke und die Milch-Centrale speziell richtet sich eine Polizei-Verordnung, die jetzt in Rixdorf erlassen werden soll. Nachdem der Straßenhandel und das Ausruhen von Waren bereits früher verboten war, soll nunmehr auch das Ausstellen, wie es von den obengenannten Firmen auf den Rixdorfer Straßen betrieben wird, ebenfalls unterlag und Zuwiderhandlungen unter Strafe gestellt werden, weil sich viele Gewerbetreibende über die Ausnahmestellung von Wolke und der Centrale wiederholt beschwert haben. Die nächste Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit der Angelegenheit befassen. — Wie wird bekanntlich wenig erbaud von Herrn Wolke. Aber der in Rixdorf gegen ihn betriebene Kampf, der sich allerdings bis hierher dort zur Vernichtung des Straßenhandels betriebenen Maßnahmen konsequent anschließt, will uns denn doch nicht bezogen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung erledigte am Montag eine ganze Reihe meist kleinerer Vorlagen, die zum Teil Nachbewilligungen betrafen. Das größte Interesse beanspruchte die Neuwahl des Vorstehers, in welcher schließlich Stadt. Prof. Heyne, nachdem Justizrat v. Gordon auf eine Wahl verzichtet hatte, mit 37 Stimmen die Mehrheit erhielt. — Die Abschlüsse je eines Vertrages wegen Regelung des Druckrohrs durch Tempelhofes Gebiet und die Königs-Büsterhausener Forst gelangten vorläufig an einen Aussschuss. — Der auch von unsren Vertretern unterstützte Antrag um Vermehrung der Mitglieder der Tiefbau-Deputation, in welcher nur bisher kein Sitz eingeräumt wurde, kam ohne größere Debatte zur Annahme. — In die Ausschüsse: a) für Verbreiterung und Unterführung der Hauptstraße, und b) für Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Friedenau wegen Kaufnahme ihrer Abwässer in die hiesige Kanalisation wurden u. a. die Genossen Baumler und Ritter gewählt.

Verschiedene Stadtverordneten-Neuwahlen stehen bevor. Außer den erledigten Mandaten des verstorbenen Stadtverordneten-Vorstehers G. Müller und des zum Stadtrat ernannten Stadt. Gremmer, die jedoch für die dritte Abteilung nicht in Betracht kommen, dürfte es sich noch um eine Nachwahl im neunten Bezirk der dritten Abteilung handeln, wo scheinbar Verneunen nach der Stadt. Dr. Richter wegen seiner vorausgesetzlichen Wahl zum Verwalter der hiesigen Volksbücherei aus dem Kollegium ausscheidet. Die Wahlzeit des Herrn läßt sich nach bis 1907. Dr. Richter ist vor zwei Jahren nur mit einer Stimme Mehrheit gegen unsren Genossen Döb in das Stadtparlament gekommen. Hoffentlich werden unsre Wähler aus dieser Wahl die Lehre gezogen haben, daß es auf jede Stimme ankommt, zumal in jenem Bezirk. Der Zugang einer großen Anzahl künftiger Beamten, die leider immer noch ihre Interessen durch den Geldsack vertreten lassen, gebietet, daß wir uns fester zusammenschließen.

Johannisthal. Mit der gestern stattgefundenen Stchwahl in der 1. Wählerabteilung sind die diesjährigen Gemeinderatswahlen beendet. Gewählt wurde der Arzt Nisch gegen den Gastwirt Rog; bisher hatte das Mandat der Heister Knap. In der Ersatzwahl für den Architekten Schmidt, dessen Mandat der 1. Abteilung für unglücklich erklärt worden war, ist der Gastwirt Wieland gewählt. In der 11. Abteilung besticht der bisherige Vertreter Landwirt Escherling

sein Mandat, während in der III. Abteilung das dritte Mandat mit 152 Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem Genossen Stadumle zufiel. Zwei Stimmen fielen auf den Eigentümer Frommelt. Der bisherige Vertreter, Landwirt Nette, Vorsitzender des Kriegervereins, hatte das Mandat seit 22 Jahren inne; der Verlust seines Mandates wird von seinen Freunden um so bitterer empfunden, als es der Sozialdemokratie zugefallen ist.

In Charlottenburg hat sich vorgestern nachmittag in ihrer Wohnung, im Hause Berlinerstr. 135, die Fabrikbesitzerin Frau Eise Schaaß, die sich durch ihre Bestrebungen auf dem Gebiete der Frauenbewegung in weiteren Kreisen bekannt gemacht hat, erschossen. Die Beweggründe zum Selbstmorde sind noch nicht aufgeklärt. Da die Verstorbene seit längerer Zeit hochgradig nervös war, ist es wahrscheinlich, daß sie in einem Anfall geistiger Störung Hand an sich gelegt hat. Frau Schaaß hatte bereits am ersten Ostersiegestage den Versuch gemacht, sich das Leben zu nehmen, indem sie einen Gashahn in ihrer Wohnung aufdrehte, so daß das ausströmende Gas sie betäubte. Von einem ihrer Söhne wurde sie bewußtlos aufgefunden; es gelang, sie wieder ins Leben zurückzurufen. Obwohl man darauf ihre Schritte sorgfältig überwachte, hat sie es doch verstanden, ihr Vorhaben zur Ausführung zu bringen. Von anderer Seite wird gemeldet, daß gegen Frau Schaaß wegen einer Druckschrift mit scharfen Angriffen gegen die Polizeibehörden eine Untersuchung eingeleitet war, von der sie Weiterungen befürchtete.

Spandau. In der morgigen Stadtverordneten-Sitzung steht insbesondere auch ein Antrag unsrer Genossen zur Beratung, den VL Ausschuss (welcher die Wahlen für die Deputationen, Ausschüsse u. c. vorgubereiten hat) um zwei Mitglieder zu verstärken, in dem dem neungliedrigen Ausschuss unsrer Genossen die ihnen gebührende Vertretung, das heißt drei Sitze zuzugestehen. Zugleich werden unsrerseits die Genossen Kiege, Pieper und Scholz in Vorschlag gebracht. Gelangt dieser Antrag zur Annahme, dann wäre damit einer der größten Forderungen des Ausschusses erfüllt, die die geistige Entwicklung der Bevölkerung im letzten Jahre in Spandauer Stadthause an der Tagesordnung sind, sich noch recht oft wiederholen, denn unsre Genossen sind entschlossen, den Kampf um ihr Recht nicht eher einzustellen, als bis die herrschende Mehrheit ihre Diktaturgelflässe einschränkt und in eine gerechte Verteilung der Kommissions- u. c. Posten einwilligt.

Gerichts-Zeitung.

Ein aristokratischer Skandalprozeß.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, der schon vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses vom Gerichtshof ausgesprochen wurde, verhandelte die 9. Strafkammer des Landgerichts I diese Stunden hindurch eine Anklage wegen Kuppelei und wiederholter Erpressung gegen die „Privatiers“ unberechichtigte Charolotte Reumann, Großbeerenstr. 12. Die Verhandlung, der zum Teil auch der Landgerichts-Präsident Braun beiwohnte, wurde vom Landgerichts-Direktor Kanow geleitet. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Koeling, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Schwindt. Das Mädchen, in welchem sich die der Anklage zu Grunde liegenden Vorgänge abspielten, wurde durch die vorgeladenen Zeugen und Zeuginnen genügend gekennzeichnet: da sah man eine Reihe jener die geleiteten „Damen“, die sich bemühen, die Jeunesse dorée über die „Sorgen“ dieses Lebens hinwegzuhelfen, ferner drei Offiziere der Garde-Kavallerie, von denen der eine, der junge Graf F., Objekt der Erpressungsbemühungen der Angeklagten geworden ist. Die jetzt 39 Jahre alte Angeklagte ist seit einer Reihe von Jahren mit vielen „reichen“ Herren in Verkehr gewesen und hat ihre frühere Wohnung, Großbeerenstr. 21, nicht nur selbst zu einem Tempel der Venus umgestaltet, sondern auch die ihr entbehrlichen Räume an „Damen“ vermietet, die ihrerseits denselben Drang nach Liebe befehen, wie die Vermieterin. Es entwickelte sich dort ein reger Verkehr, der jetzt zur Anklage der Kuppelei geführt hat. Unter den Damen, die bei der Angeklagten wohnten, befand sich auch eine Schauspielerin, von der die Angeklagte recht erhebliche sekundäre Vorteile bezog. Zu den Verehrern dieser Dame gehörte ein verheirateter Schauspieler. Als die Schauspielerin ihre Wohnung veränderte, geriet die Angeklagte darob in große Erregung und ging schließlich zu Drohungen über. Sie drohte ihr unter andern an, das Bild ihres Verehrers der Ehefrau desselben zuzuschicken, falls sie ihr nicht 100 M. lösende würde. Das Mädchen hat ihr dann auch aus Angst vor jener Drohung den verlangten Betrag geopfert. Viel größere Summen wurden von dem Grafen F. verlangt, der als junger Fähnrich mit der Angeklagten bekannt geworden war und ihr längere Zeit seine Audienzen darbot. Während dieser Zeit erhielt die Angeklagte erhebliche Summen Geldes von dem jungen Krieger, sie wurde aber sehr rabiat, als auch diese schöne Einnahmequelle versiegte und bombardierte nun den Grafen mit Briefen, in welchen sie unter Androhung von allerlei Uebeln Geld in Höhe von mehreren tausend Mark von diesem herauszuschlagen versuchte. Sie schreckte auch nicht davor zurück, einen mit Beleidigungen gegen den jungen Grafen gefüllten Brief an dessen Mutter zu senden.

Staatsanwalt Koeling beantragte gegen die Angeklagte wegen Kuppelei, vollendeter und verführter Erpressung und Verleumdung eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt machte dagegen geltend, daß die Angeklagte nach wie vor behauptet, daß ihr der Graf bei Beginn ihrer Bekanntschaft 1000 M. monatlich versprochen habe und sich wohl für befugt halten konnte, die von ihr verlangten Summen von dem jungen Grafen in Anspruch zu nehmen. Wenn die von ihr geschriebenen Briefe schwere Beleidigungen enthalten, so müsse man ihr zu gute halten, daß sie sehr erregt war. Aus diesem Grunde sei die beantragte Strafe viel zu hoch. — Der Gerichtshof war der Meinung, daß die der Angeklagten nachgewiesenen Fälle der Kuppelei nicht besonders schlimm lagen und die Thatfachen, deren Bekannngabe dem Grafen F. andgedroht wurden, verhältnismäßig harmlos waren. Aus diesen Gründen verurteilte der Gerichtshof die Angeklagte nur zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis (1 Monat verbüßt) und 3 Jahren Ehrverlust.

Die Kreditbrief-Fälschungen des Bankbeamten Palzer beschäftigten gestern die neunte Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungsschicht, in der er seit dem 2. Januar d. J. sitzt, wurde der Korrespondent Marc Josef Wilhelm Palzer vorgeführt, um sich wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Als sein Verteidiger war der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Alfred R. Kramer aus Wien zugelassen. — Der jetzt 34 Jahre alte Angeklagte ist zu Schaerbed bei Brüssel geboren, belgischer Staatsangehöriger, katholisch, verheiratet und unbestraft. Er war bei der Bank für Handel und Industrie hierher selbst gegen ein Gehalt von 200 M. monatlich als französischer Korrespondent angestellt und hatte als solcher die Korrespondenz mit dem Bankhause Credit Foncier zu besorgen. Am 19. November d. J. wurde ihm diese Stellung zum 31. Dezember gekündigt. Da versiel er auf den Gedanken, sich durch Fälschung eines Kreditbriefes und des dazu gehörigen Wechsels größere Geldsummen zu verschaffen. Am 17. Dezember füllte er ein Formular für Kreditbriefe mit einer Summe von 50 000 Fr. und auf den fingierten Namen J. B. Kierich aus. Er hob in Paris verschiedene Summen auf den Kreditbrief ab, beging dort leichtsinnige Streiche und reiste schließlich nach Wien, wo er verhaftet wurde. Der Angeklagte war geständig und wurde zu 1 1/2 Jahre Gefängnis verurteilt; zwei Monate wurden ihm auf die Untersuchungschaft angerechnet.

Ein Opfer des richterlichen Schematismus. Aus Kiel wird berichtet: Von einem entsetzlichen Sadjal ist der jetzt 43jährige Arbeiter Heinrich de Horn aus Altona verfolgt worden, der am 28. Juli d. J. von der stierli Strafkammer wegen verurteilten Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt war, jetzt aber im Wiedererfassungsbefahren freigesprochen wurde. De Horn hat aufangs seine und nachher erhebliche Strafen (zuletzt 4 Jahre Zuchthaus), wegen verurteilten Diebstahls sjudiziert

erhalten, so daß er insgesamt 10 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Bei allen verurteilten Diebstählen, wegen deren seine Verurteilung erfolgte, hatte de Horn sich abends oder nachts in völlig tüpeltäter Weise auf fremde Grundstücke oder in fremde Häuser begeben oder zu begeben versucht. Er war dann abgefaßt, und da man ihm seine Erzählung, er wisse von nichts, nicht glaubte, erfolgte stets die Verurteilung. Nach seiner letzten Verurteilung stellten sich aber im Gefängnis Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit ein und schließlich wurde das Wiedererfassungsbefahren eingeleitet. Nach dem Gutachten, welches der Kieler Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Bodendahl, erstattete, ist de Horn ein dauernd geisteskranker Mensch, der schon längst dem Zrennhaufe hätte übergeben werden müssen. De Horn ist schon in der Jugend von seiner Umgebung allgemein für verrückt gehalten, von früher Kindheit an hat er an heftigem Angstgefühl und starken Kopfschmerzen gelitten. Dabei war er leicht erregt und dies namentlich schon bei geringem Alkoholgenuß. Im Anschluß hieran ist er dann in einen pathologischen Kaufzustand gefallen und in diesem Zustand beging er dann die vermeintlichen Diebstahlversuche. Trotzdem schon das Neuzere des unglücklichen Menschen, der stets beteuerte, er wisse nicht, was er gethan, darauf schließen ließ, daß man einen anormal Veranlagten vor sich habe, hat man doch nie an den wirklichen Thatbestand gedacht. De Horn ist allerdings dem Arzt und auch einem Wärter in der Strafanstalt Zuchthaus durch sein sonderbares Verhalten aufgefallen, doch haben diese ihn anscheinend nicht für völlig geistesgestört gehalten.

Verfammlungen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Vereins hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ ihre Generalversammlung ab. Zunächst verlas der Vertrauensmann Korge die Abrechnung vom ersten Quartal 1904. Die Einnahmen betragen einschließlich eines alten Bestandes von 200,40 M. 2812,45 M., die Ausgaben 2268,58 M., so daß ein Ueberschuß von 543,87 M. verbleibt. Hierzu kommt ein Guthaben auf der Bank von 4108,10 M. — Dem Vertrauensmann wurde einstimmig Decharge erteilt. — Die Versammlung befaßte sich dann mit der Frage: Wie stellen sich die Kollegen zur Verlängerung des Vertrages? Hierzu berichtete das Schlichtungskommissions-Mitglied Baum kurz über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Arbeitgeber eine Herabsetzung der Löhne verlangen, während die Arbeiter eine Erhöhung beanspruchen. Zu einer Einigung ist es noch nicht gekommen, doch werden die Verhandlungen fortgesetzt. Im übrigen soll über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen auf besonderen Wunsch der Arbeitgeber Verschwiegenheit bewahrt werden. — Nach kurzer Diskussion beauftragte die Versammlung die Kommissionsmitglieder, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern unter Aufrechterhaltung der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen fortzusetzen.

Ferner wurden einige Wahlen vorgenommen. Als Revisoren wurden Niehöfer, Sauer und Lemke gewählt; als Mitglieder des Ausschusses Sasse und Sauer.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Demobenedictus“. Donnerstag, den 14. April, im Lokale von Hermann Dornbusch, Prinz Eugenstr. 8, Diskussionsabend: „Erster Program“. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Ein Veteran aus dem russisch-französischen Kriege lebt, dem „Tiffler Distrikt“ zufolge, heute noch im 122. Lebensjahre, der verabschiedete Hauptmeister Andreas Nikolajewitsch Schmidt. Er ist 1782 zu Schaulen im Gouvernement Nowo geboren; als Kontraktist trat er mit 14 Jahren in den Militärdienst; während seiner langen militärischen Laufbahn hat er 1812 die Schlachten bei Borodino, Malj, Jaroslawez und Smolensk mitgemacht. Ferner hat er aktiv teilgenommen am Feldzuge gegen Persien (1827 und 1828), an der Einnahme Prag (1831), an der Einnahme Warschaws (1832), an der Schlacht bei Silistria (1833) und an der Verteidigung Sebastopols (1854). Im Jahre 1828 wurde Schmidt durch zwei Angeln am rechten Bein verwundet, 1832 erhielt er einen Säbelhieb über die Brust und 1854 in Sebastopol eine Verletzung am Kopfe. Wie das Tiffler Blatt dem Dienstbuche des Schmidt entnimmt, besitzt er zahlreiche militärische Auszeichnungen; zuerst erhielt er die silberne Medaille am Georgsbande, die silberne Medaille am Annenbande mit dem Bildnis des Kaisers, den Militärorden zweiter Klasse (für die Rettung des General-Lieutenants Kopalowski) und den Militärorden erster Klasse für die Rettung des Konter-Admirals Nachimow bei der Erstürmung des Malakof-Turmes; 1858 wurde Schmidt dem Kaiser Alexander II. vorgestellt und 1859 erhielt er für die Rettung zweier Kinder des Generals Schastchin die goldene Medaille für Lebensrettung. Schmidt war so mit dem Militärdienste verwachsen, daß er stets wieder kapitulirte. Im Jahre 1858 erhielt er den Austrag, den Staatsdberbrecher Schulowski nach Sibirien zu eskortieren. Da Schulowski unterwegs entwich, wurde Schmidt nach Sibirien verbannt, 1868 aber auf Befehl Alexanders II. nach Europa zurückberufen und begnadigt. Im Jahre 1902 hatte Schmidt wegen Pöhllosigkeit eine kurze Haft zu verbüßen, aus der er jedoch bald befreit wurde, da sein militärisches Dienstbuch aufgefunden wurde. Der nun im 122. Lebensjahre stehende Greis mit seinem an Wechseljahren überreichen Leben soll bis zur Stunde leidlich sehen und hören, ohne Hülfe gehen können und sich einer relativen Geistesfrische erfreuen. Das Tiffler Blatt verbürgt sich für die volle Wahrheit aller Einzelheiten und erwähnt noch, daß der Veteran bis zu seiner Verbannung nach Sibirien eine Pension von 1200 Rubel jährlich bezog.

Marktpreise von Berlin am 11. April 1904
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

* Weizen, gut D.-Gr.	17,65	17,62	Kartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	6,00
mittel	17,59	17,50	Hirnbreis, Steute 1 kg	1,80	1,30
gering	17,53	17,50	do. Rauch	1,40	1,10
* Roggen, gut	13,05	13,04	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	13,03	13,02	Kalbsteisch	1,80	1,20
gering	13,01	13,00	Lammfleisch	1,80	1,20
† Gerste, gut	13,80	12,90	Butter	2,60	2,00
mittel	12,90	11,90	Eier	60 Stück	4,00 2,80
gering	11,90	11,00	Karpfen	1 kg	2,40 1,20
† Hafer, gut	15,00	14,10	Kale	—	3,00 1,40
mittel	14,00	13,20	Zander	—	3,00 1,20
gering	13,10	12,30	Hechte	—	2,20 1,20
Haupstroh	4,00	3,66	Baride	—	2,00 0,80
Heu	7,10	5,00	Echtle	—	3,00 1,40
Erbsen	40,00	28,00	Biele	—	1,40 0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	Steehe	per Schod	15,00 3,00
Linsen	60,00	25,00			

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 12. April 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hohit mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometere hohit mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Swinemde	760	WWS	5	wolkig	5	Daparanda	751	SW	—	bedekt	0
Hamburg	764	W	3	wolkig	4	Petersburg	751	W	—	1 bedekt	3
Berlin	763	WWS	4	wolkig	4	Cord	—	—	—	—	—
Kranf.a.W.	765	D	1	wolkig	4	Werden	—	—	—	—	—
München	765	SD	2	heiter	4	Paris	761	SD	3	wolkig	8
Wien	765	W	2	wolkig	8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. April 1904.
Etwas wärmer, trocken und vorwiegend heiter bei ziemlich frischen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.
Achtung, Adressenleger! In Ihrem Inserat zum Freitag leßt die Angabe des Lokals.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 12. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cheruband. Don Juan.
Schauspielhaus. Der Compagnon.
Deutsches. Nora.
Berliner. Die große Null.
Befehl. Kapfenreich.
Wespen. Rigoletto.
Neues. Minna von Barnhelm.
Reichenz. Die alten Junggesellen.
Central. Die Fledermaus.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Ferréol.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Luffen. Romeo und Julia.
Trionon. Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weiss. Die Fledermaus.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Der Hund der Sabinen.
Polak. Die Weber.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Village-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenträge 48/49.
Um 8 Uhr: Frühlingsstage an der Riviera.
Um 4 Uhr: Aus dem Haushalt der freien Natur.
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Hörsaal 8 Uhr: Herr Dr. Rasch: Die Arbeit des Wassers.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Pollex und Mollando.

Central-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.
Morgen: Der Jägerbaron.
Freitag: Geschlossen.
Samstag: Gastspiel Paula Worm zum erstenmal: Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. G. Stomkowski und Rudolf Schanze. Musik von Victor Holländer.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Romeo und Julia.
Donnerstag zum erstenmal: Dr. Waspe.
Freitag: Der Beilichstrefker.
Samstag: Dr. Waspe.
Sonntag: Romeo und Julia. — Abends: Dr. Waspe.
Montag: Dr. Waspe.

Residenz-Theater
Direktion E. Lautenburg.
Heute:
Adolf Samenthal als Gast.
Die alten Junggesellen
Donnerstag:
Der keusche Casimir.
Freitag: Die Empfehlung.
Freitag: Vorletztes Auftreten Adolf Samenthals: Nathan d. Weise.

Metropol-Theater
Zum 30. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schulta.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballete).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 1/2. Heute vorletzte Aufführung:
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Vorher das tollste neue Aprilprogramm Freitag, den 15. April: Premierabend.
Sonntag: 4 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen mit Max Walden als Gast.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Neue Spezialitäten.
8 1/2 Uhr:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der grosse Götterzug
und die
Sensations-Apotheose.

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Molière.
Hierauf:
Der eingebildete Kranke.
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: **Der eingeb. Kranke.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kreis
Heute und folgende Tage:
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsbelegungen.
Guido Thielscher in der Titelpartie.
Sonntag: 8 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Ferréol.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ferréol.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: **Der eingeb. Kranke.**

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kreis
Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Musik-Poëse u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntag: 8 1/2 Uhr:
Der Sohn der Wildnis.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Prof. Dr. Bogas. (Beginn ca. 8 1/2 Uhr)
Entscheidungs-kampf zwischen **Alimable de la Culmette** (Frankreich) u. **Jakob Koch** (Deutschland). Der Kampf muß unbedingt bis zur Entscheidung ausgetragen werden.
Zugeschrieben sind bis jetzt nach viermaliger Niederlage: Eigemann, von Doh, Kemmers, Gwerissen, Paul le Reumier, Ruppel, Witt, Köhnen, Palfetti, Bernard, Röhmer, Pterard le Colosse, Clement le Terroirier, Paul Belling. — Hiermit beginnen die Endkämpfe, da die acht besten Ringer nunmehr ermittelt sind, von denen jeder einzelne mit seinem sieben Konkurrenten nacheinander ringen muß. Jeder Sieg zählt für einen Punkt, und ergeben die meisten Punkte hierauf den Haupt Sieger.
Zerner: **Auftreten des Monsieur Morok.**
Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Abfahrtsports:
Der Saltomortale mit dem Zweirad.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Letzter Monat
die
Tunesen-Truppe.
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschauausstellung!
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingsstage an der Riviera.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
Aus dem Haushalt der freien Natur.
Sternwarte **invaliden-Hörsaal** 8 Uhr: Dr. G. Nasse:
„Die Arbeit des Wassers.“

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr
Jeden Abend 10 Uhr:
Grosse internationale Ringkampf-Konkurrenz.
20 preisgekrönte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Sourette.
14 erstklassige Nummern.

Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr:
Des Pastors Rieke.
Morgen: **Nachtsyl.**

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion R. G. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Vollvorstellung bei halben Preisen:
Die Fledermaus von Benedig.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Die schöne Ungarin.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Der Better in tausend Hengsten.
Lustspiel in 3 Akten von A. Benedig.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: 3. letztmal: **Kabale und Liebe.**

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichshallen
Steffiner Sänger
Zum Schluss: **Neul Girtus Lenz** und **Girtus Busch.**
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

WINTERGARTEN
Kellino-Truppe Italienische Akrob. Little Carlson im Ball-Foyer. Paul Cochas in seiner Scene im Bijouvak.
Robinson Baker-Trio Springer. Helene Land Vortrags-Soubrette.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler Siegwart Gentes Humorist. Orford's Wunder-Elefanten. Peschhoff-Truppe Russische Tänzer. Die Blumenkönigin Tansdivertissem. Biograph.

Germania-Prachtsäle
Charisstr. 108. Arnold Scholz.
Jeden Donnerstag:
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugskarten gelten.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Dienstag, den 19. April: Vorletzter Theaterabend: **Ein gedelter Kaufmann.**
Sollstadt in 5 Akten von Görner.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72. Ede Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Das große Spezialitäten-Programm.
Zum Schluss: Großer Lacherspiel: **Die Erbaute.** Poëse in 1 Akt.
Heute nach der Vorstellung:
Tanz.

SPECIALITÄT:
Solide hürgerl. Einrichtungen
von 250—3500 Mark.
Bar oder Teilzahlung
Kein Kaufzwang.
Möbel
Keine Ladenmiete Geringe Unkosten Kleiner Nutzen Grosser Umsatz
Roelle Ware Niedrige Preise Coult. Bedingungen
Wilh. Misch
Berlin NO.
Gr. Frankfurterstr. 45-46, I u. II.
gegenüber der Markusanlage.

Gesundheit ist Reichtum! Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!
Bade Berlin-Ost im:
Bad Frankfurt
Gr. Frankfurterstrasse 136.
Bade Berlin-Süd im:
Ritter-Bad
Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit) 4126L*

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen
Baustellen in schöner Lage Nieder-Schönhausen an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochgelegenes, trockenes Land, per □-R. von 85 Mk. an. 46192*
Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Verlobte!
Komplette Küchen-Einrichtungen:
130 Teile für Mk. 35,—
200 „ „ Mk. 75,—
300 „ „ Mk. 150,—
— Aufstellung auf Wunsch gratis und franco. —
Alle Artikel auch einzeln sehr billig.
L. Katz & Co.
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt,
u. Ecke König- u. Spandauerstrasse.
4818L*

Gegen Monatsraten von 2 Mk.
an liefern wir
Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.
Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Walzen Ia. Qualität.
Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
Zithern aller Arten, wie Accord-, Harmon-, Duett-, Konzert-, Guitarr-, Zithern etc.
Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Brennspiritus.
Wir erbitten uns freundl. Bestellungen vorläufig anschlusslich schriftlich — nicht telephonisch — erteilen zu wollen. 135/14
Brennspiritus-Gesellschaft m. b. H.
Berlin O. 17, Warschauerstr. 44.

Jede Hausfrau verjuche
Yornbaum's Waschpulver „Eureka“,
das sie verachtet das unliebsame Abfärben und Einlaufen der Wäsche, erhält die weisse Wäsche wunderbar weich, macht die weisse Wäsche blendend weiss und gibt derselben einen höchst angenehmen, frischen Geruch.
„Eureka“ wird von den bedeutendsten Hausfrauenzeitungen u. als bestes Waschmittel der Gegenwart empfohlen und sollte daher in keinem Haushalte fehlen. 75/4*
„Eureka“ kostet pro Paket 15 Pf. und ist in allen besseren Geschäften zu haben.
Ergross-Vertrieb durch die Firma: **Kiewitz & Moock, Berlin.**

Lege-Hühner
Judgmenten, Landen, feischende Brutputen, Brutleiter hochedel. Nischen offeriert F. Wegner, Berlin, Paradenstr. 34. Garantie für Reellität.

RESTE
zur Damen-Mantel-Confektion, Mädchen- und Knaben-Garderobe. Damen-tuche in schwarz und farbig. Kostümmstoffe, Kammgarn, Cheviot, Corkskrew, Plüsch, Sammet, Besatzartikel etc.
CONFEKTION.
Fertige Jackotts, Capes, Paletots, Kostümröcke etc. Grösste Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Strasse 4.
Kottbuser Str. 41.
Specialarzt für [86/15*
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

In westlicher, in rascher Entwicklung begriffener Vorortkolonie mit bequemen Verbindungen, habe
hübsche Parzellen
an waldumgebenen Teichen gelegen, mit Bauland, bei kl. Anz. zu verkaufen. Sichere Kapitalsanlage, steigende Grundpreise. OH sub G. U. 121 bei Rudolf Meise, Leipzigerstr. 103.

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Socialistische Presse Deutschlands.

II. Quartal 1904.

Central-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Friedrichstraße 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Kunstgasse 12.
Augsburg „Augsburger Volkszeitung“ Maximilianstraße B 31.
Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshavenstraße 82.
Bielefeld „Volksmacht“ Schulstr. 20.
Bonn „Volksblatt“ Raardbrüderstr. 17.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt“ Kurstr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Höhe 4.
Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Hanfenstr. 21-22.
Bremen „Norddeutsche Volksstimme“ Am Hafen 49.
Dresden „Volksmacht“ Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Köpfermarkt 6.
Chemnitz „Volksstimme“ Uferstr. 14.
Crefeld „Niederheinische Volksblätter“ Breitestr. 44.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Ballenstedterstr. 5.
Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ Riefstr. 5.
Dresden „Sächsischer Arbeiter-Zeitung“ Jwingerstr. 22.
Dresden „Sächsischer Volksfreund“ Jwingerstr. 22.
Düsseldorf „Volks-Zeitung“ Benratherstr. 6.
Eberfeld-Barmen „Freie Presse“ Friedr. 37.
Erfurt „Arbeiter-Zeitung“ Kleine Kirche 1.
Frankfurt a. M. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“ Königsstr. 95.
Gera „Reichliche Arbeiter-Zeitung“ Alte Schloßgasse 11.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung“ Leichstr. 6.
Greis „Reichliche Volkszeitung“ Untere Sülberstr. 2.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Weißstr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo“ Fehlandstr. 11.
Hamburg „Volksblatt“ Großer Schippsee 4, part.
Hannover „Volksstimme“ Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Karolinenstr. 39.
Karlsruhe „Volksfreund“ Werderstr. 31.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ Urdampfabl. 6.
Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Knochenstraße 32, part.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Lauchaerstr. 19-21.
Leipzig „Volkszeitung für das Waldenthal“ Lauchaerstraße 19-21.
Ludwigshafen „Rheinische Post“ Degerheimerstr. 27.
Lübeck „Lübecker Volksbote“ Nohmannstr. 50.
Münchberg „Münchberger Volksblatt“ Schröderstr. 11.
Magdeburg „Volksstimme“ Jakobstr. 49. Redaktion: Rängstr. 3.
Mainz „Mainzer Volkszeitung“ („Rheinische Volksstimme“) Margarethenstraße 13.

Mannheim „Volksstimme“ R 3, 14.
Münchhausen i. G. „Freie Presse“ Böckerstr. 17.
München „Münchener Post“ Wittelsbacherplatz 2.
Nürnberg „Reichliche Tagespost“ Luitpoldstr. 9.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Rohlfach „Westfälische Volkszeitung“ Döberanerstr. 6.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rossmaringasse 15.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Hohengasse 7.
Stettin „Volks-Bote“ Schillerstr. 10.
Strahburg i. G. „Freie Presse für Elb-Lothringen“ Rindmattstr. 2.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Friedrichstr. 12.
Wiesbaden i. G. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

München „Münchener Volksblatt“ Augustinerbach 12.
Potsdam „Schlesische Volksmacht“ Neue Graupenstr. 5/6.
Potsdam „Volkszeitung“ Neue Graupenstr. 5/6.
Potsdam „Volkszeitung“ für die Kreise Landesgut, Vollenhain, Neu.
Crefeld „Niederheinische Volksblätter“ Breitestr. 44.
Gotha „Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha“ Röhrenberg 7.
Waldburg „Wahrheit“ Friedländerstr. 18.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Schulstr. 8.
Langendielau „Der Proletarier aus dem Culengete“ Über-Kongenbielau, 2. Bezirk.
Poien „Gazeta Lubawa“ Breitestr. 21.
Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Schwarzburger Volksfreund) Rossmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4.
Cassel „Der Wegweiser“ Hohenthorstr. 2.
Dresden „Der arme Leute“ Kollnstr. 10.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) Urdampfabl. 6.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Friedrichstr. 12.

Aller 14 Tage erscheinend.

Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Friedrichstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Knochenstr. 32.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Die Fackel“ Friedrichsbergerstraße 30.
Hann. „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwigs-Anlage 9.

Wochblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Friedrichstr. 12.

Illustrirte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

II. Quartal 1904.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Holzwaren-Industrie“, Wilhelmstr. 2, part.
Berlin „Bildauer-Zeitung“, Solmsstr. 33.
„Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Engel-Ufer 15.
„Die Gleichheit“, Organ der Vertrauensmänner-Centralisationen Deutschlands, W. 30, Golstr. 43, III.
„Allg. Fabr.-Zeitung“, Schützenstr. 18.
„Der Gaswerksarbeiter“, Dirschstr. 39 I.
„Allg. deutsche Gärtner-Zeitung“, N. 37, Reherstr. 3.
„Anzeiger für Schneider“, Köpfermarkt 32.
„Der Köpfer“, Engel-Ufer 15.
Bonn „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, Johannerstr. 12.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Hanfenstr. 21/22.
Charlottenburg „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Köpenickerstr. 3.
Chemnitz „Der Legirarbeiter“, Uferstr. 14.
Gotha „Schuhmacher-Zeitung“, Röhrenberg 7.
Hamburg „Deutsche Bäder-Zeitung“, Organ des Bäder-Verbandes, Hamburg 23, Markt 27.
„Der Bauhilfsarbeiter“, Bremerstraße 15, part.
„Der Grundstein“, (für Maurer), St. Georg, Bremerstraße 11, I.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Hamburg 19, Frucht-Allee 79/81.
„Schmiede-Zeitung“, Uhlendorferstr. 2.
„Der Stuckateur“, Darmstedt, 22, Am Holst. Kamp 30a, II.
„Verbands-Anzeiger für Maler etc.“, Darmstedt, Schmalerbiederstraße 17.
„Der Zimmerer“, Darmstedt, Fehlerstr. 28, I.
Karlsruhe „Maler-Zeitung“, Schützenstr. 8a.
Leipzig „Der Steinarbeiter“, Gr. Fleischergasse 14, I.
„Der Tabakarbeiter“ (für Cigarrenarbeiter), Lauchaerstraße 19/21.
Leipzig-Schleuditz „Graphische Presse“, Schleuditz.
Linden-Gannover „Bauer-Zeitung“, Burgstr. 9.
Lößtau-Dresden „Der Fachgenosse“ (für Glas-, Porzellan- und Thonwaren-Arbeiter), Kellnerstr. 34.
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung“, Sophienstr. 10.
„Der Schuhmacher“, Schreierstr. 26, I.
„Metallarbeiter-Zeitung“, Druckerei des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Rätestr. 10b.
„Der Schläger“, Druckerei des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Monatlich dreimal erscheinend.

Altenburg „Maler-Zeitung“, Publikationsorgan des Verbandes deutscher Malerarbeiten, Jmdauerstr. 12.
Berlin „Zeitschrift für Gravüre und Ciseleur“, SO., Mariannenplatz 5, Hof 1.

Aller 14 Tage erscheinend.

Altona-Ottensen „Die Bente“, Organ des Centralverbandes der Konditorgehilfen etc. Eulenstein 61, III.
Berlin „Der Courier“, Centralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, SO., Engel-Ufer 15.
„Correspondenzblatt des Verbandes der Bergolber Deutschlands“, NW, Bismarckstr. 39.
„Deutscher Reichs- und Heizer“, Organ der Maschinenisten und Berufsgehilfen Deutschlands, SO., Fehlerstr. 55.
„Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben, Berlin W. 27, Bülowstr. 21.
„Lehrer-Zeitung“, SO. 16, Engel-Ufer 15, IV.
„Sattler-Zeitung“, SO. 16, Adalbertstr. 56.
„Allg. Steinsetzer-Zeitung“, NW, Bismarckstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, NO. 18, Göttingerstr. 27, v. IV.
„Solidarität“, Publikationsorgan der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft, S., Urbanstr. 83.
Bremen „Der Berufarbeiter“, Schillerstr. 32.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Buchdrucker-Zeitung“, Brückenstr. 31.
Hamburg „Correspondenzblatt der Tapezierer“, Steinbamm 99.
„Freiwilligen-Zeitung“, Hamburg 31, Osterstr. 106, III.
„Der Holzarbeiter“, Gänsemarkt 35, II.
„Handlungsgehilfen-Blatt“, Valentinsdamm 92.
„Der Schiffschmied“, Eibsd., Konventstr. 5.
„Der Kupfer-Schmied“, Eibsd., Markt 6, I.
„Der Seemann“, St. Pauli, Hafenstr. 116.
„Der Schuhmacher“, Maschlaggen-Allee 32.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen) Schillerstr. 5, II.
Leipzig-Volkmarstorf „Der Lithograph“, Katalanenstr. 12.
Offenbach „Porteufeuille-Zeitung“, Große Marktstr. 26, I.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Bäder“, Organ für die Interessen der Bädergehilfen Berlins und Umgegend, O., Klosterstraße 101.
„Der Bureau-Angestellte“, NW, Gendenerstr. 4.
„Der Fleischer“, O. 22, Dragonerstr. 15.
„Gewerkschaft“, Organ der Maler-Vertrauensmänner-Centralisation, NW. 52, Alt-Roabit 132.
„Der Bäckers-Bote“, Organ für alle in der Bäckerei und Kramladenbranche, Dampfbohrereien und Blätterereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Neu-Weißensee, Lehderstr. 116.
„Die Sanitätskarte“, SO. 16, Reanderstr. 13.
Hamburg „Nachzeitung für Civilmutter“, Hamburg-Eimsbüttel, Hellkamp 33, III. Etage.
„Der Organist“, Schillerstr. 19.
Leipzig „Monats-Blätter“ des Lagerhalter-Verbandes, Sonnenw., Marienstr. 5.

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abzug- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns zur Bormerkung mitteilen zu wollen.
Berlin, den 11. April 1904.
Der Parteivorstand.

Waarenhaus Hermann Tietz
Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend kommen, soweit der Vorrath reicht

4 Waggon Glas, Porzellan und Wirthschaftsartikel enorm billig zum Verkauf!

Glas

Table listing glass items: Bierbecher geschliffen (23 Pf.), Fussbecher geschliffen (20 Pf.), Glasteller geschliffen (18 Pf.), Compotieren geschliffen (45, 70, 85, 95 Pf.), Wasserflaschen, Liqueurflaschen, Sturzflasche, Wasserbecher, Käseglocken, Weingläser, Champagnergläser, Weissbieregläser, Aufsätze, Käseglocken gepresst, Compotieren gepresst, Römer, Glasteller gepresst, Wassergläser, Sport-Liqueur, Liqueursätze.

Porzellan

Table listing porcelain items: Cabarets 2- und steilig (25 Pf.), Cabarets steilig dekorirt (85 Pf.), Caffeebecher farbig (10 Pf.), Menagen steilig (15 Pf.), Zahnstocherbehälter (12 Pf.), Theekannen (15, 25 Pf.), Rahmkannen gross (15 Pf.), Teller tief und flach (15, 18 Pf.), Terrinen (1, 25, 145), Seideluntersätze (10 Pf.), Saucieren (55 Pf.), Teller tief und flach, blau Rand und Linie (32 Pf.), Dessertteller (22 Pf.), Kaffeesevice, Tafelservice, Satz Töpfe, fein dekor. Tassen, weisser Tassen.

Steingut

Table listing stoneware items: Küchengarnitur „Jugendstil“, Vorrathstonnen, Essig und Oel, Gewürztonnen, Salz- Mehlmesten, Satz und Töpfe 6 theilig, Speinöpfe Mayolika, Tassen farbig, Waschbecken gross, Waschkrüge farbig, Waschgarnituren 5 theilig, Teller mit Druck tief und flach, Ein Posten Schirmständer Mayolika, Kronen, Speisezimmerkronen, Kronen 3flammig complet.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr:

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c (oberer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der zum Verbandstag gestellten Anträge. 2. Abrechnung von den beiden Urania-Vorstellungen. 3. Verbands-Angelegenheiten und Beschiedenes. 23/14

Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Deutschlands. - Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16. - Telefon: Amt 4 Nr. 3348.

Hausdiener und Packer

sowie alle im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr,

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20 (großer Saal):

Große Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Heinrich Peus über: Die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung für die deutschen Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahlen zur Sektionsleitung. 4. Geschäftliches. 67/16

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Gewerkschaften des Handelsgewerbes eingeladen und ist es Pflicht eines jeden Kollegen sowie Kollegin, in dieser Versammlung bestimmt zu erscheinen.

Die Sektionsleitung. S. N.: G. Götting.

Achtung! Fliesenleger!

Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

sämtlicher Fliesenleger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Wie denken die Fliesenleger Berlins über die Schaffung einer einheitlichen Organisation? Referent: P. Winzler. 2. Diskussion. NB. Kollegen, jeder von uns wird über die heutigen Organisationsverhältnisse den Kopf schütteln und den Wunsch haben, dass es besser werden möge; deshalb Sorge jeder für guten Besuch der Versammlung. 137/17

Der Sektionsvorstand. S. N.: Fritz Rabe.

Schöneberg.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein neuerrichtetes Weiss-u. Bayrisch-Bierlokal mit Vereinszimmer. 48422* Emil Witte, Martin Lutherstr. 77.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 14. April 1904, abends 8 Uhr, bei Braunmann, Raupstr. 27:

Versammlung

aller in der

Metallwarenbranche besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Erhebung der Lohnverhältnisse. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes. Die Bistigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen.

Donnerstag, den 11. April, abends 8 Uhr, in den Mariannen-Sälen, Mariannen-Ufer 2:

Versammlung

sämtlicher in der Drahtindustrie beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Unter Tarif. 3. Diskussion. Das Erscheinen aller Kollegen in dieser Versammlung ist notwendig. - Am Eingange zum Lokal erhält jeder Kollege den neuen Tarif eingehändig. 114/5

Möbel auf Teilzahlung. Günstige Beding.

Pattkamerstr. 15, nahe Friedrichstr. u. Apollotheater. *



Möbel-Fabrik

VON

R. Rosien

Berlin N., Schwedterstr. 26

Fernsprecher: Amt III, 6800.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

in grosser Auswahl. 4537 L*

Cassa gewähre 5 Proz. Rabatt.

Jedes Wort: 5 Pfennig.

Das erste Letztgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Maffschelchen. Vereinsabzeichen, Turnbänder, extra von Gemahrgeliebten verfertigt, liefert das Gewerkschafts-fabrikat Vörsch, Göll, Spitalstraße 30, Vörsch, I. Br. 21941*

Edelraut billig zu verkaufen. Kästchen Adolfsstraße 5 im Eigarren-geschäft. 22018*

Gardenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Vorjahriges Herrenanzug. Winterpaletots, Brilleider, aus feinsten Rohstoffen (Spottbillig) täglich, zurück-gelichte Paletots, Brilleider, Anzüge, Dooletots, Joppen entsprechend billiger. Sonntagsoberall. Deutsches Verlanbauhaus, Sägerstraße 63, I. *

Herberzieher. Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurück-gelichte, kauft man am Billigsten direkt nur beim Schneidermeister Färdtenzell, Rosenbalerstraße 15 III. 1087*

Knabenanzüge. Mädchenkleider, Paletots, Jacketts verkauft billigst Hoffmann, Severanstraße 14. 2181K*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadscher Markt 4, Bahnhof Börs. 60/22*

Teppiche. Betten, Gardinen, Vorhänge, Teppichdecken, Wände, Tischdecken, Regulatoren, Anzüge, Sommerpaletots, Remontofutren, Uhrketten, Spiegel, Bilder, Möbel (Spottbillig) Verlanbauhaus, Reanderstraße 6. Teil-anzahlungen gestattet. 89/13*

Betten. Gardinen, anerkannt (Spottbillig) Bezugquelle Handleihaus Weidenweg 19. 755

Teppichdecken. Tischdecken, Teppiche (Spottbillig) Handleihaus Weidenweg Nr. 19. 755*

Regulatoren. Fenchelwägen, Spiegel, Kücheneisen (Spottbillig) Handleihaus Weidenweg 19. 755*

Zuschneiderei. Herrenkleider, Damenkleider, Schmuckstücke (Spottbillig) Handleihaus Weidenweg 19. *

Fräuzchen. Auswärtige (Spottbillig) Handleihaus Weidenweg 19. *

Verlätze. Bettzüge, Bett-laken (Spottbillig) Handleihaus Weidenweg 19. 755*

Sommerpaletots. Radellanzüge, Herrenkleider, Damenkleider, Kleiderauswahl, (Spottbillig) Handleihaus Weidenweg 19. Verkaufzeit bis 9 Uhr abends. 755*

Geigeninstruments: Paletots, Anzüge, Dolan, Kessel, Bettler, Teppiche, Saiten (Spottbillig). Lude, Dranien-str. 131. 4145

Reißgläser. Eperngläser, Koffer, Revolver, Zeigings, Nähzeuge, Hülsen, Harmonikas, Geigen (Spottbillig). Lude, Dranienstr. 131. 4145

Uhren. Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschalen, Regulatoren, (Spottbillig). Lude, Dranienstr. 131. 4145

Teppichdecken. Teppiche, Gardinen, Anabenauszüge (Spottbillig). Lude, Dranienstr. 131. 4145

Möbelverkauf. An meiner Möbel-Fabrik, Neuenhaustr. 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, werden günstig und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefern gelegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlebener gewesener und zurückgelieferter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderst. 24, Kommode 18, Sofa mit Kissen 30, Bettstelle mit Matr. 20, Kuschelsch. 20, Verkleid. 30, Salongarnitur, Küchengeräte 105, Waschb. 105, Bettstellen mit Matr. 40, gefüllte Matten, Kleiderst. 85, Paneelsofa 40, Englische Schlafr. 110, Zehnzimmer, Salons, auch Nogenschl. 2177*

Sofas. größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35 b. 2174*

Metalbetten. hohlegant, Paar 100,00, Ständerbett, komplett, 35,00, Schrantbettstelle, großartig, 100,00, Rahmangel 25,00, Blumenst. 16,00, herliche, 13,00. Billigste Bezugsquelle für „Vorwärts“-Abonnenten. Kappold, Mitterstraße 112, II. 3626*

Vinoleum. Tapeten, Vinoleum, Teppich, Vinoleum-Käuser, Reste, Holz-matratzen 52. 2955*

Teppiche mit Farbenlehren. Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Woche 1,00, Post-laste genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 7142*

Nähmaschinen. Vergüte bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Systeme, Woche 1,00, Postl. Laste erbeten. Förcher, Norddorferstraße 50. 139/17*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Fünf Jahre Garantie. Alte Maschinen nehmen in Zahlung. Nierenstraße 6, Balkenstraße 78, Kederstraße 113. 4096*

Tambourier. Maschinen „Kode-meyer“, alleiniger Fabrikant E. Weidmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 2245*

Vaubenbaumaterialien. Gebrauchte und neue Rasthölzer, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe in größter Auswahl (Spottbillig). Köllischer Damm 22. 10615*

Vorjahriges hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen, 25 bis 40 Mark. Zurück-gelichte Anzüge, Paletots, Brilleider, Dooletots, Gumminmäntel, Joppen werden für die Hälfte der bisherigen Preise verkauft. Verlanbauhaus Gema-maria, Unter den Linden 21. 2169*

Teppichdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Ringschiffchen. Dobbis, Schneid-näher, ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Adolfsstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 42. 798*

Fahrräder. Teilzahlungen, hundert-jährigen Mark, Adolfsstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlger. 40, Große Frankfurterstraße 56. 2242*

Singermaschine. gut (nahe) 12,00. Grünw. 48, IV. 4376

Zintwaschgerät. Schwannen, Joder, in nur bester Dase. Teil-zahlungen gestattet. Köllisch, Stahlger. 108. 2242*

Säulenpaneele (Spottbillig) ver-läuflich. Frau Ina Breibisch, Köpen-hagenstraße 72. 4105

Restaurant. gutgehend, wegen Krankheit der Frau ist für jeden an-nehmbar. Preis sofort zu verkaufen. Stahlger. 102. 3795

Billig verläuflich zwei gute Stand-Betten, einige Fenster Gardinen, großen Teppich, Wasserschiff, zwei elegante Teppichdecken. Hoffmann, Raumstr. 32. 4495

Restoration billig verläuflich, voller Zahn, Jastheller, Verein. Anstalt Krause, Eigarrengeschäft, Wiesenbaderstraße 11. 7110*

Hemden. Hemden für Nieder-ver-läufer 1 Duzend 2,50 Mark (30 Marken 7 Mark) (Sonderpreis über-all hin), Laboratorium Paul Eckert, Dittersbach Nr. 75 bei Baldenburg (Schlesien). 3976

Küchengeräte. Chaiselongue, Tag-schenlofa billig. Insalidenstraße 126, Seitenlänge I. 89/16

Schlafsofa. 20,00, wie neu, Koll-fadenstraße 23, Tapezierer. 89/14

Unfallischen. Rechtsbureau Vagner, Eitelgüterstraße fünfundsiebzig. 22191*

Wandtafel kauft (Spottbillig) Weinstr. 63. 22981*

Fahrräder kauft, bezieht, Kaffee, Schönhafer Allee 163a. 108/9*

Handwagen. kleinen, kauft Kappel, Bockstr. 46. 4256

Aufpolsterung Matr. 5,00, Sofa 6,00, Koller, Neue Königstraße 2. *

Tanzmusik zu kleinen Festlichkeiten, Hochzeiten usw. Wer meine Orgel mit Trommel und Klavierspiel hört, ist entzückt (Neue). Auch außerhalb komme. Abend drei Mark. Otto Kamm, Fruchtstraße 59. 4585

Sticker gefunden worden. Ab-zugaben bei Drumm, Wiesenstr. 10, I. 4285

Lithograph. Stot in Schrift-retauche, sucht dauernd (Spottbillig), Pappel-allee 27. 4348

Koburger. tüchtigen, verlangen Edel u. Glanz, Wasserthorstraße 50.

Grundierer. der Eisen machen kann, verlangt Köfing, Bockhagenstr. 20. 7192

Grundierer. der (selbständige) Grundiererei übernimmt, auch auf Teilzahlung unter G. Postamt 66.

Lehrmädchen auf Büchleinziehen verlangt Schulz, Gartenstraße 78, vorn III. 7120

Näherinnen auf Oberhemden ver-langen J. Gotthelm, Wägelstraße, Elisabethstraße 22. 111/2

Anlegerin für Steinbr. sucht (Spottbillig), Pappel-allee 27. 4365

Schulisches Mädchen für leichte Näharbeit Frau Post, Mehlstr. 15 4 Teppich. 725

Ungeheuren ansehende Firmen und die für dieselben arbeitenden Zwischenmeister infolge des proklamierten Streiks die Sperrung verhängt, und erucht unterzeichneten Vorstand die dort noch beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, keine neue Arbeit vorzunehmen und nach Fertigstellung des betreffenden Accords die Arbeitsstätte sofort zu verlassen und sich auf ihrem Streikbureau, Adreasstr. 26, Restau-rant Perlowski, in der Zeit von vorm. 9-11 und nachm. von 2-4 Uhr zu melden.

NIS gesperrt gelten:

Methlow & Co., Adolfsstraße.
Adolf Werkmöller, Schmidstraße.
August Werkmöller, Brunnenstraße.
C. Daniels, Wägelstraße.
Kubitz & Imberg, Reichenbergerstraße.
Leonhardt, Schleifstraße.
Neumann & Hennig, Zeughausstraße.
Leopold Rosenow, Schmidstraße.
Baer & Co., Gollnowstraße.
O. Scholz, Vorkumstraße.
Deutsch & Lachmann, Wägelstraße.
Ruthenberg, Wägelstraße, Lederstraße.
Nachfolgende sind Zwischenmeister, welche für obige Firmen arbeiten:

Göppert, Blumenstraße.
Grosso, Laufbergerstraße.
Krotzschmann, Kridorf, Sägerstraße.
Loose, Kridorf, Steinwegstraße.
Klinko, Köpplingerstraße.
Kuntzendorf, Mühlauerstraße.
Krumholz, Landwehrstraße.
J. Müller, Bernstr. 4.
Hainrich, Wägelstraße.
Brockmann, Soldinerstraße.
Müller & Vogler, Raumstr. 32.
Gammersbach, Krautstraße.
Irgang, Mitterstraße.
Kling, Mehlstr. 15.
R. Bering, Kolonnenstraße.
A. Bering, Wolgaststraße.
Fietz, Weidenbaderstraße.
Rautenstein, Pappel-allee.
Batho, Eisenbahnstraße.
Kuhlmann, Wägel-allee.
Günther, Andreassstraße.
Geitner, Kridorf, Schönwalderstraße.
Meissner, Steinfelderstraße.
Mostraph, Blumenstraße.
Weidig, Bienenstraße.
Seibt, Saarbühlerstraße.
Glosschko, Wägelstr., König-Chaussee
Klingebell, Wägelstr., Kronprinzstr.
Weinstock, Wägelstr., Wägelstr.
Ourozinski, Wägelstr., Streußstraße.
Behrend, Wägelstr. 27.
Westphal, Elisabethstraße.
Eichler, Wägelstr. 27.
Geissler & Büttner, Wägelstr. 27.
Westermann, Wägelstr. 27.
Gutschmidt, Kridorf.
Schulze, Kridorf, Bernstr. 4.
Gruber, Andreassstraße.
Grussau & Heinrich, Wägelstr. 27.
E. Probst, Raumstr. 32.
Hilcher, Wägelstr. 27.
Wiencke, Köppler Ufer.
Gauggitz & Tänzner, Brunnenstraße.
Deegleichen warnen wir alle Holz-arbeiter, in oben bezeichneten Be-trieben Arbeit als Fuhrmann und Ausschreiber anzunehmen.

Der Vorstand 225/10
des Verbandes der Bergolber.
S. N.: H. Späth.

Verantw. Redakteur: Paul Hättner, Berlin.

Für den

Inferatenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin.

Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul

Singer & Co., Berlin SW.

Singer & Co., Berlin SW.